

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Weinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

Eine Komödie der Irrungen.

Wie wir bereits berichteten, brachte die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“, und zwar unter der Überschrift „Ein Fortschritt in der Verhandlungsfrage“, in ihrer Nr. 14 vom 7. April eine Kundgebung, nach der der Gesamtverband die Gewerkschaften künftig anerkennen will. Von dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller wurde es nämlich bisher grundsätzlich abgelehnt, bei Arbeitskonflikten mit den Vertretern der Gewerkschaften zu verhandeln. Auch als die „Arbeitgeber-Zeitung“ vor zwei Jahren in aller Form den Vorschlag machte, in der Verhandlungsfrage den Gewerkschaften entgegenzukommen, wurde das in Scharfmacherkreisen und insbesondere auch von den Machern des Gesamtverbandes entschieden gemißbilligt. Und doch hat man nun im Gesamtverband im Sinne des damaligen Vorschlages der „Arbeitgeber-Zeitung“ Beschlüsse gefaßt.

Der Vorstand des Gesamtverbandes hat sich nach der „Arbeitgeber-Zeitung“ im vergangenen Winter in eingehender Weise mit der in der jüngst vorangegangenen Zeit so vielfach ventilirten Verhandlungsfrage befaßt, und es ist so wohl bei ihm wie im Ausschuß der Unternehmerorganisation zu einer vollständigen Einigung in dieser Frage gekommen. Der Ausschuß hat denn auch in seiner Sitzung vom 20. März folgenden Vorschlägen des Vorstandes einstimmig zugestimmt:

a. Arbeiterschaften, welche im Ausstand sind oder in den Ausstand treten wollen, ist, wenn sie zu verhandeln gewillt sind, anheimzugeben, aus ihrer Mitte eine Kommission zu ernennen, welche den Auftrag erhält, mit einer Kommission der betreffenden Arbeitgeber zu verhandeln. Die Stärke der Kommission soll sieben Personen von jeder Seite in der Regel nicht überschreiten.

b. Wo freigelegte Kommissionen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verhandeln, sollte nicht mehr als ein Berater auf jeder Seite hinzugezogen werden dürfen.

c. Auf keinen Fall soll der einzelne Arbeitgeber mit der Organisation der Arbeitnehmer verhandeln. Auch die Verhandlungen von Organisation zu Organisation sind zu vermeiden, damit die in a vorgeschlagene Verhandlungsform zu allgemeiner Einführung gelangen kann.

d. Bei etwaiger Gesamtsperierung hätten die den bereits in Tätigkeit gewesenen Verhandlungskommissionen angehörenden Arbeitnehmer eine Kommission von sieben Personen zu ernennen, welche mit einer vom Ausschuß des Gesamtverbandes zu wählenden Kommission von sieben Personen zu verhandeln hätte. Die der Kommission angehörenden Arbeitgeber und Arbeiter brauchen an dem Streite, welcher zur Gesamtsperierung geführt hat, nicht sämtlich direkt beteiligt gewesen zu sein.

e. Wenn unter Mitwirkung dritter Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossen werden, so ist die Formulierung der Vereinbarungen nicht dem Dritten zu überlassen.

Diese Vorschläge, die, wie die „Arbeitgeber-Zeitung“ wiederholt versichert, einstimmig angenommen worden sind, sollen „nunmehr die feste Norm“ bilden, „nach welcher die Bezirksverbände des Gesamtverbandes sich bei den Verhandlungen zu richten haben“. Diese Tatsache war auch für die „Arbeitgeber-Zeitung“ von so großer Bedeutung, daß sie eine „eingehende“ Beschäftigung mit ihr für erforderlich hielt. „Denn — erklärte das Unternehmerblatt — es liegt auf der Hand, daß die endlosen und unfruchtbaren Streitigkeiten über die Form der Verhandlung der Vergangenheit angehören werden, sobald die Arbeiterschaft sich bereit erklärt, auf das Anerbieten des Gesamtverbandes einzugehen.“

Auch nach der „Arbeitgeber-Zeitung“ involvierte der von der Zeitung des Gesamtverbandes einstimmig gemachte Vorschlag in der Verhandlungsfrage ein Entgegenkommen an die Gewerkschaften. Erklärte doch das Blatt ausdrücklich:

„Die Mitglieder des Gesamtverbandes werden hinfür in keine Verhandlung ohne Hinzuziehung eines ihrer Geschäftsführer eintreten, weil es sich herausgestellt hat, daß die Arbeitgeber in den einschlägigen Geschäftsbestimmungen nicht derart bewandert sind, um ohne sachmännischen Beistand mit den Arbeitern verhandeln zu können. Schon aus paritätischen Rücksichten erscheint es angebracht, dessen geboten, auch der Gegenseite eine sachmännische Beratung zuzugestehen. Dieses Zugeständnis ist als ein wesentlicher Fortschritt zu begrüßen, weil gerade die Frage der Hinzuziehung eines Beraters vielfach den Kernpunkt der Arbeitskämpfe bildete. Als derartige Berater werden natürlich durchweg die Arbeitsekretäre und sonstigen Gewerkschaftsbeamten figurieren. Hierüber dürfte sich der Gesamtverband wohl kaum einer Täuschung hingeben. Wenn er sich mit dieser Tatsache trostlos abgefunden hat, so wird das darauf zurückzuführen sein, daß er den beiderseitigen Beratern eine einwandfreie,

legitime Position beimessen will. Die Berater wälten ihres Amtes nicht nur als Vertreter ihrer Organisation, sondern auch als Vertrauensmänner der beiderseitigen freigewählten Kommissionen; und da nicht eine bestimmte Art von Organisation ein für allemal als zuständige Verhandlungsinstanz festgelegt wird, sondern den jeweilig freigewählten Kommissionen das Recht zusteht, zu ihrem Sachwalter den Vertreter gerade der Organisation zu wählen, die ihnen paßt, so wird auf Seiten der Arbeiter das eine Mal ein Beamter der freien Gewerkschaften und das andere Mal ein solcher der christlichen oder Hirsch-Dunckerischen Verbände erscheinen, je nachdem die betreffende Kommission in ihrer Majorität der einen oder der anderen Organisation zugehört.“

So weit so gut. Und wenn wir die vom Gesamtverband für Verhandlungen zwischen Arbeitern und Unternehmern beschlossenen Grundsätze auch keineswegs als besonders weitgehend für die Gewerkschaften bezeichnen können, wenn wir auch weiter der Ansicht sind, daß der Gesamtverband in dieser Frage den Arbeiterorganisationen künftig weit mehr wird entgegenkommen müssen, so ist doch immerhin anzuerkennen, daß diese Vorschläge einen Bruch mit dem bisher bei den Scharfmachern üblichen System des Ignorierens der Gewerkschaften bedeuten.

Einzelnen Scharfmachern, die sich von ihrer bisherigen so liebgewordenen Scharfmacherei noch nicht so schnell trennen können, sind denn auch wohl Bedenken über die praktische Anwendung der Beschlüsse gekommen, und sie haben deshalb dagegen in aller Öffentlichkeit demonstriert. So hat der Vorstand des Verbandes der Metallindustriellen in der Kreishauptmannschaft Dresden sich geweigert, die vom Gesamtverband aufgestellten Grundsätze in der Verhandlungsfrage bei den Verhandlungen in Sachen des Streiks bei der Firma Setbel & Raumann anzuerkennen und unter Hinzuziehung der Gewerkschaften zwecks Beilegung des Konfliktes zu verhandeln. Nach seiner Erklärung seien diese Grundsätze vom Gesamtverband lediglich mit Rücksicht auf die wenigen Bezirksverbände (besonders in Süddeutschland) beschlossen worden, die schon seit Jahren mit den Gewerkschaften verhandelt hätten. Für den Dresdener Bezirksverband hätten diese Grundsätze keine Geltung.

Und auch der Vorstand des Gesamtverbandes selbst erklärte in der Nr. 16 der „Arbeitgeber-Zeitung“, die kommentierenden Ausführungen dieses Blattes zu den vom Gesamtverband beschlossenen Beschlüssen deckten sich „nicht in allen Teilen mit der Auffassung aller seiner Mitglieder“. Die Gefahr einer Schablonisierung der Verhandlungsfrage stellt bei der Aufstellung der von uns vorgeschlagenen Grundsätze für sich zu vermeiden gesucht worden.

„Denn es ist wohl selbstverständlich“, heißt es, „daß weitgehende Rücksichtnahme auf die örtlichen Verhältnisse sowohl wie auf die typische Besonderheit jedes einzelnen Falles und desgleichen mögliche Anpassung an die bisher bestehenden Gepflogenheiten unter Berücksichtigung gewisser allgemeiner Gesichtspunkte, wie sie in den mehrfach erwähnten Vorschlägen niedergelegt worden sind, die Voraussetzung der tatsächlichen Geschlossenheit großer Arbeitgeberorganisationen von der Art des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller bilden muß. Dergestalt ist denn auch die mehrfach in der Presse auf Grund unserer Ausführungen aufgestellte Behauptung, daß die Mitglieder des Gesamtverbandes hinfür Verhandlungen ohne Hinzuziehung eines Beraters auf beiden Seiten nicht mehr führen werden, entsprechend zu korrigieren, indem von einem Zwang in dieser Hinsicht nach Maßgabe der bestehenden Darlegung nicht die Rede sein kann. Es handelt sich vielmehr nur darum, daß die Hinzuziehung von Beratern den Mitgliedern des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller freigestellt ist und es dem Ermessen der Bezirksverbände überlassen bleibt, so vorzugehen, wie sie es in jedem einzelnen Falle für zweckentsprechend halten.“

Der langen Rede kurzer Sinn ist, daß es dem Gesamtverband bei all dem Lob, das ihm ob seines Beschlusses vom 20. März von allen Seiten gesendet wird, unheimlich zu werden beginnt, und daß er deshalb und in Rücksicht auf den Widerstand, den er im eigenen Lager gegen die neuen Grundsätze vorfindet, diese wieder zurückzuredigieren versucht. Viel Eindruck werden diese letzten Erklärungen des Gesamtverbandes in der Öffentlichkeit nicht machen; man hat gewöhnlich von einer Organisation keine besonders hohe Meinung, die heute einstimmig wichtige Grundsätze aufstellt, um sie morgen zu desavouieren. Und so wird auch der Gesamtverband bald einsehen müssen, daß er mit seiner Komödie der Irrungen, genannt Verhandlungsfrage, nur seinem Ansehen erheblich geschadet hat.

Das demokratische und das aristokratische Prinzip im Arbeitsbetrieb.

I.

—r. Seit Jahren erhebt das moderne Proletariat die Forderung nach einem Mitbestimmungsrecht im Arbeitsbetrieb. Der denkende, zum Bewußtsein seiner Würde als Mensch und Staatsbürger erwachte Arbeiter empfindet es als eine Beleidigung, daß er im Arbeitsbetrieb völlig rechtslos sein und nichts weiter bedeuten soll als ein Rad oder eine Schraube im Fabrikautomaten und eine Nummer im Hauptbuch des Kapitalisten. Der volkswirtschaftlich gebildete Arbeiter, der das Wesen und die Eigenartigkeit der Ware Arbeitskraft erkannt hat, hält es für einen Verstoß gegen sein ureigenstes Interesse, daß der Arbeitgeber allein darüber bestimmen soll, was mit der Arbeitskraft zu geschehen habe. Und da das Selbstbewußtsein einerseits und die volkswirtschaftliche Einsicht andererseits in der modernen Arbeiterklasse fortwährend im Steigen begriffen ist, so darf es uns nicht wundern, daß der Ruf nach einem Betriebskonstitutionalismus immer lauter und dringender ertönt.

Erfreulicherweise gibt es bereits Unternehmer, die das konstitutionelle System im Betrieb nicht nur für berechtigt, sondern auch für sehr wohl durchführbar erachten, und in der Praxis haben wir in den Arbeiterausschüssen Anfänge zu einem Betriebskonstitutionalismus, deren Weiterentwicklung eine wichtige Aufgabe einer gesunden Sozialpolitik ist. Mit dem Absolutismus der Kapitalisten muß gebrochen werden, da er theoretisch unhaltbar geworden und praktisch ein Hohn ist auf die auf der Gleichberechtigung zwischen Arbeiter und Unternehmer beruhende moderne Weltanschauung. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, daß die Alleinherrschaft der Kapitalisten in wirtschaftlichen Dingen ebenso gut in die Kumpelkammer fliegt, wie die Autokratie des Fürsten in politischen Dingen ins alte Eisen geworfen worden ist. Die Entwicklung zur Demokratie vollzieht sich um so schneller und schlägt um so tiefere Wellen, je mehr die große Masse des Volkes in materieller, geistiger und moralischer Beziehung auf eine höhere Stufe emporsteigt. Rückständige Volksmassen lassen sich willig entrechteten, ausbeuten und wie Hammelherden behandeln, hochstehende Massen wollen ihre Geschicke selbst in die Hände nehmen.

Nach Lage der Sache ist es erklärlich, daß sich das Kapitalproletariat mit Händen und Füßen gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter sträubt. Kein Mensch will etwas von seiner Macht und Autorität einbüßen. Gerade so wie die absoluten Fürsten sich gegen die Ansprüche ihrer Völker gestemmt haben, gerade so wehrt sich das Unternehmertum gegen eine Beschränkung seiner Alleinherrschaft. So wandte sich vor kurzem ein Artikel, der die kapitalistischen Zeitungen durchlief, gegen die „Utopie einer konstitutionellen Fabrikwirtschaft“; er führte folgendes aus: „Wenn in neuester Zeit der Streik um Arbeitslohn und Arbeitszeit zurücktritt vor der Forderung der Arbeiter auf entscheidenden Einfluß auf den Betrieb selbst und seine Leitung, so muß dieses Begehren mit aller Bestimmtheit zurückgewiesen werden. Der Unternehmer muß im Betrieb freie Hand haben und darf nur dem für alle gültigen Gesetz unterliegen. Einmischung eines Arbeiterausschusses in die Leitung des Werkes wäre eine unerhörte Verletzung der persönlichen Freiheit. Mit erstaunlicher Vertennung der Sachlage wird das Schlagwort ausgegeben: „An Stelle des souveränen Unternehmertums muß das konstitutionelle treten.“ Das ist reiner Unsinn, denn es geht absolut nicht an, zu sagen, so wie im politischen Leben der Absolutismus der Fürsten einem Mitbestimmungsrecht der Regierten gewichen sei, so müsse der Arbeiter, der als Bürger an der Leitung des Staates teilnehme, auch Anteil an der wirtschaftlichen Regierung des Unternehmens haben. Den „Konstitutionalismus“ in das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hineintragen zu wollen, geht nicht an, weil dieses Verhältnis nicht öffentlichrechtlicher, sondern privatrechtlicher Natur ist und auf dem Eigentumsrecht, dem Grundstein unserer Kultur, und auf dem Recht aus dem Vertrag beruht, den der Arbeitnehmer freiwillig mit dem Arbeitgeber abgeschlossen hat. Da der Arbeiter keinerlei Mitbestimmungsrecht an dem industriellen Unternehmen hat, worin er arbeitet, und die Arbeit jederzeit unter vorchriftsmäßiger Kündigung aufgeben kann, so hieße die Einführung eines Rechtes des Arbeiters auf Mitbestimmung des Betriebs, ihm die Verfügung über fremde Vermögenswerte einzuräumen. Und dies natürlich „im Namen der Freiheit und der Gerechtigkeit“! Wenn

der Arbeiterauschuss Kraft eines solchen „Rechtes“ etwas durchsetzte, was nachteilige Folgen hätte, so würde der Unternehmer allein den Schaden zu tragen haben. Selbstverständlich würde der den Betrieb leitende Arbeiterauschuss die Entlassung unbrauchbarer oder unnötiger Arbeiter wie überhaupt jede Einschränkung des Betriebs verhindern, auch zu immer radikaleren Eingriffen gedrängt werden. Führte eine so verrückte Wirtschaft schließlich den Zusammenbruch des Unternehmens herbei, so würden die Arbeiter einfach anderswo Arbeit suchen und finden, der Unternehmer wäre um die Früchte seines Schaffens, unter Umständen um sein ganzes Vermögen gebracht. Rechte, denen keine Verantwortlichkeit gegenübersteht, sind eben ein Unding.“

Diese Ausführungen, die von der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ als sehr zutreffend und als unwiderlegliche Wahrheiten bezeichnet werden, sind von Anfang bis zu Ende anfechtbar; sie gehen von unrichtigen Voraussetzungen aus und kommen deshalb zu ganz falschen Schlussfolgerungen, abgesehen davon, daß auch die Beweisführung eine völlig schiefe ist. Der Artikel ist ein typisches Beispiel von der Art und Weise, wie der Kapitalismus seine Vorrechte verteidigt. Wenn der Kapitalismus sich von seinem Herrschaftspunkt herabdrängen läßt und sich auf das Gebiet der Diskussion begibt, so verliert er den festen Boden unter den Füßen; solange er einfach sagt: „Ich habe die Macht, was gehen mich eure Gründe an?“ so lange steht er auf festem Boden, sobald er aber sein Recht begründen will, muß er Winkelzüge machen und Sophisterei treiben. Das lehrt uns auch dieser Artikel. Anstatt einfach den Probenstandpunkt herauszuführen und zu sagen: „Ich bin Alleinherr im Hause und will es auch bleiben!“ geht er auf die Suche nach Gründen und Beweisen. Und hierbei bricht die Logik den Hals und die Wahrheit bekommt Stöße und Prüfte.

Es ist eine ganz falsche Darstellung des konstitutionellen Betriebssystems, wenn behauptet wird, die Arbeiter wollten „einen entscheidenden Einfluß auf die Leitung des Betriebs“ haben, sie wollten an der „wirtschaftlichen Regierung des Unternehmens“ teilnehmen, sie würden „die Entlassung unbrauchbarer oder unnötiger Arbeiter, wie überhaupt jede Einschränkung des Betriebs verhindern“ und sie würden schließlich „den Zusammenbruch des Unternehmens herbeiführen.“ Wenn die Arbeiter „eine so verrückte Wirtschaft“ in Szene setzen wollten, so wäre das allerdings der „veine Unsinn“ und man könnte es verstehen, daß das Unternehmertum hiergegen Front macht. Tatsächlich fällt es den Arbeitern nicht einmal im Traume ein, derartige Ansprüche zu erheben. Zum Beweise für diese Behauptung wollen wir einige Sätze zitieren, die wir bereits vor Jahren über das konstitutionelle Betriebssystem in der Gewerkschaftspresse veröffentlicht haben.

„Die Arbeiterorganisationen respektive die zu bestimmten Zwecken gewählten Kommissionen bilden gewissermaßen das Parlament, während der Unternehmer respektive dessen Stellvertreter als Regierung — auf Lebenszeit oder auf Zeit — fungiert. Auf diese Weise werden die beiderseitigen Ansprüche auf das Mitbestimmungsrecht gewahrt, nicht minder auch wird der Betrieb vor Eibungen und inneren Zwistigkeiten geschützt, die anderenfalls nicht ausbleiben würden. Ausdrücklich wollen wir noch, um Mißverständnisse zu begegnen, hinzufügen, daß die Betriebsleitung stets und besonders auch in streitigen Fällen die ausführende Behörde ist und bleiben soll. Das Unternehmertum erhebt gegen diesen Betriebsparlamentarismus den Vorwurf, daß die Arbeiter bei und durch Vertretung ihrer Interessen die Interessen des Betriebes respektive des Unternehmers nicht berücksichtigen und letzteren allmählich entthronen würden. Das Unternehmertum wittert hinter jeder praktischen Tätigkeit einer Arbeiterorganisation das Bestreben, den Kapitalisten vom Throne stürzen zu wollen. Diese Furcht ist im vorliegenden Falle durchaus unbegründet. Die in den Gewerkschaften vereinigten Arbeiter verstehen wohl eine Grenze zu ziehen zwischen berechtigten und unberechtigten Forderungen; sie sind in Hinsicht auf den Arbeitsprozeß viel bescheidener als die Unternehmer, sie verlangen ja gar nicht wie jene die Alleinherrschaft im Betrieb, die Diktatur der Gewerkschaften, sie begnügen sich lediglich damit, ein Mitbestimmungsrecht zu fordern. Und dieses Recht sollte man ihnen sogleich nicht vorenthalten.“ Und was die Frage anbetrifft, auf welche Punkte sich dieses Mitbestimmungsrecht erstrecken sollte, so schreiben wir damals: „Die Beantwortung dieser Frage ist um so wichtiger, da wir natürlich ein wirkliches Mitbestimmungsrecht fordern und nicht geneigt sind, uns mit scheinbaren Zugeständnissen abspesen zu lassen; für einen Scheinkonstitutionalismus, wie wir ihn in manchen Staaten beobachten, danken wir und ziehen da ein offenes autokratisches Regiment vor; das Unternehmertum darf nicht glauben, es könne den Betriebskonstitutionalismus wohl theoretisch anerkennen, aber in der Praxis tun, was es wolle. Deshalb muß ein bestimmtes, ehrlich gemeintes Abkommen zwischen den beiden Faktoren getroffen werden, worin die betreffenden Punkte festzulegen sind. Diese Punkte sind vorzugsweise: Arbeitszeit, Arbeitslohn und Art der Lohnzahlung, der Intensitätsgrad der Arbeit, die gesundheitlichen Einrichtungen und Schutzmaßnahmen, die Behandlung der Arbeiter durch ihre Vorgesetzten und die Handhabung der Disziplin, die Entlassung und Einstellung von Arbeitern, die Arbeitsvermittlung und die Beurteilung der Arbeitsleistung in streitigen Fällen, etwaige Wohlfahrts- und Wohltätigkeitseinrichtungen und das Unterstützungswesen.“

Hieraus ergibt sich wohl zur Genüge, daß kein Mensch daran denkt, dem Unternehmer die Leitung seines Betriebs aus der Hand zu nehmen, sondern daß es sich für die Arbeiter nur darum handelt, insofern Einfluß im Betrieb zu gewinnen, wie ihre Arbeitskraft in Betracht kommt. Die Arbeiter sind gewillt, dem Unternehmer zu geben, was des Unternehmers ist, sie beanspruchen aber auch die Wahrnehmung ihrer Interessen. Es wird ihnen niemals einfallen, dem Unternehmer vorschreiben zu wollen, wie weit er seinen Betrieb ausdehnen oder einschränken, welche Rohmaterialien und Maschinen er kaufen und zu welchem Preise er seine Waren verkaufen soll, alles das sind die eigenen Angelegenheiten des Unternehmers als des Eigentümers des Betriebs, wohl aber muß der Arbeiter als Eigentümer der Arbeitskraft ein Wort mitzureden haben über die Verwendung dieser Arbeitskraft. Dieser Anspruch findet seine Begründung in der eigenartigen Natur der menschlichen Arbeitskraft, die ungleich jeder anderen Ware mit der Person und dem Körper ihres Besitzers untrennbar verbunden ist. Und an dieser Begründung prallen alle Redensarten des Artikels von dem Rechte und der Verantwortlichkeit des Unternehmers wirkungslos ab. Die Arbeiter sind weder so unvernünftig, noch so ungerecht, daß sie sich das Recht anmaßen, über „fremde Vermögenswerte“ verfügen zu wollen, das einzige, was sie verlangen und auch verlangen dürfen, ist das Mitbestimmungsrecht über ihr eigenes Vermögen, über ihr wichtigstes Gut, ihre Arbeitskraft.

Die Bürstenhausindustrie in Baden.

△ Wenn in allernächster Zeit im deutschen Reichstag auf Grund der Anträge fast aller Fraktionen und auf Grund der eindringlichen Lehren des Heimarbeiterschuttkongresses und der Berliner Heimarbeiterversammlung die gesetzliche Regelung der sanitären und wirtschaftlichen Verhältnisse der Heimarbeiter versucht wird, können auch die vielerlei Branchen der Holzindustrie nicht ungenannt bleiben. In der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist das traurige Kapitel Heimarbeit schon recht häufig ventilert worden; man würde aber zu viel behaupten, erklärte man, das lehrreiche Thema sei in allen seinen Beziehungen und Wirkungen zur Fabrikarbeit erschöpft.

Ein in letzter Zeit erschienenes Werk der badischen Fabrikinspektion, das die Hausindustrie und Heimarbeit im Großherzogtum Baden am Anfang des 20. Jahrhunderts einer ausgiebigen Betrachtung unterzieht, würde unsere Annahme augenfällig korrigieren. Es kann nicht Aufgabe eines Gewerkschaftsblattes sein, die ganze Materie der Heimarbeit im Musterlande hier aufzurollen, so reizvoll dies wäre wegen der eigenartigen Wechselwirkung, in welcher Hausindustrie und Landwirtschaft in Baden stehen. Wir müssen uns also darauf beschränken, die Hauptgruppen der Holzbranchen herauszugreifen und die Schlussfolgerungen, die sich daraus für den Holzarbeiterverband im engeren, für das deutsche Reichsparlament im weiteren Sinne ergeben, zu ziehen.

Obenan steht die Bürstenhausindustrie. Sie hat seit langem schon im badischen Schwarzwald eine Heimstätte. Die Chronik erzählt von einem armen Müllerssohn in Todtnau am Feldberg im badischen Schwarzwald, der Ende des 18. Jahrhunderts lebte und dem die große Nachfrage nach Bürsten auffiel. Er zerlegte eine von ihnen, brachte es auch fertig, sie wieder zusammenzusetzen und wurde — Bürstenmacher. Sein Name ist Leodegar Thoma. Er hat den Grund gelegt zur Todtnauer Bürstenhausindustrie, die als neuer Industriezweig etwa im Jahr 1800 sich her wurde. Thoma fand seine Schüler und Nachahmer, und wie von innerem „Instinkt“ getrieben, versiel man auch bald auf Teilarbeit, dergestalt, daß der eine mit Zurechtlegung der Borsten, der andere mit dem Binden, der dritte mit der Herrichtung des Bürstenholzes, ein vierter mit Einfenkung der Haarbüschel, andere mit Verpichen, Durchziehen usw. beschäftigt wurden. Ein anderer Teil der Todtnauer ging hinaus in die weite Welt, um die angefertigten Bürsten zu verschleifen. Bereits 1814 zählte Todtnau 42 Haarbinder, 14 Bürstenbinder und 29 Hausierer. Man berechnete die Reineinnahme des Großherzogtums Baden, da zwei Drittel der Produktion ins Ausland gingen, auf 121702 Gulden jährlich.

Verwendet wurden die Haare von Schweinen, Pferden und Ziegenbocksbärten. Neben der minderwertigen Ware fertigte man bald Kleider-, Glanz- und Staubbürsten an. Die Hausierertätigkeit wurde gefördert durch ein den Schwarzwälder Bürstenhafterern eingeräumtes Vorrecht, daß nur sie, nicht aber die städtischen zünftigen Fachgenossen ihre Waren in das Ausland bringen durften. Aber der Markt erweiterte sich nicht in dem Verhältnis, in welchem die Zahl der Bürstenbinder und Hausierer zugenommen hatte. Es stockte der Absatz, und bereits Ende der fünfziger Jahre mußte man durch staatliches Eingreifen die Leistungsfähigkeit der Bürstenmacher durch Anschaffung von Maschinen für die Herstellung der Bürstenhölzer, Anlegung von Muster-sammlungen neueren Geschmacks usw. erhöhen. Es entstanden geschlossene Fabrikbetriebe, die ihre Niederlagen für den Absatz in größeren Städten hielten. Die Blütezeit des Hausierergewerbes war vorbei; mit ihm die selbständige häusliche Bürstenmacherei — die Heimarbeiter wurden Abhängige der Fabriken. Im allgemeinen steigerte sich aber der Umsatz der verkauften Waren. Er betrug 1855 etwa 300000, 1869 schon 600000 Gulden und 1889 sogar 1 1/2 Millionen Mark.

Produktion und Absatz haben eine vollständige Umwälzung erfahren. Heute stehen sich geschlossene Betriebe

und Hausindustrie hinsichtlich der Zahl der beschäftigten Arbeiter fast gleich gegenüber. In 112 Anlagen, die sich fast über das ganze badische Land, von Meßkirch bis Weimheim, erstrecken, sind 1411 Personen in Fabrikbetrieben beschäftigt, während Hausindustrielle im Jahre 1905 von der badischen Fabrikinspektion 1444 gezählt wurden. In den geschlossenen Betrieben überwiegt das männliche Element (61,2 Prozent), in der Hausindustrie das weibliche (81,5 Prozent). Die weibliche Hausarbeit besteht in Bürsteneinziehen, Einpichen der Borsten sowie Polieren der Hölzer. In den letzten Jahren war eine Vermehrung der Heimarbeiterinnen zu verzeichnen, obwohl die in der Hausindustrie bezahlten Stundenlöhne bis zu 10 Prozent hinter den in der Fabrik festgelegten zurückblieben. Die meisten Bürstenfabriken in Baden nehmen auch Gefangenarbeit in Anspruch, und man kann sich denken, daß dieser beklagenswerte Umstand stark preisdrückerisch — insbesondere für die Heimarbeiter — wirkt. Der Jahresumsatz der badischen Bürstenindustrie wird auf etwa 3 1/2 Millionen Mark geschätzt. Man berechnet die Jahreslöhne der Arbeiter in den Fabrikbetrieben auf circa 950000 Mk., die der Heimarbeiter auf 220000 Mk. Das Absatzgebiet erstreckt sich auf die Schweiz, Frankreich, Belgien, Österreich und England sowie auf Amerika. In der Schweiz geht der Absatz Schwarzwälder Bürstenwaren immer mehr zurück, da eine eigene Bürstenindustrie im Schweizer Lande emporgeblüht ist, und in Amerika treten die billigen japanischen Fabrikate erfolgreich mit den Schwarzwäldern in Wettbewerb.

Würdigt man die Entlohnung der Bürstenhausarbeiter, so hat man zu berücksichtigen, daß durchgängig in den Sommermonaten die Arbeit unterbrochen wird, weil fast alle Hausarbeiter etwas Landwirtschaft betreiben. Die von der Fabrikinspektion ermittelten Ergebnisse über die Lohnverhältnisse einer Anzahl Hausarbeiterinnen sind außerordentlich mannigfaltig. So verdient zum Beispiel eine Heimarbeiterin beim Borsteneinziehen 12 bis 18 Pf. pro Stunde; die höchste Lohnsumme, die einer Arbeiterin in einer vierzehntägigen Winterlohnperiode ausbezahlt wurde, betrug 28,75 Mk., die niedrigste, eine Sommerlohnperiode, 2,55 Mk. Lohnbeträge von 30 Mk. in zwei Wochen, die eine Heimarbeiterin in Donauerschlingen dadurch verdiente, daß sie nach ihrer Angabe den ganzen Tag und bis 12 oder 1 Uhr nachts Bürsten polierte, sind natürlich nur Ausnahmen, denn diese Frau erklärte selbst, daß sie infolge dieser Überanstrengung jetzt „nur“ noch 10 Stunden pro Tag arbeiten könne und anstatt 30 Mk. — 8 Mk. verdiene. Ihr Stundenverdienst ist von 14 auf 7 Pf. gefallen. Als feststehend darf angenommen werden, daß der Durchschnittslohn 12 Pf. nicht übersteigt.

Im Einklang mit diesem hohen Verdienst steht die Ernährung der Bürstenheimarbeiter. Die Fabrikinspektion konstatiert, daß die Ernährung der Familie meist eine sehr einfache ist. Zum Frühstück gibt es Kaffee und Brot, zum Mittag Kartoffeln und Milch, abends wieder Kartoffeln und Milch oder Kaffee und Brot. Der Fleischverbrauch erstreckt sich selten auf mehr als das selbst geschlachtete Schwein. Arbeitet der Vater im Walde oder als Tagelöhner an der Straße, so besteht sein Mittagessen, wenn die Entfernung das Zubringen warmen Essens aus dem Hause unmöglich macht, aus mitgenommenem Speck, Brot und Kirchwasser. Auf Befragen erklärten viele Familienväter: Fleisch gibt es nur Sonntags!

Die schlechte Entlohnung ist die eine nachteilige Seite der Hausindustrie; was an Körperkraft und Gesundheit den armen Menschen verloren geht, kann nur festgestellt, nicht aber zahlenmäßig gemessen werden. Die Frauen klagen durchgängig über Rückenbeschwerden, Kopfweh, Magenkrämpfe, Schwindelanfälle und Herabminderung der Sehkraft. Die Wohnungen sind häufig recht niedrig, wenn auch geräumig. Oft ist der Arbeitsraum zugleich der gemeinsame Wohnraum der Familie und der Schlafraum der Eltern. Ein Beispiel: In einer Dachkammer des Hauses, das Eigentum des Familienoberhauptes ist, sitzen drei Leuten, arbeitend, den ganzen Tag um den Pechtopf, der im Wasserbad mit Holzkohlenfeuer warm gehalten wird. Der Raum ist in Pech- und Kohlendunst eingepfult. Ein Abzug ist nicht vorhanden, das Fenster ist geschlossen und wird mit leisem Staunen über des Fremdlings Wunsch halb geöffnet. Der Dunst scheint eher ertragen zu werden als die frische Luft.

Dieses eine Beispiel kann ruhig verallgemeinert werden, denn es ist jedem Fachmann bekannt, daß sich beim Einziehen und Polieren von Bürsten schädliche Dünste entwickeln. Damit sind die Leiden der Hausarbeiter in der Bürstenindustrie noch lange nicht erschöpft. Der sogenannte Milzbrand bedroht ständig Leben und Gesundheit aller jener Personen, die sich mit der Verarbeitung tierischer Haare und Borsten von Schweinen befassen, weil diesen Haaren und Borsten die Milzbrandkeime anhaften. Die Ansteckungsfähigkeit dieses Milzbrandes ist eine außerordentlich große. Es wird berichtet, daß Frauen von Bürstenarbeitern erkrankten, welche die Arbeitskleider ihrer Männer ausbesserten. Eine Mutter hand das von ihrer Tochter bei der Arbeit getragene Halstuch um und starb an einem Milzbrandkarfunkel am Hals. Ein Schweineergessele, der mit Pinselarbeitern gemeinsam arbeitete, starb an innerem Milzbrand. Die Hausarbeiter haben nun gerade jene Borsten zu verarbeiten, die aus dem Ausland kommen, und gerade diese sind die gefährlichsten. Sie übertreffen an Länge und Stärke die Borsten, die in Deutschland gezüchteten Schweinerassen. Die Fabrikinspektion ist der Ansicht, daß die in Deutschland bestehenden veterinär-polizeilichen Vorschriften eine Gewähr dafür geben, daß verseuchtes inländisches Material nicht in den Verkehr gelangt. Da aber bei der Erzeugung von Waren für die Fabrikanten nicht die Gesundheit ihrer Arbeiter, sondern das

Profitinteresse maßgebend ist, sind die meisten Rohprodukte bei der Bürstenherstellung ausländischen Ursprungs. Dadurch ist die Bürstenhausarbeiter bedrückende Gefahr erhöht. Nun schreibt allerdings das Kaiserliche Gesundheitsamt vor, daß durch die Desinfektion der Milzbrand verhütet werden kann. Als ausreichende Desinfektion gilt das Kochen des Materials. Die im Jahre 1899 erlassene Verordnung besagt, daß alle aus dem Ausland kommenden Pferde- und Kinderhaare, Schweinsborsten und Schafswolle dem Desinfektionszwang unterworfen sind. Das badische Ministerium forderte in einer Ergänzungsverordnung sogar den Nachweis, daß die Desinfektion ausgeführt sei. Diese Verordnung wurde im Jahre 1902 noch verschärft. Und welche Entdeckung machte die badische Fabrikinspektion? Man lese:

„Betriebsweise wurden in zahlreichen Behausungen von Heimarbeitern der Bürstenindustrie undesinfizierte ausländische Borsten vorgefunden. Es handelte sich dabei ausschließlich um schwarze chinesische Borsten; die Unversehrtheit der aus leichtem, mit chinesischen Schriftzeichen bedecktem Papier bestehenden Originalpackungen ließ keinen Zweifel darüber, daß eine Desinfektion nicht stattgefunden hatte. Und solches Material fand sich in den Drischäften zerstreut, nachdem die Fabrikanten kurz zuvor auf das bestimmteste erklärt hatten, daß niemals undesinfizierte Ware in die Hausindustrie gegeben wurde! Weitere Nachforschungen ergaben, daß einzelne Fabrikanten die schwarzen chinesischen Borsten zum größten Teil undesinfiziert sowohl in der Fabrik, als auch in der Hausindustrie verarbeiten lassen und eine Desinfektion dieser Sorte nur vornehmen, wenn diese Prozedur den Borsten eine für bestimmte Waren gewünschte Beschaffenheit geben soll.“

Seelenruhig hat man also Leben und Gesundheit von Hunderten von Familien bedroht und als einzige Entschuldigungsgründe angegeben: große Unkosten, Herabminderung des Gewichtes und des Gebrauchswertes der Haare. Mit Recht zieht die Fabrikinspektion daraus die Schlussfolgerung, daß die Behörden solchen Verletzungen der gesetzlichen Bestimmungen mit aller Schärfe entgegenzutreten müssen.

Wir erwarten bei der Regelung der Heimarbeiterfrage durch den neuen Reichstag, daß gegen solche Rücksichtslosigkeiten der Unternehmer Mittel und Wege gefunden werden. Zum Durchschnittslohn von 12 Pf. eine gesundheits-schädliche Arbeitsweise und eine ständige Ansteckungsgefahr — das ist das trostlose Bild, welches uns die badische Bürstenindustrie bietet!

Zur Lage der Arbeiter in der deutschen Stuhlindustrie.

r. d. Zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern in der deutschen Holzindustrie gehören unstreitig neben den Bürsten- und Korbmachern die Arbeiter in der Stuhlindustrie. Überall, wo man sich in dieser Industrie umsieht, findet man noch lange Arbeitszeiten und niedrige Löhne, und wenn das Sprichwort „Mitteldarbeit ist Mordarbeit“ zutreffend ist, so gilt es in dieser Branche in doppeltem Maße. Zeitlöhne sind hier fast gar nicht anzutreffen, nur teilweise trifft man sie bei den Maschinenarbeitern. Tritt einmal eine Arbeiter-schaft an die Unternehmer heran und ersucht um eine Auf-besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, so hört man immer die alten Einwände, die Konkurrenz zwingt dazu, niedrige Löhne zu zahlen und an der langen Arbeitszeit fest-zuhalten. Sieht man sich aber die bestehenden Verhältnisse näher an, so kann man finden, daß es mit der so sehr ge-fürchteten Konkurrenz nicht so schlimm stehen kann, denn logischerweise kann sich doch dort nur eine scharfe Konkurrenz bemerkbar machen, wo mehr Ware hergestellt und auf den Markt geschleudert wird, als konsumiert werden kann. Wenn man sich nun vergegenwärtigt, daß in den letzten zwei und drei Jahren in den maßgebendsten Orten der Stuhlbranche eine ganze Reihe Unternehmer ihre Betriebe vergrößert und trotzdem ihre Produkte immer gut an den Mann gebracht haben, so muß jeder zugeben, daß dieses Schlagwort „Kon-kurrenz“ nur ein Mittel ist, um jede Forderung der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage niederzuhalten. Es haben zum Beispiel ihre Betriebe vergrößert in Weinheim drei, Blom-berg ein, Leisnig zwei, Geringswalde zwei, Rabenau ein Unternehmer; außerdem ist in letztgenanntem Orte ein neuer Betrieb eröffnet worden. Es würden sich noch mehr Be-weise anführen lassen, bemerkt sei nur noch, daß in oben-genannten Orten die in Betracht kommenden Unternehmer ihre Betriebe verhältnismäßig beträchtlich vergrößert haben. Fast überall lassen sich Fälle anführen, wo diese Herren re-spektive ihre Väter selbst noch am Krachbock standen, während sie heute, wo man zur Großfabrikation überging, hundert und mehr Arbeiter beschäftigen. Man muß sie gesehen haben, diese Herren und das Milieu, in dem sie sich be-wegen, man muß ihre Betriebe gesehen haben und die un-vermeidliche Wille, welche nun einmal in unserer modernen Zeit dazu gehört, und man wird zu der Überzeugung kommen, daß es diesen Herren absolut nicht so schlecht geht, wie sie immer behaupten.

Wie steht es nun mit den Lohn- und Arbeitsverhält-nissen in diesen Betrieben? Hier wird nun in Betracht zu ziehen sein: erstens, daß die Produktionsverhältnisse sehr verschieden sind, nicht nur was die Qualität anlangt, sondern auch in bezug auf Form und Stilrichtung; zweitens, ob der Unternehmer in einem Gefängnis oder Buchthaus arbeiten läßt; drittens, ob Hausindustrie vertreten ist, denn auch diese ist oftmals für das Lohnverhältnis von Bedeutung; viertens endlich, und das ist mit das Ausschlaggebendste, das Organisationsverhältnis der betreffenden Arbeiter und die wirtschaftliche Lage, in der sie sich befinden. Sieht man sich die Produktionsverhältnisse in der sächsischen Stuhlindustrie an, so wird man finden, daß die Teilarbeit, soweit man von einer solchen sprechen kann, in Rabenau und dem Wald-beimer Bezirk noch nicht so spezialisiert ist als im Erz-

gebirge. Das findet seine Erklärung allerdings darin, daß in erstgenannten Orten zum größten Teil bessere Stühle ge-baut werden, nicht nur in bezug auf Stil, sondern auch auf Holzart; dagegen wird in Neuhausen und Umgegend sehr viel Stapelware gebaut, zum Beispiel Bock-, Sprossen- und Walgen- und Muscheltühle.

Jeder Stuhlbauer wird zugeben, daß dort, wo die Teil-arbeit ins kleinste durchgeführt ist, nicht eine solch saubere Arbeit herzustellen ist als dort, wo der Stuhlbauer den ganzen Stuhl selbst baut, ausgenommen natürlich die Drechler- und Bildhauerarbeit, das Polieren und die Maschinenarbeit. Hier kommt noch hinzu, daß dort, wo die Teilarbeit vorherrschend ist, die Akkordlöhne mitunter be-deutend niedriger sind als da, wo eine solche nicht besteht. Der Fabrikant schwärmt doch schließlich auch nur für die Teilarbeit, um billig produzieren zu können. Nur so kann es sich erklären, daß zum Beispiel ein Unternehmer in Düsseldorf, welcher die sogenannte Stapelware roh aus dem sächsischen Erzgebirge bezieht, in Düsseldorf polieren läßt und an seine Kundschaft umsetzt, immer noch auf seine Kosten kommt. Zu berechnen ist hierbei noch, daß dieser Unter-nehmer mit bedeutend höheren Regiekosten rechnen muß als ein anderer, welcher sein Domizil in einer kleinen Stadt oder in einem Dorfe aufgeschlagen hat. Einzuschalten ist hier noch, daß besagter Unternehmer immer noch durch-schnittlich 80 Leute beschäftigt, insofern dessen nicht nur auf den Lokalmarkt angewiesen ist.

Die Akkordarbeit ist in den sächsischen Betrieben durch-gängig anzutreffen, ausgenommen die Branche der Maschinen-arbeiter, welche zum größten Teil in Lohn beschäftigt sind. Der absolute Wochenverdienst ist sehr verschieden; es ver-dient ein Arbeiter im Erzgebirge im Durchschnitt nicht das gleiche wie seine Kollegen in Rabenau, Geringswalde ufm. Man wird jedoch in Betracht ziehen müssen, daß es im Erz-gebirge noch einen guten Teil Arbeiter gibt, welche selbst ein kleines Anwesen haben und somit manchmal im Jahre gezwungen sind, der Arbeit fernzubleiben. Jedoch der Hauptgrund für die niedrige Entlohnung ist wohl der, daß es im Erzgebirge noch sehr viel Stuhlarbeiter gibt, welche nicht den Organisationsgedanken erfaßt und daher noch nicht begriffen haben, daß sie sich nur mit Hilfe der Or-ganisation bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen können. Indes muß gesagt werden, daß auch in dieser Be-ziehung Fortschritte gemacht sind, und ist zu hoffen, daß auch die noch Fernstehenden zu der Einsicht kommen, daß sie ihre Lebenslage nur mit Hilfe der Organisation ver-bessern können. Die Arbeitszeit beträgt in den Betrieben des Erzgebirges wöchentlich 60 Stunden, doch gibt es auch noch welche, wo eine längere Arbeitszeit herrscht. Der Wochen-verdienst wird im Durchschnitt 15 Mk. kaum erreichen.

Wenden wir uns nunmehr wieder dem Waldheimer und Geringswalder Gebiet zu. Das dort die Arbeiterschaft nach langem hartnäckigen Kampfe zu den alten Bedingungen in die Arbeit treten mußte, ist bekannt. Wer aber glaubt, daß die Geringswalder Arbeiter unerfüllbare Forderungen an ihre Unternehmer gestellt hätten, ist getäuscht. Dieser ganze Kampf mit allen seinen Begleiterscheinungen lehrt uns, daß die dortigen Machthaber glaubten, wenn sie denselben ge-winnen würden, es auch mit dem verhassten Holzarbeiter-verband vorbei wäre. Sie gaben sich der Illusion hin, die Mitglieder würden aus der Organisation austreten, so daß für diese Herren eine neue Ära mit verdoppelter Ausbeutung anbrechen würde. Sie haben aber auch alle Ursache, die Organisation ihrer Arbeiter zu hassen, denn mit Hilfe der-selben haben letztere ihnen schon manches Zugeständnis ab-gerungen respektive geplante Verschlechterungen abgewehrt. Daß eine Reduzierung der Arbeitszeit auch in der Stuhl-branche durchführbar ist, beweist der Umstand, daß bei dem obengenannten Düsseldorf-Unternehmer schon seit Jahren die neunstündige Arbeitszeit eingeführt ist, ebenfalls bei einem in Rabenau und in Sangerhausen. Ebenso verhält es sich mit der Lohnaufbesserung. Daß diese Herren nichts be-willigen könnten, glaubt ihnen kein Mensch, der ihre Ver-hältnisse kennt.

Ein eigentümliches Bild stellt sich dar, wenn wir Mitt-wald betrachten; dieses hat im Verhältnis zu den anderen umliegenden Orten der Stuhlbranche noch die schlechtesten Lohnverhältnisse. Löhne von 15 Mk. pro Woche sind keine Seltenheit. Zieht man noch in Betracht, daß diese horrenden Löhne in einer guten Geschäftszeit verdient werden, so kann man sich denken, was in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise herauszuholen ist. Die dortige Arbeiterschaft zeigt auch nicht das Bestreben, diesen elenden Zuständen ein Ende zu machen. Die dort stark vertretene Frauenarbeit in den Spinnereien und Webwarenfabriken scheint in dieser Beziehung ein Hemmschuh zu sein. Man glaubt jedenfalls, wenn die Frau etwas verdient, kann der Mann mit wenigem zufrieden sein. Die Arbeitszeit beträgt in diesem Gebiet wöchentlich 58 bis 59 Stunden, Werkzeug wird gewöhnlich vom Arbeitgeber gestellt, doch gibt es genug Fälle, wo der Arbeiter sich einen guten Teil selbst stellt, aus dem einfachen Grunde, weil das vom Arbeitgeber gestellte zum Teil mangelhaft oder aber nicht ausreichend ist, um vorteilhaft arbeiten zu können. In Rabenau sowie auch in Mittweida gibt es je einen Betrieb, wo die Polierer sich das Material selbst stellen müssen. Buchthausarbeit ist wenig anzutreffen, jedoch die Haus-industrie ist in Sachsen noch stark vertreten. Der Haus-arbeiter holt sich das zugeschnittene Holz in der Fabrik und baut nun zumeist in seiner eigenen Häuslichkeit die Stühle. Daß diese Leute sehr oft vom Unternehmer zu Bohndrücke-reien verwendet werden, läßt sich, da sie zum großen Teil unorganisiert sind, leicht denken. Auch Lehrlinge ausbilden können dieselben; besonders in der Polierbranche trifft man diese Typen von Lehrmeistern. Ein solcher bildet manchmal nicht nur einen Lehrling aus, sondern gleich ein halbes Duzend. Hier fällt jedenfalls ein alter Handelspruch ins Gewicht: „Die Masse muß es bringen.“ In den Zeiten der Saison, besonders im Herbst kommt es vor, daß die Lehr-linge den Tag zwölf Stunden und mehr beschäftigt werden; manche von diesen Hinterhaus- und Dachstuhlfräuser lieben auch die Nachtarbeit ihrer Leute.

In Lauterberg und der Provinz Hannover liegen die Produktionsverhältnisse wesentlich anders als in Sachsen. Da kann man Betriebe finden, wo die Teilarbeit bis ins kleinste durchgeführt ist. Der eine macht Lehnen, der andere Säge, ein anderer Vorderböcke, ein anderer schlägt nur zu-sammen. Sogar bei den Polierern kann man die Teilarbeit

finden; so poliert der eine die Gestelle, der andere nur Säge, der dritte lackiert. Der Polierer ist ferner in allen diesen Betrieben gezwungen, das Material beim Unternehmer zu kaufen. Daß bei solchen Handelsgeschäften der Arbeiter zu Anfechtung ist, läßt sich denken. Muß er doch für das Biter Spiritus 60 bis 70 Pf., das Pfund Schellack 1,50 Mk., Öl 36 Pf., Watte 50 Pf., Lack bis 3,50 Mk. pro Liter be-zahlen. Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß die Unternehmer immer ihr Geschäft verstehen, doppelt ver-standen, wenn man in Betracht zieht, daß sie obendrein noch sehr niedrige Akkordpreise bezahlen. Der Arbeiter mag dann sehen, wie er auf seinen Lohn kommt. Darf er die Arbeit mangelhaft hinsetzen, so geht es noch, muß er jedoch die Arbeit sauber machen, so merkt er erst recht, daß er zu Schandpreisen arbeitet. Die Maschinenarbeit wird ebenfalls in Akkord gemacht; die Dreherei wird in manchen Betrieben auf der Fassonbank gefertigt, wird etwas nachgedreht und von jugendlichen Arbeitern poliert. Bessere und fremde Holzarten werden fast gar nicht verarbeitet, meistens nur Rotbuche, welche aus dem nahen Teistergebirge bezogen wird; fabriziert wird meistens nur Stapelware. Die Arbeits-zeit beträgt in diesen Betrieben 10 und 11 Stunden täglich. Doch muß hier eingeschaltet werden, daß bei gutem Ge-schäftsgang sehr viel Überstunden geleistet werden, eine Extra-entschädigung gibt es für solche nicht. Das Organisations-verhältnis ist trotz der schlechten Arbeitsverhältnisse noch sehr schwach; die sonstige Lage der Arbeiter scheint in dieser Beziehung eine große Rolle zu spielen. Ein großer Teil derselben besitzt noch selbst ein kleines Anwesen, ein Häus-chen, etwas Feld und dergleichen. Nach geleisteter Arbeit in der Fabrik geht dann die Schinderei zu Hause noch ein-mal los. Er kann sich so einen Teil der Lebensmittel, welche er benötigt, selbst anbauen, spürt also die miserable Lage, in der er sich befindet, nicht so wie sein Mitarbeiter, welcher nichts besitzt als seine Ware Arbeitskraft. Würde ein solcher Arbeiter die Zeit und Mühe berechnen, die er seinem Anwesen opfert, er würde bald zu einer anderen Einsicht kommen.

Die Gefängnisarbeit kann man antreffen in Hameln, Hausindustrie ist dort wenig vertreten. So ähnlich wie im Hannoverischen liegen die Verhältnisse im Harz, nur daß der Organisationsgedanke festeren Fuß gefaßt hat, dank der Ausperrungstaktik der Lauterberger Unternehmer. Was viele Kollegen durch jahrelange rastlose Arbeit nicht erreichten, haben diese Herren zustande gebracht und wollen wir hoffen, daß auch dort einmal menschenwürdige Zustände geschaffen werden, zum Nutzen aller Stuhlarbeiter.

Wenden wir uns nunmehr einem Orte zu, wo ebenfalls eine bedeutende Stuhlfabrikation herrscht, nach Weinheim i. B. Beschäftigt werden daselbst gegen 500 Arbeiter, welche zum größten Teil aus den Drischäften des Odenwaldes nach dort kommen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Diese Leute sind gezwungen, alljährlich von ihrem ohnehin kärg-lichen Verdienst noch bis 90 Mk. Fahrgeld auszuwerfen. Nicht genug damit, haben sie auch noch das Vergnügen, eine halbe bis ganze Stunde zu laufen, ehe sie morgens von Hause bis zur Bahnstation oder abends retour gelangen. Wenn man berechnet, daß die normale Arbeitszeit täglich 10 Stunden beträgt, die Arbeiter auf der Bahn täglich bis anderthalb Stunden zur Fahrt benötigen, ebenfalls noch so lange laufen müssen, so darf man wohl sagen, daß das Leistungsmaß, die man unmenflich nennen könnte. Wer-den nun die Leute so entlohnt, daß es mit diesen Leistungen in Einklang zu bringen ist? Die Verantwortung dieser Frage möchte man am liebsten fallen lassen. Wer es selbst mit angesehen hat, diese Krakerie und Schrubberie, die noch nicht einmal während der Pausen nachläßt, diese bis in das kleinste durchgeführte Teilarbeit; wer selbst aus Erfahrung die Be-handlung kennt, welche diesen Leuten von den Unternehmern und Meistern zuteil wird; wer die miserablen Akkordpreise am eigenen Körper gespürt hat, nur der kann ermessen, was es heißt, in Weinheim Stuhlarbeiter zu sein. Wenn man einmal eine genaue Statistik würde vornehmen können über die Lohnverhältnisse, was aber bei der Rückständigkeit des größten Teiles dieser Arbeiter fast ausgeschlossen erscheint, man würde sein blaues Wunder erleben. Löhne von 10 bis 12 Mk. pro Woche würden keine Seltenheit sein; allerdings gibt es auch solche von über 20 Mk. Der Durchschnitt würde jedoch nur ein Bild des Glendes entrollen, zumal wenn man in Betracht zieht, daß die Lebensverhältnisse die den-klarbar teuersten sind und der Arbeiter noch gezwungen ist, einen großen Teil seines Verdienstes in Fahrgeld anzuwenden. Wer jedoch glaubt, daß diese Arbeiter leicht von der Mäz-glichkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen sein würden, steht sich enttäuscht. Hier bewahrheitet sich der Spruch, daß der am meisten gefnechtete Arbeiter am schwersten zur Organisation zu holen und zu erziehen ist. Mag es auch sein, daß diese Leute noch etwas ihr eigen nennen, Tatsache ist, daß sie mit ihrem Ackerbau nicht viel erzielen werden, denn der Boden des Odenwaldes gilt für alles andere, nur nicht als ertragreich. Es wird noch mancher schwerer Mühe und Arbeit bedürfen, ehe diese Ar-beiter-schaft zu der Einsicht kommt, daß auch sie nur ihre Lebenslage verbessern können mit Hilfe des Deutschen Holz-arbeiterverbandes. Bemerkenswert ist noch, daß daselbst zum größten Teil Bocktühle fabriziert werden. Material und Werkzeug wird geliefert, jedoch so, daß man es oft als mangelhaft bezeichnen kann. Die Maschinenarbeiter werden in Lohn beschäftigt, doch gibt es Unternehmer, welche ungeniert jugendliche Arbeiter an die Maschine stellen, welche dann mit 8 bis 10 Mk., auch oft darunter entlohnt werden. Sogar gibt es daselbst einen Fabrikanten, welcher junge Leute unter 16 Jahren an die Hobelmaschine stellt, unbekümmert darum, ob ein solcher Mensch frühzeitig zum Krüppel wird, wenn nur der Profit blüht. Hausindustrie und Gefängnisarbeit ist hier nicht anzutreffen.

Es kann nicht angängig sein, über alle Orte, in denen die Stuhlindustrie anzutreffen ist, Betrachtungen anzustellen. Man würde noch auf manche Zustände stoßen, welche eines Interesses nicht entbehren würden. So steht in Striegau in Schleien und Gollnow in Pommern die Gefängnisarbeit in schönster Blüte, zum Segen der betreffenden Unternehmer und zum Fluche der daselbst beschäftigten freien Arbeiter. Die Frauenarbeit kann man ebenfalls antreffen; so beschäf-tigen die Fabrikanten von Berlinchen und Gollnow zum Polieren der Stühle nur Frauen. Ebe wir unsere Betrachtungen schließen, lohnt es sich noch einen Blick zu tun in einen besonderen Zweig dieser

Industrie, die Stuhlwebererei. „Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht“, das ist die Parole, nach welcher hier von den Unternehmern gehandelt wird. Überall wo die Stuhlindustrie vorherrschend ist, kann man die Stuhlwebererei in den Arbeiterwohnungen antreffen. Von früh bis in die Nacht hinein sitzt dort die Arbeiterfrau mit ihren Kindern, welche oftmals kaum das schulspflichtige Alter erreicht haben und flechten Wehen und Stiche. Eine Arbeit, welche offen gesagt, so erbärmlich bezahlt wird, daß sich eine lebensfähige Person, und sei sie noch so bescheiden in ihren Lebensansprüchen, nicht ernähren kann; deshalb findet es man, daß die Kinder schon im frühesten Alter zu dieser Beschäftigung herangezogen werden. Der kargliche Verdienst des Stuhlwebers, das Fehlen einer besser bezahlten Frauarbeit, das sind die Gründe, warum so mancher Familienvater, so manche liebende Mutter ihre Kinder zu dieser Körper und Geist zerstörenden Tätigkeit zwingt. Daß die Arbeiterinnen das zum flechten nötige Rohr beim Unternehmer kaufen müssen, und oftmals zu Wucherpreisen, läßt sich denken. Und nun dort, wo sich niemand findet, der sich dieser Hungerarbeit unterzieht, sendet man die Stuhlweber in Anstalten, damit sie dort geflochten werden. Das ist zum Beispiel in Wiesenburg bei Zwicau der Fall. In der daselbst befindlichen Waisenanstalt flechten jahraus jahrein 15 bis 20 Kinder Stuhlweber für einen Unternehmer in Wilskau. Wir leben im Zeitalter des Tiereschutzes, von der christlichen Nächstenliebe und Humanität werden große Worte gemacht; aber für diese Art Kinderausbeutung hat man die Grenzen noch nicht gefunden.

Die Unternehmer haben es im Gegensatz zu den Arbeitern verstanden, sich zu organisieren, damit sie in der Lage sind, als Käufer der Ware Arbeitskraft, sowie auch als Verkäufer ihrer Produkte ihren Vorteil wahrzunehmen. Mögen auch die Stuhlweber endlich einmal lernen, daß es auch für sie nur einen Weg gibt, um einmal bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Darum hinein in die Organisation, hinein in den Deutschen Holzarbeiterverband!

Soziales.

Die bayerischen Landtagswahlen und die Gewerkschaften in Bayern.

Am 31. Mai finden in Bayern die Landtagswahlen statt, welche diesmal besonders wichtig sind, weil zum erstenmal auf Grund des neuen Wahlgesetzes gewählt wird, das die direkte Wahl brachte. Die Wahlbewegung schlägt hohe Wogen, und ganz besonders sind die Arbeiterstimmen unvorhergesehen; wie überall, so sind auch in Bayern vor den Wahlen alle Parteien im höchsten Maße arbeiterfreundlich. Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, daß die den Arbeitern gegebenen Versprechungen von den bürgerlichen Parteien sehr bald vergessen sind, wenn die Arbeiter sich betören lassen und für ihre Gegner stimmen. Auch in Bayern gibt es nur eine Partei, welche rückhaltlos und energisch die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter vertritt, das ist die Sozialdemokratie.

Auf dem Arbeiter lastet mit zermalmendem Druck die gewaltige wirtschaftliche Übermacht des kapitalistischen Unternehmertums. Aller Produktionsmittel bar, muß sich der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt in den erniedrigenden Handel mit seinem eigenen Fleisch und Blut finden, muß er seine Arbeitskraft verkaufen und sich den schmachlichsten Arbeitsbedingungen, der launenhaften Kommandogewalt eines herrschsüchtigen und tyrannischen Ausbeutertums unterordnen. Überarbeit und Hungerlöhne stehen am Beginn der ersten schmerzreichen Epoche des Kapitalismus. Erst als sich die Arbeitererschaft drohend gegen die maßlose Ausbeutung erhob, schufen die Regierungen die ersten bescheidenen Einfänge der Arbeiterschutzgesetzgebung. Die Einleitung der Arbeiterversicherungsgesetzgebung, auf welche die bürgerlichen Parteien ohne berechtigten Grund so ungeheurer Stolz sind, ist nach dem eigenen Zugeständnis Bismarcks lediglich dem Andrängen der erstarkenden Sozialdemokratie zu danken.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten ist darauf gerichtet, die Arbeiter vor der degenerierenden Wirkung des schrankenlosen Kapitalismus zu schützen; sie erstreben deshalb die Eindämmung der Herrschergewalt des kapitalistischen Unternehmertums durch gesetzliche Einschränkung der Arbeitszeit, durch Regelung der sanitären Verhältnisse der Fabrik und Werkstatt, durch die Begründung allgemeiner Versicherungsanstalten gegen die existenzuntergrabenden Folgen der Krankheit, des Unfalls, der Invalidität und der Arbeitslosigkeit, durch die Errichtung öffentlich-rechtlicher Vertretungskörperschaften der Arbeiter. Je kompakter sich die Arbeitermassen, seien sie nun katholisch oder protestantisch, zu einer Klassenpartei zusammenscharen, je stärker ist ihre Stosskraft und je sicherer setzen sie ihre Klassenforderungen in den Parlamenten durch. Es steht ja dann hinter diesen Forderungen nicht ein Bruchteil einer Klasse nur, sondern die Klasse selbst.

In der bevorstehenden bayerischen Landtagswahl treten zahlreiche sozialpolitische Fragen in den Brennpunkt des proletarischen Interesses. Der Demokratisierungsprozeß, in den dank der unablässigen vorwärtsdrängenden Tätigkeit der Sozialdemokratie der bayerische Staat getreten ist, muß auf das kommunale Gebiet zielklar hinübergeleitet werden. Am demokratisierten Staat muß sich die demokratische Gemeinde emporranken. Die Reform der Gemeindeordnung ist eine Arbeiterklassenforderung von grundlegender Bedeutung. Die demokratische staatliche und kommunale Verwaltung verbürgt erst die konsequente Durchführung der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungs-gesetzgebung. Der Staat und die Gemeinden Bayerns beschäftigen ganze Armeen von Arbeitern und Beamten. In diesen Arbeitern, die durch eine fort-

geschrittene staatliche und kommunale Sozialpolitik in menschwürdige Arbeits- und Lebensverhältnisse verfaßt sind, wird die Gewerkschaftspolitik einen wichtigen Stützpunkt finden.

Bisher ist die Sozialdemokratie im bayerischen Landtag mit ihren Vorkägen zu allen grundlegenden Fragen der staatlichen sozialen Arbeiterpolitik von den gesamten übrigen Parteien niedergestimmt worden; von denselben Parteien, die vor den Wahlen den Arbeitern die schönsten Versprechungen gemacht hatten. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Einführung des Neunstundentags vom 1. April 1906 und des Achtstundentags vom 1. April 1907 ist abgelehnt worden. Das Unternehmertum wehrt sich energisch gegen jede durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit in den Staatsbetrieben, es weiß sehr wohl, daß die Privatindustrie wohl oder übel folgen muß, wenn der Achtstundentag erst in Staat und Gemeinde seinen Einzug gehalten hat. Und die bürgerlichen Abgeordneten sind die getreuen Verfechter der Interessen des Unternehmertums. Nicht anders wie bei ihrem Streben auf Verkürzung der Arbeitszeit ging es den sozialdemokratischen Vertretern mit ihrem Verlangen nach ausreichender Entlohnung der staatlichen Arbeiter und Angestellten. Ihre Lohnpolitik, die genügende, für den Familienunterhalt ausreichende Arbeitslöhne und Dienstbezüge vorzusehen und einen Mindestlohn von 3 Mk. für erwachsene männliche Arbeiter festlegen wollte, wurde von der Regierung und den Parteien leidenschaftlich bekämpft.

Im bayerischen Landtag war bisher das Zentrum die herrschende Partei. Getreu seinen Grundsätzen heuchelt diese Partei die größte Arbeiterfreundlichkeit, versagt aber stets, wenn es gilt, seine Grundsätze in die Tat umzusetzen. Charakteristisch war das Verhalten des Zentrums bei der Frage der Durchführung der von ihm selbst mit beschlossenen Lohnhöhungen. Zu diesem Zweck waren 2160000 Mk. in den Etat eingestellt; diese Summe reichte jedoch nicht aus, es mußte, sollte der Beschluß zur Ausführung gelangen, 840000 Mk. mehr bewilligt werden. Dagegen wehrte sich aber das Zentrum mit Händen und Füßen. Um die sich ungeberdig zeigenden christlichen Arbeiter zu überbügeln, brachte es dann einen Antrag ein, durch welchen die Regierung ermächtigt wurde, die etwa notwendig werdende Summe auszugeben. Diese Summe wurde jedoch im Antrag nicht genannt, und so trat das ein, was die klugen Antragsteller vorher wußten, die Reichsratskammer lehnte die Position ab. Die Reichsräte hatten sich nämlich schon früher auf den Standpunkt gestellt, keine Forderung zu bewilligen, die nicht genau ziffernmäßig umschrieben ist. Das ist echte Zentrumspolitik! Und dieser Partei laufen auch in Bayern noch viele Arbeiter nach. Nicht besser ist der Liberalismus, der vor den Wahlen ebenfalls verspricht, Arbeiterinteressen wahrzunehmen, in der Kammer sich aber als eifriger Vertreter der Kapitalisteninteressen gibt.

Die Gewerkschaften als solche treiben keine Politik, sie aber und ihre Mitglieder haben das höchste Interesse daran, daß durch die Gesetzgebung das Wohl der Arbeiter gefördert wird. Von den bürgerlichen Parteien haben die Arbeiter nichts zu hoffen, einzig die Sozialdemokratie ist es, die für sie eintritt. Und so handeln die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Bayerns in ihrem eigenen Interesse, wenn sie energisch dafür eintreten, daß die Wahlen am 31. Mai mit einem Erfolg für die Sozialdemokratie abschließen.

Schutz der Heimarbeit in der Tabakindustrie. Dem Reichstag ging ein Gesetzentwurf betreffend die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit zu, wonach die Herstellung von Zigarren sowie die Lagerung des Tabaks in Schlafräumen verboten ist. In Wohnhäusern an Stellen, die für die Lagerung von Tabak in Schlafräumen geeignet sind, müssen die Räume, in denen das Anripfen des Tabaks, das Wickeln, Rollen und Sortieren stattfindet, müssen unmittelbar ins Freie führende Fenster und pro Person je 10 Kubikmeter Luftraum haben. Das Gesetz verbietet die Beschäftigung fremder Kinder und gestattet die Beschäftigung eigener Kinder vom vollendeten 12. Jahre an. Es verbietet die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter nach 8 Uhr abends und vor 8 Uhr morgens. Die Beschäftigung von Kindern und jungen Leuten ist der Ortspolizeibehörde von der verantwortlichen Person vorher anzumelden. Die Gewerbetreibenden, die Hausarbeiter beschäftigen, müssen eine Liste ihrer Hausarbeiter führen und der Ortspolizei jederzeit vorlegen. Die Verantwortlichkeit trägt teils der Unternehmer, teils derjenige, der über die Räume das Verfügungsrecht hat.

Sozialpolitik mit Merkblättern. Die Frankfurter „Volkstimme“ macht diese treffenden Bemerkungen: Bei den Debatten über Sozialpolitik im Reichstag ist die Regierung ziemlich gut weggekommen. Wie stark sie auch von den verchiedenen Rednern angegriffen worden ist, so handelte es sich doch immer dabei mehr um Einzelfragen. Über ihre neueste Methode, der sozialpolitischen Gesetzgebung aus dem Wege zu gehen, wurde kein Wort gesagt. Und gerade in dieser Beziehung scheint man im Reichsamt des Innern, lezterdings neue Bahnen eingeschlagen zu haben, die aber in der Wirklichkeit nur Schlechwege sind, um jede regelnde Gesetzgebung zu umgehen. Diese neue Methode besteht darin, die Arbeiter über die gewerblichen Gefahren zu belehren, nicht aber diese Gefahren abzustellen. So werden jetzt Merkblätter für die Feilenhauer und Metallschleifer ausgegeben, die die Arbeiter über ihr Verhalten zur Verhütung von Erkrankungen belehren sollen. Die Bedeutung dieses „Arbeiterschutzes“ der Feilenhauer haben wir bereits in der „Volkstimme“ beleuchtet. Das „Merkblatt“ für die Metallschleifer behauptet, es sei ein Erfolg einiger örtlicher Polizeiverordnungen, daß die Lungenerkrankungen bei den Metallschleifern nicht nur gegen früher zurückgegangen seien, sondern daß der Gesundheitszustand der bei der gefährlichen Metallschleiferei beschäftigten Arbeiter sich noch weit besser als bei einem normalen Durchschnittsmenschen gestaltet habe. Daraus läge doch die Schlussfolgerung nahe, daß man diese

Polizeimaßregeln zur Reichsverordnung verallgemeinern sollte? Sicherlich doch das beste Mittel, um alle Krankheiten und Gefahren aus der Welt zu schaffen! Gott bewahre, sagt Hofadomsky, es bleibt beim Merkblatt! Auf dieses billige, mit großem Tamtam gepriesene Mittel beschränkt sich die ganze Tätigkeit unseres „sozialpolitischen“ Ministers. Und wenn ein Arbeiter doch erkrankt, dann trägt er eben selber die Schuld. Er hatte ja auf dem „Merkblatt“ so hübsch all die Regeln, die ihm ein langes Leben und eine gute Gesundheit sicherten, zusammengestellt; warum war er so leichtsinnig, sie nicht zu befolgen? Im Reichstag hätte man diese kläglichen Zustände brandmarken und kategorisch ein Reichsgesetz für Arbeiterschutz fordern müssen!

Der diesjährige Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine wird vom 17. bis mit 19. Juni in Düsseldorf abgehalten werden. Ihm schließt sich wie gewöhnlich die Generalversammlung der Großenkaufsgesellschaft an. Der Genossenschaftstag wird verhandeln über: Berichte des Vorstandes und des Sekretärs, Ausbau des Zentralverbandes und der Unterverbände, gemeinschaftlicher Einkauf der Konsumvereine, Tätigkeit des Tarifamtes und Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften, Unterflügelungskasse des Zentralverbandes, Bericht des Ausschusses, Geschäftliches.

Die Berufs- und Betriebszählung soll einem Beschluß des Bundesrats zufolge am 12. Juni dieses Jahres stattfinden. Die Zählung findet im Sommer statt, um die deutsche Volkswirtschaft in möglichster Entfaltung aufzunehmen. Auch die früheren Erhebungen fielen in den Juni. Wegen der großen Arbeit und Kosten können die Berufs- und Betriebszählungen nur selten stattfinden. Bisher sind überhaupt nur zwei, die erste 1882, die zweite 1895, vorgenommen worden. Seitdem hat sich das Erwerbsleben besonders schnell entwickelt. Zweifellos wird deshalb die Zählung große Veränderungen in der deutschen Volkswirtschaft nachweisen.

Die Heiligkeit der Familie im Zeitalter des Kapitalismus. Einen hübschen Beitrag hierzu lieferte eine von der Regierung im Bezirke Friedberg-Bechhausen in der Nähe von Augsburg aufgenommene Statistik über die Zahl der Kostkinder. Aus derselben ist zu entnehmen, daß in diesen größtenteils ländlichen Bezirken 395 Kostkinder, 235 eheliche, 160 uneheliche, vorhanden waren, die sich auf 19 Gemeinden verteilen. Im Dorado der Textilbarone, in der etwa 11 000 Einwohner, größtenteils Fabrikproletarier, zählenden Stadt Bechhausen wurden allein 230 Kostkinder, 175 eheliche und 55 uneheliche gezählt. Welche Summe menschlichen Glends steckt in diesen Zahlen. Gezwungen durch den Kampf ums Dasein, durch die familienzerstörende Fabrikarbeit ist die Mutter genötigt, ihr Liebste fremden Leuten zur Pflege und Erziehung zu übergeben, weil der larme Verdienst des Mannes nicht ausreicht, das Leben zu fristen. Der Schmerz der Mutter um ihr von der Seite gerissenes Kind, in sehr vielen Fällen Dual und Leiden der unter fremder Pflege stehenden Kinder, unverständige und mangelhafte Ernährung, lieblose Erziehung derselben, das sind die Folgen dieser Erscheinung, die der unersättliche Kapitalismus gezeitigt hat. Was Wunder wenn in solchen Fabrikorten die Säuglingssterblichkeit eine sehr hohe ist. Dabei tritt der Kapitalismus die Ehre dieser Fabrikflavinnen noch unter die Füße. So wurde kürzlich in Pforse bei Augsburg ein Meister entlassen, der auf die Aufforderung eines Vorgesetzten, er solle seine „Menschchen“, (hierorts üblicher Ausdruck für tiefst gefallene Frauenspersonen) besser zur Arbeit antreiben, die Antwort gegeben, es seien Arbeiterinnen keine „Menschchen“. — Nicht bloß um ein glücklicheres Los der Familien, sondern auch um die Ehre der Arbeiterschaft kämpft die Arbeiterorganisation im Zeitalter des Großkapitals.

X. Der Konsum von Hundefleisch. In der spanischen Revue „La Espana moderne“ zieht ein Offizier die Frage ernstlich in Betracht, ob es sich als praktisch erweisen würde, in der spanischen Armee den Konsum von Hundefleisch einzuführen. Dabei weist er darauf hin, daß Deutschland fast das einzige Land ist, in dem der Konsum von Hundefleisch offen gebräuchlich ist. Das Schlachten von Hunden wird meistens sparsamlichem überlassen; in Dessau giebt es sogar besondere Hundeschlächter. Im Jahre 1900 wurden offiziell geschlachtet: in Dessau 249, in Halberstadt 28, in Barmen 19, in Grimnitzschau 21, Leipzig 15, Wittweida 16, Zittau 30, in ganz Sachsen 1860 Hunde. Im Jahre 1901 stieg diese Zahl auf 2502 und 1902 auf 2869. Natürlich führt die Teuerung der sonst für die menschliche Ernährung bestimmten Fleischsorten zum Konsum derartigen minderwertigen Fleisches. Wenn man bedenkt, daß die Hunde die Träger so vieler schwerer Krankheitserreger sind, wie Bandwürmer und Tuberkelbazillen, so kann man nur wünschen, daß die Kontrolle über die Verwendung von Hundefleisch möglichst scharf geführt werde. Untersuchungen haben ergeben, daß bis zu 25 Prozent der geschlachteten Hunde tuberkulös gewesen sind. Es ist dies alles wieder ein glänzender Beweis dafür, daß Deutschland in der Welt voran ist, da außer bei uns nur noch in Kamtschatka, in Nordafrika und auf den Gesellschaftsinseln der Hund als menschliches Nahrungsmittel offiziellen Kurs hat.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den folgenden Zahlstellen wird hiermit antragsgemäß die Genehmigung erteilt, einen wöchentlichen Lokalbeitrag in angegebener Höhe neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben, und zwar ab 1. Mai: Grimma 10 Pf.; Gadersleben 50 Pf., Rissingen 20 Pf., Ruhla 5 Pf., Tondern (Einzelmitglieder) 25 Pf., Bieb 25 Pf., Waldheim 20 Pf.; ab 5. Mai: Reichenbach i. V. 5 Pf.

An freiwilligen Beiträgen für die ausgesperrten Mitglieder sind bei der Hauptkasse weiter eingegangen und werden hierdurch quittiert: Stettin 75 Mk., Wolgast 25, Lauban 17,60, Siltterbog erste Rate 25, Klosterfelde 50, Neuzelle 10,16, Völkten 20, Runnersdorf 10, Borna 50, Riesa 150, Gera zweite Rate 300, Blauen 500, Reichenbach i. V. aus der Lokalkasse 50, gesammelt 25,40, Arnstadt erste Rate 25, Bürgel i. V. 100, Pöppned 30, Saalfeld 50.

Bocholtz 75, Detmold 21,97, Gildesheim 35, Gaan 10, Münster erste Rate 50, zweite Rate 100, Wermelskirchen erste Rate 26, Heidelberg 100, Kellheim 100, Kreuznach 25, Fürth dritte Rate 800, Kollegen der Firma Münch-Fürth 190, Kollegen der Firma J. C. Otto-Fürth 100, Riffingen 56, Markt-Redwitz 15, Neustadt a. N. 20, Schweinfurt 22, Berchtesgaden 3,25, Memmingen 40, Asperg 25, Wiberach 30, Emmendingen 10, Gaggenau von der Maisfeier 9,28, Lahr 200, Offenburg 15,60, St. Georgen 10, Lötzingen 30, Waldkirch 15.

Von Einzelmitgliedern: Wipser-Goldenberg 2, Klein-Malck 1, Sobottka-Mu 3, Schollmeier-Siedlinghausen 1, Mitglieder in Wangerin 1,50, Sowa-Wohlau —50, Vom runden Tisch bei Schelle-Dortmund 3, Auf einer Agitationstour von Schweizer Kollegen in Stein a. Rh. gesammelt 5, Gester-Soeft 2, Rogge-Moormörder 2, Hauber-Barrin 3, Mitglieder in Gesamtzahl 8,10, Meier-Sahnitz 5, Heermagen-Leverbeck 1,50, durch Klotz-Bbau 2, Meyfurch-Wrnstadt —30, G. B.-Gf-lingen 5, Reichelt-Barmen 3 Ml.

Von Stuhlchreimern in Paris 44,35 Ml., von Kunstschreimern in Paris 181,29, von deutschen Korbmachern in Stockholm 22,22 Ml.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 86816 Anton Blank, Tischler, geb. 21. 5. 82 zu Augsburg.
- 129165 Ludwig Klinging, Tischler, geb. 29. 11. 68 zu Marburg.
- 170983 Martin Wirting, Tischler, geb. 14. 8. 81 zu Würzburg.
- 264586 August Werner, Tischler, geb. 15. 3. 86 zu Gundersorf.
- 284020 Joseph Falter, Tischler, geb. 28. 2. 72 zu Reichenbach.
- 311463 Walter Helfrich, Tischler, geb. 22. 12. 82 zu Zoppot.
- 313226 Oskar Trentler, Stellm., geb. 30. 7. 88 zu Glichleben.
- 313772 Paul Werner, Hilfsarb., geb. 4. 8. 86 zu Ilmenau.
- 352554 Gottlieb Murr, Maschinenarbeiter, geb. 25. 2. 82 zu Dshweil.

Stuttgart, Adlerstraße 48. Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Stettin. Die Adresse des Gauvorstehers ist seit dem 1. Mai Falkenwalderstraße 27. Alle für den Gauvorstand bestimmten Korrespondenzen sind nur an diese Adresse zu richten.

Der Gauvorstand. J. A.: H. Falkenberg.

Agitation.

Gau Danzig. Die eigenartigen Verhältnisse in diesem Gau bedingen es, daß auf der Agitationstour nur die größeren Zahlstellen berührt werden konnten. Kolberg hat, außer einem Duzend Fernstehenden, alle Kollegen im Verband. Das Ostseebad, mit den grell hervortretenden Klassen-gegenständen, mag wohl mit der Einsicht der Kollegen gefordert haben. 50 Kollegen nahmen an der Versammlung teil. In Stolp macht sich hinsichtlich des Versammlungsbesuches einige Laubbett bemerklich, das ist bedauerlich, zumal die Arbeitgeber Aussperrungsgelüste zeigen. Unter den 150 Versammlungsteilnehmern waren auch Mitglieder des Gewerkschaftsvereins mit ihrem Bevollmächtigten, welcher jedoch gegen den Vortrag, der sich scharf gegen den Generalrat richtete, nichts einzuwenden hatte.

In Danzig wurde die Versammlung durch den Gauleiter des Gewerkschaftsvereins humoristisch gestaltet. An dem Vortrag fand er nichts auszuweisen, doch wandte er sich gegen die, seine Organisation brandmarkenden Wendungen. Einige belanglose Zwischenrufe benutzte er als Anlaß, um nach drei Sätzen abzutreten. Unerkennend sei der Poppotter Kollegen gedacht, die, weil ihre Zahlstelle auf der Tour nicht mit berührt werden konnte, den Weg nach Danzig nicht geseht hatten. Die Versammlung in Elbing zeigte ein lebhaftes Bild. Hier bietet die Schichtarbeiter für uns noch ein gutes Agitationsfeld; ist doch der Gewerkschaftsverein noch in gleicher Stärke vorhanden wie unsere Zahlstelle, welche 170 Kollegen zählt.

Königsberg ist die Musterzahlstelle des Gaus. Alle Kollegen, zirka 1000, sind organisiert. Die Versammlung füllte den großen Saal „Ludwigsplatz“ bis auf den letzten Platz. Das gleiche, bezüglich der Organisation, trifft auch auf Elstzt zu. Auch hier war die Versammlung sehr gut besucht. Dagegen herrschen traurige Zustände in Insterburg. Hier haben die Arbeitgeber leichtes Spiel, denn die Schnapspest wüthet grauenhaft unter den Arbeitern. Die überall bekanntgegebene Versammlung wurde durch die Zersplittertheit der Ortsverwaltung illusorisch gemacht. Es wurde ein neuer Organisationsplan beraten, hoffentlich gelingt es, diesen durchzuführen.

In Graudenz verlief die Versammlung recht lebhaft, indem sich an den Vortrag eine anregende Diskussion knüpfte. Der Besuch hätte besser sein können. — Diese Klage trifft die Versammlung in Thorn nicht. Kurios wirkte auch hier die von einem Gewerkschaftler verkündete Lauterkeit seiner Organisation am Orte; von der organisierten Streikbrecherei seines Verbandes in anderen Orten schien dieser Kollege nichts zu wissen.

In Bromberg, wo unsere Kollegen im Streik stehen, hätte ich ein regeres Interesse für die Versammlung erwartet. — Interessant gestaltete sich die Versammlung in Hohensaifa. Der Vortrag wurde von Genosse Podemsky in polnischer Sprache wiedergegeben. Beiden Referaten folgte begeisterte Zustimmung, aber besser wäre es, wenn die Kollegen in der Werfstat auf die Durchführung des bestehenden Vertrags achteten.

Die Tour, welche in der Zeit vom 6. bis 16. April stattfand, hat mir in ein Gebiet unseres Organisationsfeldes einen wertvollen Einblick gewährt. Die Organisation hat hier eine schwierige, aber dankbare Aufgabe zu erfüllen. Viele Kollegen, welche sich in anderen Teilen des Reiches als wackere Kämpfer bewähren, haben hier ihre erste Schulung erhalten. Bei ihrem Abgang aus dem Osten werden sie erstet durch Kollegen, welchen der Organisationsgedanke erst wieder beigebracht werden muß. Das ist eine schwere und aufreibende Tätigkeit, aber die Mühe wird heute schon gelohnt, und die Kollegen wissen im allgemeinen den Wert

der Organisation und die Vorteile, welche sie ihnen in den letzten Jahren gebracht, zu schätzen. In allen Versammlungen waren sich die Kollegen einig, daß unser Verband mehr noch wie bisher zu einem Wall ausgebaut werden müsse, an welchem sich der Übermut der Holzindustriellen bricht.

Gau Stettin. Von diesem Gau erhielt ich Mecklenburg zur Bearbeitung, und entledigte ich mich meiner Aufgabe, indem ich in 15 Orten in der Zeit vom 6. bis 21. April Versammlungen abhielt. Mecklenburg ist reich an landwirtschaftlichen Reizen, und eine verhältnismäßig gute Arbeiterbewegung ringt an allen Orten um Anerkennung und geistigen Fortschritt. Dieses Land mit seiner alten verächtlichen Verfassung bietet dem Beobachter manches Charakteristische. Im überwiegenden Teile herrscht noch die Landwirtschaft und Zwergerzeugung. Nur wenige Ansätze zu einer industriellen Betätigung. Demgemäß haben sich Einrichtungen erhalten, die uns sonst sehr wenig begegnen. Am Sonntag muß man mal Mecklenburg durchqueren. Außerhalb der Kirchzeit sehen wir die Menschen an der Arbeit, auf dem Acker, Holz oder Dünger fahren usw.; nirgends fast ein Festtagskleid, überall das Bild des Werkeltages! Die Arbeiterbewegung hat deshalb auch einen schweren Boden zu bearbeiten, und ist es erfreulich, wenn schon überall irgendwelche Triebkräfte sich bilden. Namentlich in den Bauereisen haben sich gute Organisationen entwickelt. Für uns Holzarbeiter liegt die Sache etwas schwieriger und vor allem eintöniger. Nur wenige größere Städte, sonst meist kleine Orte mit einer winzigen Zahl beschäftigter Kollegen sind da. Kleine Zahlstellen, über das ganze Land zerstreut, bilden so das Reich, dessen Herrlichkeit für unsere Kollegen erst durch Organisation erlangen werden soll. Daß der Gauvorsteher Falkenberg, der fast nur mit kleinen Verhältnissen rechnen muß, noch recht viel praktisch-schwere Arbeit ausüben muß, weiß er selbst, und zieht er getreulich an Fortschrittskaren weiter. Nur etwas möchte ich hier anregen, und das findet wohl überall gute Aufnahme: Die Gauvorsteher mögen etwas mehr Wert auf die Durchbildung der Lokalverwaltungen legen! Ich meine, diese durch praktische Belehrung über interne Organisationsfragen zu etwas mehr Selbstständigkeit erziehen. Das tut not! Alljährlich, gleich nach den Neuwahlen, sollten sich die Verwaltungen jeden Ortes mal vornehmen, die Fragen der Geschäftsführung, der Taktik usw. zu besprechen; es würde wahrscheinlich eine Arbeit sein, die sich namentlich in allen kleinen Orten, wo sonst noch wenig sich ereignet, wohl recht gut lohnen würde. Wenn die Verwaltungsmitglieder eingeweiht sind, klappt die Sache auch besser. In allen Versammlungen habe ich Wert darauf gelegt, die Konsequenzen der gegenwärtigen Machtkämpfe den Kollegen klar zu machen. Nicht in billiger Entrüstung soll unsere Antwort sich widerspiegeln, sondern in opferwilliger, treuer Organisationsarbeit soll unsere Erkenntnis der großen und ersten Zeiten zum Ausdruck kommen. Ich muß sagen, daß überall und allgemein betrachtet ein erfreulicher Opfergeist gerade an den kleinen Orten am wirksamsten sich äußerte. Gut besuchte Versammlungen fanden statt in Schönberg, Barnemünde, Malchin, Lübz und Parchim; mäßiger besucht in Brunschwarten, Wismar, Schwaan, Güstrow, Detzow, Friedland, Strelitz, Fürstberg und Grabow; schlecht besucht, um nicht zu sagen miserabel, war die Versammlung in Rostock. Diese größte Zahlstelle im Lande (420 Mitglieder) brachte nicht einmal 100 Kollegen in die Versammlung! Da war es in den kleinen Orten doch besser. — Hoffentlich haben meine Anregungen in den Versammlungen Anlaß zu erneuter Arbeit gegeben und sichern damit auch dauernd n Erfolg.

Gau Breslau. Bei der Agitationstour, die mich in den Gau Breslau führte, hat mir als Hauptaufgabe die unmittelbare Gewinnung neuer Mitglieder nicht vorgeschwebt. So wünschenswert jede Stärkung unseres Mitgliederstandes auch ist, so muß der Agitator, der eine größere zusammenhängende Tour unternimmt, doch in erster Linie darauf Bedacht sein, die Personalverhältnisse zu erörtern und ihren Gehalt zu prüfen. Einmal in der Tour wird auch der Erfolg, der sich in einer Bedingung der Mitglieder, ihrem Ausdruck, nicht lange auf sich warten lassen. Die Erfahrung zeigt, daß nur außerordentliche Anlässe, wie zum Beispiel eine für den Ort in Aussicht stehende Lohnbewegung imstande ist, auch die Indifferenten in die Versammlungen zu treiben. In der Regel bleiben diesen nicht nur die meisten unorganisierten, sondern auch ein größerer oder kleinerer Teil der Verbandsmitglieder fern. Diese Tatsache ist bedauerlich, aber die Lokalverwaltungen haben sich daran gewöhnt, mit ihr zu rechnen, und sie nehmen gewöhnlich auch bei der Auswahl der Versammlungslokale darauf Rücksicht. So kam es, daß die Versammlungslokale meist gut besucht waren, obwohl die Zahl der Anwesenden nicht selten erheblich niedriger war als die Zahl der Verbandsmitglieder am Orte.

Auf meiner Tour berührte ich die Zahlstellen Glogau, Grünberg, Posen, Breslau, Brieg, Neisse, Ratibor, Königs-hütte, Rattowitz, Zabrze, Beuthen, Gleiwitz und Oppeln. Verhältnismäßig am besten besucht war die Versammlung in Neisse, wo es der langjährigen, zähen und aufopferungsvollen Tätigkeit einiger Kollegen zu danken ist, daß es nur noch ganz wenige unorganisierte Berufsangehörigen gibt. Der christliche Verband hat hier, im schlesischen Rom, einen nennenswerten Anhang, doch ist dessen Zahlstelle von der unserigen weit überflügelt. Recht interessant war die Versammlung in Posen, wo in deutscher und polnischer Sprache diskutiert wurde. Die Posener Kollegen verstehen fast ausnahmslos beide Sprachen, jeder Redner bedient sich aber naturgemäß der Sprache, in welcher er seinen Gedanken am besten Ausdruck geben kann. Von den Worten der polnischen Redner habe ich natürlich nichts verstanden, doch war ich von dem Pathos und der Hingabe zur Sache, welches man den Reden anhören konnte, ohne die Worte zu verstehen, auf das Angenehmste berührt. Ich habe aus der Versammlung den Eindruck gewonnen, daß der leidige Nationalitätenstreit beim Gros der Posener Holzarbeiter keine Stätte findet oder zum mindesten doch das Zusammenarbeiten der beiden Nationalitäten in der Gewerkschaft nicht beeinträchtigt.

Von den Posener Verhältnissen wesentlich verschieden sind, insbesondere in sprachlicher Beziehung, die Zustände in dem ebenfalls polnischen Industriegebiet Oberschlesien. Hier sind es vornehmlich die Berg- und Hüttenarbeiter die polnisch sprechen, während in den Kreisen der Arbeiter in den handwerksmäßig betriebenen Berufen, insbesondere auch

von den Holzarbeitern, ausschließlich deutsch gesprochen wird. Hat unsere Organisation hier zwar keine sprachlichen Schwierigkeiten zu überwinden, so findet das Wirken unserer Kollegen doch einen recht steinigen Boden. Manches Hindernis ist allerdings bewältigt, doch bleibt trotzdem noch viel zu tun übrig. In origineller Weise ist im Industriegebiet dem Vorkommnis abgeholfen. Es wurden in den verschiedenen Orten dauernd Lokalitäten gemietet und mit Stühlen und Bänken notdürftig möbliert. Jemand welcher Ausschank findet nicht statt; das einzige Getränk, welches während der Versammlung zu haben ist, ist eine Flasche klaren Brunnenwassers auf dem Tische des Bureaus; aber auch diesem Getränke gegenüber verhielten sich die Kollegen in der Regel abstinente.

Während im Industriegebiet unsere Organisation im allgemeinen im Aufblühen begriffen ist, kam man das von dem nahe gelegenen Oppeln nicht sagen, obwohl hier Lokal-schwierigkeiten kaum in Betracht kommen. Die Mitgliederzahl ist gering und die Versammlung war weitläufig am schlechtesten besucht. Bei dieser Sachlage kann es nicht wundernehmen, daß zu schlechten Löhnen nicht nur 66 Stunden wöchentlich gearbeitet wird, sondern überstunden eine stehende Einrichtung sind.

Die verhältnismäßig kurze Agitationsreise hat mich in eine zwar ziemlich verrufene, aber äußerst interessante Gegend gebracht. Die Nähe zweier Reichsgrenzen bot mir Gelegenheit, an Ort und Stelle Studien anzustellen über den Segen unserer herrlichen Zollpolitik. Erfreulich groß ist die Zahl der Personen, welche den verhältnismäßig weiten Weg von Myslowitz über die österreichische Grenze machen, um von dort Mehl, Brot und Fleisch in kleinen Mengen zollfrei einzuführen, und die galizischen Händler, die sich unmittelbar am Grenzfluß in einigen Baracken angesiedelt haben, machen glänzende Geschäfte. Ein kurzer Ausflug auf russisches Gebiet ließ mich in Sosnowitz einen Blick werfen auf das zwar recht interessante, aber nichts weniger als appetitliche Bild einer russisch-polnischen Stadt. Die Militärpatrouillen mit aufgepflanztem Bajonett, denen man dort auf Schritt und Tritt begegnet, tragen nicht dazu bei, den Aufenthalt angenehmer zu machen. — Alles in allem genommen hat die Agitationstour nicht nur meinen Gesichtskreis erweitert, ich bin überzeugt, daß sie auch hinsichtlich des Erfolges den in sie gesetzten Erwartungen entsprochen hat.

Niedererschlesien. „Euer Ruf ist nicht fern.“ Das gilt im allgemeinen von den „Schlesingern“. Ich freue mich, etwas zur Verbesserung des Renommées unserer schlesischen Kollegen beitragen zu dürfen. Die Agitationstour, die ich im Auftrag des Gauvorstandes in Breslau durch eine Anzahl niedererschlesischer Orte unternahm, hat mir eine Reihe angenehmer Enttäuschungen gebracht. Ich habe Versammlungen gehabt, die durchaus, was die Zahl der organisierten und der am Orte beschäftigten Kollegen anbetrifft, als gut, sogar als sehr gut bezeichnet werden können. In Herrschdorf, wo ich begann, waren 80 Kollegen erschienen, in Görtz 500, in Langenbils 200, in Liegnitz 250 usw. Weniger gut waren die Versammlungen besucht in Niesky, Bunzlau, Haynau, Jauer und Striegau. Schweidnitz, Freiburg und Waldenburg hatten wieder einen guten Besuch aufzuweisen. Freilich darf nicht verkannt werden, daß in Niesky, Langenbils, Haynau, Liegnitz und namentlich in Jauer und Striegau noch eine große Anzahl organisationsfähiger Holzarbeiter vorhanden sind, die den Weg zum Verband noch nicht gefunden haben. Dort muß mit allen Kräften eingeseht werden, um das Organisationsverhältnis zu bessern und unseren Kollegen die überaus traurigen Löhne zu erhöhen. Vertragen können sie es.

Unter den Kollegen herrscht im allgemeinen ein vorzüglicher Geist, ganz besonders habe ich mich in Schmieberg gefreut, wo Kollegen einen mehrstündigen Weg nicht scheut hatten, um der Versammlung beizuwohnen. Gegenüber dem vom Schutzverband heraufbeschworenen Aussperrung habe ich bei allen Kollegen nur eine Ansicht gefunden, nämlich die, den aufgezwungenen Kampf mit aller Energie durchzuführen. Es war geradezu rührend, zu sehen, wie Orte und Kollegen, bei denen 12 bis 15 Ml. Löhne die Regel bilden, erklärten, sich von den hohen Löhnen noch etwas am Munde abdarben zu wollen, um die Mittel zu beschaffen, den Kampf durchzuführen. Den Herren vom Schutzverband wäre es angst und bange geworden, wenn sie dergleichen hätten erleben können.

Von anderen Organisationsangehörigen ist mir auf der ganzen Tour niemand entgegengetreten.

Gau Dresden. Die 18 Versammlungen, in welchen ich sprach, waren durchweg gut besucht, aber immerhin waren noch einzelne unrühmliche und bedauerliche Ausnahmen zu verzeichnen. Gleich die erste Versammlung in der Zahlstelle Nadeberg gestaltete sich recht interessant, weil in der Diskussion ein Dr. Heinerth, Vorsitzender des nationalen Wahlausschusses, und der Vorsitzende des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins das Wort nahmen. Die sehr gut besuchte Versammlung ließ sich aber ebenfowenig von den Ehren-tönen des Sozialistenfreßers Dr. Heinerth als von den Entschuldigungsphrasen des Hirsch-Dunderschen überzeugen, sondern bekundete einmütig ihr volles Einverständnis mit den kämpfenden Kollegen. In Großröhrsdorf war die Versammlung ebenfalls gut besucht. In Großschönau waren von 116 organisierten Kollegen ganze 17 in der Versammlung erschienen. Wenn auch der weite Weg und das schlechte Wetter etwa als Entschuldigung dienen mögen, so ist ein solcher Versammlungsbesuch im Interesse der Zahlstelle doch nur zu bedauern. Übrigens scheint auch hier etwas persönlicher Streit eine Rolle zu spielen. Auch die Versammlung in Bittau hätte besser besucht sein können. Der sehr weite Weg mag auch in Löbau den Versammlungsbesuch etwas beeinträchtigt haben. Einzelne Kollegen, die etwas münchig sind, werden sich hoffentlich bald eines Besseren besinnen. In Neugehardsdorf war Besuch und Stimmung der Versammlung wirklich durchaus gut. Die am selben Tage stattgefundene Kontrollversammlung hat in Bauen einen Teil der Kollegen von unserer Versammlung ferngehalten. Die Stimmung war aber eine gute. Von Bauen ging es hinein in das Gebiet der sächsischen Stuhl-industrie, was für mich natürlich besonders interessant war.

Die erste Versammlung hier, in Brand, war nur mäßig besucht. Die Versammelten waren aber begeistert für den

Kampf. In Rabenau fand ich am nächsten Tage eine gut besuchte Versammlung, in der eine sehr gute Stimmung herrschte, die auch nicht beeinträchtigt werden konnte durch den Versuch eines Kollegen, den neuangestellten Lokalbeamten etwas anzuklammern. Im übrigen besteht hier eine Organisation, die für die anderen Orte mit Stuhlindustrie in ganz Deutschland als mustergültig bezeichnet werden kann. Die Versammlung in Döbeln hätte besser besucht sein können. Die lebhafteste Diskussion bewies aber Kampfesmut der dortigen Kollegen. Die Zahlstelle Leisnig leidet noch unter dem Ausfall der Ausperrung im Vorjahr. Etwas mehr Mut und Selbstvertrauen, vor allem bei den Verwaltungsmitgliedern, wird die Zahlstelle vor dem Schicksal der Zahlstelle Lauterberg nach dem großen Streik 1896 bewahren. In Waldheim war die Versammlung gut besucht und herrschte auch hier gute Kampfesstimmung. Die Zahlstelle Harta hätte einen bedeutend besseren Besuch aufweisen müssen. Wenn hier auch fast alle organisationsfähigen Holzarbeiter für den Verband gewonnen sind, so darf man doch nicht ruhen, auch alle Mitglieder in die Versammlungen zu bringen. In Mittelweida ziemlich guter Besuch und gute Stimmung. Von hier aufwärts ins Erzgebirge. In Oibernhau und Neuhäufen waren die Versammlungen gut besucht und gute Stimmung vorherrschend. Hierauf wieder zurück ins Stuhlrevier nach Schweitzerhain, wo ich eine gut besuchte Versammlung und helle Begeisterung vorfand. Zum Schluß nach Geringswalde, wo ich eine gute Versammlung vorzufinden hoffte, aber leider sehr enttäuscht wurde. Der Versammlungsbefuch war hier nächst Großschönau der schlechteste der ganzen Tour, und das ist recht bedauerlich. Von einer so alten Zahlstelle hätte man wohl etwas Besseres erwarten können.

Im allgemeinen war der Eindruck, den ich gewonnen habe, ein recht guter, der dafür bürgt, daß wir auch in der Zukunft die schweren Kämpfe, die uns vom Unternehmertum aufgedrängt werden, mit Erfolg durchkämpfen werden. Insbesondere habe ich aus den Stuhlindustriorten eine Fülle neuer Anregungen mit nach Hause genommen.

Joh. Lau-Lauterberg.

Gau Dresden. Meine Tour im Gau Dresden begann in der schönen sächsischen Schweiz. Schöne Gegend, schlechte wirtschaftliche Verhältnisse ist auch hier die Signatur. Elfstündige Arbeitszeit bei 22 bis 25 Pf. Stundenlohn. Es scheint, als ob die Arbeitgeber die Naturschönheiten, die die Arbeiter nur aus der Ferne bewundern können, mit in Anrechnung bringen, als ob die Arbeiter nur von der guten Luft leben könnten. In Schandau und Königstein kommen meist Sägemühlensarbeiter in Betracht. Die Versammlungen hätten in beiden Orten besser besucht sein können. In Niedererzgebirge war der Besuch verhältnismäßig besser. Nach dem Vortrag fand eine recht lebhafteste Diskussion statt, in der sich die Kollegen auch mit den Firsch-Dunderschen beschäftigten. In einem größeren Betrieb haben sich letztere häuslich niedergelassen, sie suchen dort mit allen Mitteln unter unseren Mitgliedern Proselyten zu machen. Ein reges gewerkschaftliches Leben scheint unter den Kollegen in Glashütte zu herrschen. Sie wissen, was die Uhr geschlagen hat. Fast sämtliche Mitglieder waren in der Versammlung, außerdem noch einige Mitglieder anderer Gewerkschaften. In der Porzellanstadt Meißen hatte sich wohl eine hübsche Anzahl Kollegen eingefunden, angesichts der großen Mitgliederzahl hätte der Besuch noch besser sein können. Die Kollegen müssen noch viel arbeiten, wenn ihre Zahlstelle so berühmt werden soll wie das dortige Porzellan. Die Verwaltung in Wilsdruff hatte eine schöne Versammlung zustande gebracht. Nur wenige fehlten. Auch einige Arbeitgeber hatten sich eingefunden, sowie der Herr „Redakteur“ vom dortigen Blättchen. In der Versammlung schwiegen die Herren natürlich. Aber am anderen Tage spitzte der Herr Redakteur seine Feder und schrieb einen langen Artikel, à la Reichsverband, über die Versammlung unter dem Motto: „Siehe, es ging ein Stämmchen aus zu säen.“ Das Geschreibsel hat mir viel Vergnügen bereitet. Der Mann muß sich mächtig ärgern, weil die Pil daunjer Arbeiter seine geistige Scherenarbeit von ihm weisen. In Riesa haben wir wieder meist Holzschmitten. Hier ist noch viel Aufklärung nötig. Die Kollegen müßten doch bald die elfstündige Arbeitszeit besetzen. In Dippoldiswalde oder Dippis, wie es im Volksmund heißt, wohnen die Kollegen viel in den umliegenden Orten; hierunter litt der Versammlungsbefuch. Es würde sich vielleicht empfehlen, in Zukunft die Versammlungen gleich nach Feierabend abzuhalten. In Pirna war großer Jahrmaktrummel. Der Versammlungsbefuch wurde dadurch wesentlich beeinträchtigt. Ich meine, die Kollegen hätten auch nach der Versammlung, die schon um 2 Uhr stattfand, noch Zeit genug gehabt, auf den Jahrmaktr zu gehen. Der Besuch der Versammlung war doch wohl wichtiger. In Röhlschendorf sind zumeist Korbmacher beschäftigt. Der Versammlungsbefuch war mittelmäßig. In der Diskussion beschäftigten sich die Kollegen speziell mit der Dresdener Ausperrung. Die Debatte war lang, aber recht unfruchtbar. Es wurde beschlossen, sich den Beschlüssen der Zahlstelle Dresden anzuschließen. In Großenhain war der Besuch der Mitgliederzahl entsprechend gut. Auch hier haben sich in einem Betrieb die Firsche festgesetzt. Im Vorjahr kam es in dem Betrieb wegen der Matfeier zur Ausperrung. Diesen Anlaß benutzten die Firsche, ihre Leute in diese Werkstatt hineinzubugieren. Die Versammlung in Gumnitzsdorf war prächtig. Unsere Mitglieder waren vollzählig erschienen, dazu noch eine große Anzahl andere Gewerkschaftsmitglieder. Verschiedene Kollegen hatten auch ihre Frauen mitgebracht. Die Kollegen bekunden ein reges Interesse an wirtschaftlichen und politischen Leben. Von hier ging's nach Dschab. Die Abwesenheit des Versammlungslokals, es liegt weit außerhalb des Städtchens, trug wohl zum ungenügenden Besuch der Versammlung viel bei. Durch den Mangel an geeigneten Lokalen wird hier die Gewerkschaftsbewegung sehr zurückgehalten. Freiberg zeigte schon wieder ein anderes Bild. Ein schönes Lokal steht uns dort zur Verfügung, der Versammlungsbefuch ging an. In der Diskussion klagten die Kollegen sehr über miserable Verhältnisse in einzelnen Betrieben, mangelhafte Schutzvorrichtungen, schlechte Abort- und Garderobeverhältnisse. Zur allgemeinen Heiterkeit wurde mitgeteilt, daß in einem Betrieb der Werkführer den Abort als Garderobe benutzt, wo er sich umzieht und am Tage seine Kleider hängen läßt. Muß der Mann gut riechen!

Es wurde gewünscht, daß sich der Gewerbeinspektor etwas mehr sehen ließe. In Deuben fand eine Versammlung für den Blauenchen Grund statt. Die Mitglieder gehören zur Zahlstelle Dresden. Infolgedessen sprach nach mir der Kollege Lauter-Dresden ausführlich über die dortige Ausperrung. Zum Schluß hatte ich noch einige Versammlungen im Erzgebirge. Hier ist das Glend zu Hause. Man muß staunen, wie nur die Arbeiter existieren können bei Löhnen von 9 bis 12 Mk. pro Woche. Man sieht es ja auch den Leuten an, wie sie leben. Dazu fast überall 11stündige Arbeitszeit. Durch Seimarbeit müssen Frauen und Kinder zum Erwerb beitragen. Bei solcher Ausbeutung gedeiht natürlich der Unternehmerprofit prächtig. Manche Dörfer erinnern an ostelbische Gutshöfe. Das Herrenhaus — die Villa des Unternehmers. Der Gutshof — die Fabrik. In einiger Entfernung dann ein armseliges Dorf, wo die Proleten haufen. Trotz der schlechten Lage, oder wohl gerade wegen dieser, findet die Organisation hier schwer Eingang. Aber Bredsch ist auch hier gelegt, es wird auch weiter gehen. In Marienberg war die Versammlung mächtig besucht. In Eppendorf besser. Hier hatten sich auch acht Fabrikanten eingefunden. Zum Wort meldete sich trotz Aufforderung keiner. In Mulda konnte die Versammlung nicht abgehalten werden. Unser Vorsitzender hatte bei der Anmeldung vergessen, die Tagesordnung anzugeben. Verstoß gegen das sächsische Zuzel, folglich durfte die Versammlung nicht stattfinden. Pünktlich fand sich abends der Gendarm ein, um aufzupassen, daß nichts passiert. Es gab natürlich nichts aufzulösen, wir unterhielten uns gemütlich am Bierisch. Die allgemeinen Eindrücke auf meiner Tour waren befriedigend. Wenn auch der Versammlungsbefuch da und dort etwas zu wünschen übrig ließ, der Geist war überall ein guter. Nirgendwo Stimmen des Mißmuts, überall Kampfes- und Opferfreudigkeit. Die Vertiefung des gewerkschaftlichen Gedankens hat doch Fortschritte gemacht. Ich hoffe, daß auch meine Ausführungen wieder Anregung zu intensiver Agitations- und Organisationsarbeit gegeben haben.

Wilh. Weidner.

Gau Hamburg. Die Tour begann mit der Versammlung in Lüneburg. Erschienen waren 70 Kollegen, die dem Referat mit Aufmerksamkeit folgten. Die Versammlung in Boizenburg, welche auf Sonntag den 7. April festgelegt war, mußte ich leider ausfallen lassen. Ich hatte mich auf der Reise so erkältet, daß ich nur mit größter Mühe meine Aufgabe in Lüneburg hatte erledigen können. Da die ersehnte Besserung während der Nacht nicht eintrat, war ich genötigt, am Sonntag das Bett zu hüten, wenn ich nicht die ganze Tour in Frage stellen wollte. Am 8. April kam ich nach Lübeck, woselbst ich von den Streikposten angehalten wurde, die mich wohl für einen Arbeitswilligen hielten. Die Versammlung war abends von allen jetzt noch in Lübeck anwesenden Holzarbeitern, 200 an der Zahl, besucht. Der Streik dauert dort bereits 15 Monate, und trotzdem sind die Kollegen guten Mutes. Die Versammlungen in Gutin und Brees waren verhältnismäßig gut besucht. In Kiel mütete die Ausperrung noch mit ungeschwächter Kraft; aber die kleinen Meister werden schwer in Mitleidenschaft gezogen. In Rendsburg ließ der Versammlungsbefuch zu wünschen übrig. Die Kollegen haben dort eine Lohnerhöhung ohne Kampf erreicht. Doch ist Halten oft schwerer wie Erreichen. Das sollten sich vor allen Dingen die älteren Kollegen merken, welche in der Versammlung mit Abwesenheit glänzten. In Sonderburg erschienen 28 Kollegen zur Versammlung. Dort herrscht ein sehr reger Geschäftsgang, welcher von den Kollegen zur Erhöhung der Löhne ausgenutzt wurde. In Flensburg waren nur 60 Kollegen erschienen, was im Verhältnis zur Mitgliederzahl der Zahlstelle gewiß nicht befriedigend konnte. Man klagte dort lebhaft über die niedrigen Löhne, und das mit Recht. In der ganzen Provinz stehen die Löhne selbst in den kleinen Städten höher wie in Flensburg. Angesichts dieser Tatsache hätte man wohl eine regere Tätigkeit der dortigen Kollegen erwarten dürfen. In Schleswig war die Versammlung nicht einberufen, weil der Veranlassung angeht eine Mitteilung ausgegangen sei. Es mußten wir uns mit einer Besprechung der Besammlungsangelegenheiten begnügen. In Husum, Tönning und Wiedorf waren die Versammlungen entsprechend der Mitgliederzahl der Zahlstellen durchweg gut besucht. Neumünster brachte die Mitgliederzahl vollzählig zur Versammlung. Die 120 Kollegen füllten das Versammlungslokal bereits gänzlich. Dort scheint ein guter Geist unter den Kollegen zu herrschen, und diesem entspricht auch das dortige Arbeitsverhältnis. Kellinghusen zeigte leider ein anderes Bild. Ganze 9 Mann stellten sich zur Versammlung. Gewiß ein beschämendes Bild, wenn man sich vergegenwärtigt, daß dort eine Zahlstelle besteht von 80 Mitgliedern, die erst vor kurzer Zeit eine Lohnbewegung günstig beendet haben. Am 22. April erreichte meine Tour mit der Versammlung in Tzeho ihr Ende. Dort herrschte gute Zuversicht. Die Kollegen standen in Verhandlungen mit den Meistern wegen Abschluß eines Arbeitsvertrags, wobei eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht werden dürfte. Werfe ich einen Blick über meine ganze Tour, so darf ich im großen und ganzen wohl befriedigt sein. Die Organisationen zeigten durchweg ein gutes Bild. Die Mitgliedschaften betragen 90 Prozent der am Orte beschäftigten Kollegen und teilweise noch mehr. Ginnmütig war man der Ansicht, daß die Pläne der Unternehmer nicht in Erfüllung gehen dürften. Deshalb befandete man auch überall größeren Opferwillen in der Bezahlung der Extrabeiträge. Wochenbeiträge unter 1 Mk. zählten zu den Ausnahmen. Für manche Zahlstelle nachahmenswert.

H. Christiansen-Stuttgart.

Gau Hannover. Der durch die Ausperrung gegebenen Situation entsprechend hatte ich im obigen Gau Versammlungen mit dem Thema: „Die Nachtprobe des Unternehmervverbands“ abzuhalten. Vom 8. bis 27. April referierte ich in Peine, Hannover, Hildesheim, Göttingen, Cassel, Detmold, Lage, Duarfenbrück, Osnabrück, Melle, Bünde, Deynhausen, Gerford, Bielefeld, Minden, Nienburg, Münden, Hameln und Gelle. Es konnte sich bei dieser Tour naturgemäß weniger um die Neugewinnung von Mitgliedern, als vielmehr darum handeln, den bereits organisierten die Bedeutung des Kampfes auseinanderzusetzen. Die so massenhaft herbeigeführten Beschlüsse auf Erhebung freiwilliger Extrabeiträge mußten ja der Befürchtung Raum geben, daß ein Teil der weniger tatigsten Mitglieder abfallen könnte.

Ich war überaus angenehm überrascht, daß diese Besprechungen auf die von mir besuchten Orte nicht im geringsten zuträfen. Fast überall, auch unter den kümmerlichsten Lohnverhältnissen, hatten die Kollegen durch Überweisung von Lokalkassengeldern und Erhebung von Extrabeiträgen der allgemeinen Opferwilligkeit sich angeschlossen. Geradezu erhebend wirkte die Ginnmütigkeit, mit der diese Beschlüsse gefaßt wurden. Kein Wort des Bedauerns über die oft erheblich hohen Extrabeiträge; nur ein Gebante trat unumwiderprochen immer wieder in den Diskussionen auf: es ist selbstverständlich, daß wir, auch wenn es die größten Opfer erfordern sollte, für die Existenz und die Ehre unseres Verbandes einzutreten haben. Das war die Stimmung, die ich antraf, und die bürgt mir dafür, daß in der Masse unserer Mitglieder Kräfte ruhen, die bei diesem Kampfe noch gar nicht benutzt zu werden brauchen. Statt uns an die Wand zu drücken, hat dieser Kampf ein Gefühl der Verbandsfreudigkeit bei unseren Mitgliedern erzeugt, das für die Stärkung unserer Organisation zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Die Unternehmer, die todesmütig in den Kampf zogen, den Verbandsdrachen zu erlegen, werden am Ende der Schlacht traurig und betrübt sich eingestehen müssen, daß sie nur wieder einmal ein Teufel der Kraft waren, die stets das Böse will und doch nur Gutes schafft.

Fritz Tarnow-Stuttgart.

Gau Düsseldorf. Meine Agitationstour im Gau Düsseldorf vom 6. bis 23. April erstreckte sich über folgende Orte: Remscheid, Solingen, Schwelm, Anna, Siegen, Iserlohn, Lüdenscheid, Gevelsberg, Wachen, Elberfeld, Warmen, Rall, Wald, Barmen, Gumerbach, Haspe und Hamborn. Diese 17 Versammlungen waren vom Gauvorstand und den Ortsverwaltungen gut vorbereitet. Infolgedessen meist ein guter, teilweise sehr guter Besuch zu verzeichnen war. Eine Ausnahme machten nur die Kollegen in Iserlohn. Trotz größter Mühe der dortigen Ortsverwaltung und trotz ausgiebigster Bekannmachung fanden sich von den 50 Mitgliedern nur 21 in der Versammlung ein, darunter, wie anderwärts, auch ein beträchtlicher Teil Kollegen aus der Umgegend, welchen der Weg nach Feierabend zur Versammlung nicht zu weit war. Im übrigen machten alle Versammlungen den besten Eindruck auf mich. Die gegenwärtige Nachtprobe des Unternehmertums gegen den Holzarbeiterverband hatte die Kollegen allerorts zu einer Begeisterung entflammt, wie sie sonst selten zu finden ist.

Um die Stimmung und den guten Geist der Kollegen zu schildern, sei mir die Anführung nur eines Beispiels gestattet. Die Kollegen in Wald hatten in einer früheren Versammlung bereits einen Betrag aus der Lokalkasse und einen freiwilligen Extrabeitrag von 80 Pf. die Woche beschlossen. Ein Teil der Mitglieder stand daraufhin im Verdacht, deshalb dem Verband den Rücken zu kehren. Diese Beschuldigung ließen sie aber nicht auf sich beruhen, denn folgende Resolution fand in der Versammlung einstimmige Annahme:

„Die heutige öffentliche Versammlung erwartet vom Verbandsvorstand, daß der augenblickliche Kampf in unserer Organisation so lange geführt wird, bis ein endgültiger Sieg zu verzeichnen ist. Die Mitglieder der Zahlstelle Wald sind gewillt, wenn es nötig ist, die Beiträge noch weiter zu erhöhen.“

In einer Reihe von Zahlstellen wurden auch eine Anzahl Neuaufnahmen gemacht.

Das Vorgehen des Arbeitgeberschutzverbandes hat eine ausgezeichnete Werbekraft für unseren Verband gezeitigt, so daß derselbe zweifellos gestärkt und gekräftigt aus dem gegenwärtigen Kampfe hervorgehen wird.

Jak. Harder-Stuttgart.

Gau München. In der Zeit vom 6. bis 21. April habe ich im Gau München 14 Versammlungen abgehalten. Kollege Raith schrieb mir: „Du wirst in eine schöne Gegend kommen, aber dich in der Hauptsache in kleinen Zahlstellen plagen müssen.“ — Mit erlichem hat Kollege Raith gewiß unbedingt recht für die Sommerzeit, solange aber der Winter in herrlicher Weise sein Bestes schwingt — wie großenteils während meiner Reise —, nur in sehr bedingter Form. Im übrigen ist die gewaltige Braut des Gebirges leider für die Arbeiterschaft nicht da; sie zu genießen — wie alles Schöne auf Erden — gehört ja bekanntlich zu den Vorrechten der besitzenden Klasse, die wenig tut und doch viel verdient! Die weitere Bemerkung könnte leicht Bedenken erregen, wenn wir nicht alle den Wert unserer „kleinen“ Zahlstellen kennen würden; ich möchte sie den kleinen Zuflüssen gleichachten, die von weit hinten und oben her dem großen Strom Bedeutung und Kraft verleihen, ihn zu dem machen, was er ist! Ich bin zulezt geneigt, in dieser Beziehung zu unterscheiden, denn die Kleinen haben dieselben Ansprüche an uns wie die Großen! Wären mir wirklich Bedenken gekommen, sie wären befriedigt worden durch das Verhalten der „kleinen“ Zahlstellen. Die Versammlung, die mich am wenigsten befriedigte hinsichtlich des Besuches war — München! Bei unseren Veranstaltungen in den kleinen Zahlstellen habe ich eine angenehme Erscheinung bemerkt; dort, wo unsere Kollegen nicht stark genug waren, fanden sie Unterstützung von anderen Gewerkschaftsmitgliedern; in einigen Versammlungen hatten sich auch „Christliche“ eingefunden. — Darauf, daß so unsere Versammlungen ansehnlicher wurden, lege ich weniger Wert, vielmehr aber auf die Tatsache, daß der Besuch durch andere Gewerkschaftsmitglieder das rege Interesse, die Sympathie mit dem, was uns berührt, zum Ausdruck brachte, und ich zweifle nicht, daß, wenn die Verhältnisse uns zwingen sollten, die anderen Gewerkschaftsmitglieder mit zum Kampfe aufzurufen für unsere Sache, dieser Ruf sicher allseitig freudigen Widerhall finden würde.

Was die einzelnen Versammlungen anlangt, so waren in Jngolstadt 80 Personen anwesend. Die junge Gewerkschaftsbewegung hat hier erfreuliche Fortschritte in letzter Zeit gemacht. In Dachau, wo von 42 Mitgliedern 25 erschienen waren, herrschen wenig günstige Erwerbsverhältnisse. Die Versammlung in Freising nahm einen sehr guten Verlauf. Einer der christlichen Kollegen fühlte den Drang in sich, seiner Sache zu dienen; der Versuch mißglückte. In Starnberg sind die Holzarbeiter gut organisiert. In der Versammlung wurden fünf Aufnahmen gemacht. Weniger befriedigend ist der Stand der Organisation in Weilheim. Hier gab es eine lebhafteste Diskussion. In Garmisch nahmen an der Versammlung auch einige christliche Kollegen teil. Letztere erklärten hier ausdrücklich ihre Befriedigung mit dem Referat, das ist vielleicht ein

Anfang zur Besserung, hoffentlich ist die Anwendung der Eintritt in unsere Reihen! Daß die Leute hier und da Enttäuschung erfahren deshalb, weil ich sie nicht „anrempelte“, ist komisch — zu dem Zweck kam ich nicht hin. Daß sie bei der Anerkennung einige bittere Wahrheiten mit in Kauf genommen, schadet ihnen jedenfalls auch nichts; haben aus solchen Wahrheiten doch schon eine kleine Anzahl die richtige Lehre gezogen durch Übertritt in unseren Verband. In München waren etwa 100 Kollegen anwesend von circa 550 in Frage kommenden (Sektionen der Maschinenarbeiter, Bürstenmacher, Drechsler). Es gibt ja zurzeit vielerlei Arbeit in München, aber alle leisten die doch nicht; die Bürstenmacher, für die neuerdings wesentliche Verbesserungen erzielt wurden, dürften besonders größeres Interesse zeigen. Der schöne große Saal machte einen ziemlich tristen Eindruck. In Benediktbeuren bedingten wohl die weiten Entfernungen, daß von unseren Kollegen nicht alle anwesend waren. Hier (wie auch in anderen Orten) gibt es, weil die Betriebe sehr auseinander liegen, noch viele schwierige Organisationsarbeit. In Bad Tölz vereinte die Versammlung 150 Personen und hinterließ einen guten Eindruck. In Tegernsee waren sieben Kollegen anwesend. Mir war es eine Freude, auch diese wenigen mit besuchen zu können, die sich ja wohl auch bemühen werden, daß ihrer mehr werden. Mit der wärmeren Jahreszeit wächst die Zahl immer wieder vorübergehend. In Miesbach, wo im Vorjahr eine Lohnbewegung mit recht günstigem Ausgang stattfand, sind die Kollegen bemüht, das Errungene zu erhalten. Eine anregende Diskussion gab es in Rosenheim, an der auch andere Gewerkschafter sich beteiligten. Die Kollegen in Bad Miling sind bemüht, frühere Fehler vergessen zu machen. In der Debatte, die hier wie in Bruckmühl sich zum Teil mit der Wahl zum (entstehenden) Gewerbegericht (für eine ganze Anzahl Gemeinden) beschäftigte, beteiligten sich mehrere Kollegen. Unsere Mitglieder sind meist Säuger. Mit der Versammlung in Bruckmühl endete meine an Erfahrungen und Eindrücken der mannigfaltigsten Art reiche Tour.

Wenn die Kollegen sich nicht bei jeder Veranstaltung auf andere Freunde verlassen, finde ich die eingangs erwähnte Methode gut; die Pflicht, selbst so weit wie möglich gute Versammlungen zu gestalten versuchen, dürfen sie nie außer acht lassen! Fasse ich die gewonnenen Erfahrungen und Eindrücke zusammen, so komme ich zu dem Schlusse, daß die Absicht der Scharfmacher im Holzgewerbe, „den Holzarbeiterverband zu vernichten“, über den Wunsch nicht hinaus kommen kann. Ebensovienig kann ich der Verdrängung Raum geben, daß es jenen Herren gelingt, unserer Organisation ernstlich Schaden zuzufügen. Es ist eine Verleumdung für unsere Kollegenschaft, wenn man meint, es sei unter Benutzung aller möglichen (gegebenenfalls auch der schäblichsten und gemeinsten) Mittel ein leichtes im Handumdrehen zu vernichten, was in jahrzehnte langer Arbeit und unter Entbehrungen und schweren Kämpfen die Holzarbeiter sich selbst geschaffen haben: ihre Organisation! Es muß mein lebhafter Wunsch sein, daß meine vorübergehende Arbeit im Gau München ein kleines beitrage zur Fortentwicklung unserer Organisation und ihres guten Wertes; in weit höherem Maße befehle ich der Wunsch, daß die fortgesetzte Arbeit der Verwaltungen und aller unserer Kollegen zu weiteren Errungenschaften und zur dauernden Sicherung des Erreichten führen möge. In diesem Sinne rufe ich hierdurch allen Kollegen und Freunden, denen ich auf meiner Tour begegnete, aus der Heimat kollegialen Gruß zu!

Gau Stuttgart. Meine Agitationstour im Stuttgarter Gau erstreckte sich über 19 Zahlstellen. Auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im einzelnen einzugehen, muß ich mir versagen. Mit wenigen Ausnahmen liegen die Verhältnisse überall gleich, 9, 9 1/2 und 10 stündige, vereinzelt auch eine 11 stündige Arbeitszeit, fast durchgehend Akkordarbeit und eine raffiniert ausgeprägte Teilarbeit, letztere besonders in der Schwarzwälder Uhrenindustrie. Der Stuttgarter Gau ist nicht nur einer der größten, sondern auch einer der entwicklungsfähigsten. Der Gauvorsteher unterhält zu allen Zahlstellen gute Verbindungen und befindet sich die Verwaltung der Zahlstellen überall in den besten Händen. Ich machte mir's zur Aufgabe, in der freien Zeit die Verwaltungsbücher einzusehen, den Kollegen die Agitation und den Ausbau der Zahlstelle fördernde Winke und Ratsschläge zu erteilen, sowie etwa bestehende Streitigkeiten zu schlichten. Besonders Vergnügen bereitete mir die Einsichtnahme des Buches in Zuffenhausen. Der Rechenschaftsbericht dieser Zahlstelle in tabelloser Maschinenschrift war kurz, sachlich und übersichtlich hergestellt. Alles zeigte, daß die dortige Verwaltung ihre Aufgabe begriffen hat. — Was den Versammlungsbefuch anbelangt, so kann ich von einer direkt schlechten Versammlung nur von Nürtingen sprechen, wo von 52 Mitgliedern 14 erschienen waren; in allen übrigen Versammlungen waren neben indifferenten „Hirschen und Christen“ immerhin drei Viertel unserer Kollegen vertreten. In Böckingen und Neckarfulm fehlten nur 2 beziehungsweise 1 Kollege in der Versammlung. Und überall fand ich in den Kollegen eine aufmerksame und dankbare Zuhörerschaft.

Wie die Hirsche die Interessen der Arbeiter vertreten, konnte ich in Laupheim erfahren. Dort planen die im Holzarbeiterverband, sowie die bei den Hirschen und Christen organisierten Holzarbeiter ihre traurige Lage zu verbessern. Ein einheitliches Zusammenwirken ist dort also die Grundbedingung für einen eventuellen Erfolg. Ich vermied es dem auch in meinem Vortrag, die beiden Verbände anzugreifen. Anders die Hirsche. Von Alm und Wiberach waren sie herbeigeitelt, um in die Bewegung einen Keil zu treiben. Sie reimpelten unseren Verband in der ungehörigsten Weise an und zogen die Debatte auf das denkbar tiefste Niveau, so daß für mich jede Rücksicht gegenüber dieser Aushorganisationsaktion fallen mußte. Die Versammlung endigte für uns mit einem glänzenden moralischen Erfolg, für die Hirsche mit einem kläglichen Fiasko.

Fast alle Zahlstellen haben durch Erhebung eines Lokalbeitrags ihr Solidaritätsgefühl bewiesen. Der Geist in allen Zahlstellen ist ein guter und gibt zu den besten Hoffnungen Anlaß. Überall hat unser Verband in dem riesigen Gau, selbst in den schwarzen Gegenden Fuß gefaßt, und langsam und sicher geht die Ausbreitung unseres Verbandes vorwärts. — Alles in allem habe ich die besten Eindrücke von dieser Agitationstour gewonnen, besonders angenehm hat mich die, seitens der Polizei gegenüber den Gewerkschaften geübte

Neutralität berührt, ein Umstand, der uns aus reaktionären Polizeistaaten Kommenden doppelt angenehm berührt.

Auch bei dieser Tour ist mir die Notwendigkeit solcher von Zeit zu Zeit betriebenen großzügigen Agitationen aufgefallen. Die Versammlungen tragen viel zur Klärung und Festigung des Gewerkschaftsgebändens bei. Taktisch richtig fand ich es, daß der Hauptvorstand die süddeutschen Kollegen nach Norddeutschland und umgekehrt zur Agitation entsandt hat. So machte zum Beispiel die Schilderung der Thüringer Verhältnisse, die ich in meine Vorträge mit einschob, einen tiefen Eindruck auf unsere süddeutschen Kollegen. Ich konnte mit dem festen Bewußtsein scheiden, daß die Agitationstour ihre Wirkung nicht verfehlen wird.

Paul Sauerbrey-Großbreitenbach.

Korrespondenzen.

Alfeld a. d. Leine. Solange in unserer Zahlstelle die Versammlungen zweimal monatlich stattfanden, hatten die Kollegen immer die Ausrede, es seien zu viele Versammlungen. Daher wurde beschlossen, nur jeden Sonnabend nach dem 15. sollte Versammlung stattfinden, und dann wollten alle Kollegen aber auch samt und sonders zur Stelle sein. Aber leider sind wir enttäuscht, denn es können die Kollegen schon extra geladen werden, und dennoch bleiben sie fort und lassen in ihren Werkstätten alles über sich ergehen. So ist es sogar in letzter Zeit vorgekommen, daß der Meister nach Kiel als Streikbrecher abgedampft ist, und hatte auch schon seinen Gefellen dazu überredet, ihn zu begleiten; doch kam noch rechtzeitig ein braver Kollege dazu, dem es gelang, den Beschluß ins Schwanken zu bringen. Wie vieles andere passiert noch, von dem nichts vor die Ohren kommt. Darum, Kollegen, erwacht doch endlich von eurem Schlaf und arbeitet alle an dem Gedeihen unserer Zahlstelle. Freilich haben wir ja auch immer mit der Lokalfrage zu tun gehabt, indem allerhand Schikanen seitens der Behörden ausgeübt und sogar dem Wirt auf unser Versammlungszimmer die Konzession entzogen wurde, aber erst recht muß dieses ein Ansporn sein, daß wir uns noch enger miteinander verbinden. Auch wird ja die Lokalfrage baldigst gelöst sein, denn wir haben bereits ein Grundstück erworben und wird alsbald an den Bau eines angemessenen Versammlungsraumes gegangen werden. Aber, Kollegen, nun auch an die Arbeit, mit aller Energie und Fleiß unserm Ziele entgegen!

Bartsh. In der letzten Versammlung sprach Kollege Falkenberg über die gegenwärtigen Ausperrungen in der Holzindustrie. In der Diskussion kamen auch Fälle von Terrorismus der Hirsche auf der hiesigen Möbelfabrik zur Sprache. Da konnte man die schönste Blütenlese halten von Spitzbubenstreichen bis zur schweren Körperverletzung mit dreiwöchiger Arbeitsunfähigkeit. Trotzdem jammern diese Edlen immer bei jeder Kleinigkeit über den Terrorismus der Verbändler und widmen diesem Thema ganze Zeitungen. Wahrllich, es ist der reine Hohn. Bis jetzt beharrt die Fabrikleitung immer noch auf ihrem Standpunkt, keine Verbändler zu beschäftigen, trotzdem sie mit den Hirschen auch schon recht eigenartige Erfahrungen gemacht hat. Aber es wird ihr in Zukunft mal nichts anderes übrig bleiben, als auch Verbändler zu beschäftigen, denn Hirsche sind jetzt ein gesuchter Artikel. Es ist aber nicht jedermanns Sache, Streikbrecher zu spielen, dieses Privilegium haben sich nun die Hirsche zugelegt. Die Lübecker Tischlermeister rennen sich hier die Hacken ab danach. In letzter Zeit sind schon ein paar mal Agenten hier gewesen, um Hirsche zu kapern. Es ist ihnen auch gelungen, 2 Stück mitzulocken. Es sind die Elemente, die zu solchen Zeiten immer bereit, ihre Arbeitsbrüder zu verraten, wenn sie einen kleinen Vorteil davon haben. Die Tatsache können wir noch konstatieren, daß die meisten jüngeren Kollegen auf der Möbelfabrik, sobald sie die Fabrik verlassen, übertreten zum Holzarbeiterverband. Augenblicklich tobt auch hier ein Abwehrstreik der Maurer und Zimmerer gegen eine vertragbrüchige Firma, wo auch ein Hohn von uns daran beteiligt ist. Die Arbeiter sind entschlossen, diesen Unternehmer zur Strecke zu legen.

Dresden (Drechsler). Am 27. April fand hier eine Branchenversammlung der Drechsler statt, um sich über die bevorstehende Konferenz zu äußern. Sämtliche Kollegen sind der Ansicht, daß von der Konferenz nur Nutzen für unsere Kollegen zu erwarten ist. Die traurigsten Verhältnisse sind bei den Kleinmeistern, die 1 bis 2 Gesellen beschäftigen, zu finden. In den Großbetrieben sind die Kollegen besser dran, weil sie meist den Tischlern gleich gestellt sind. Selbstverständlich mag es in Betrieben, wo nur Drechslerwaren hergestellt werden, noch trauriger aussehen. Als vorläufige Tagesordnung schlagen wir vor: 1. Die Lage des Drechslergewerbes, anschließend Berichte der Delegierten. 2. Agitation. 3. Bildung einer Zentralkommission. 4. Verschiedenes. Als Tagungsort schlagen wir Leipzig oder Halle vor.

Cassel. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung nahm Stellung zur Maifeier und dem Schreiben des hiesigen Arbeitgeberschutzverbandes. Wo die Oberscharfmacher im Schutzverband eine Dummheit machen, da dürfen natürlich die Casseler Tischlermeister nicht fehlen, und so hatten sie uns ebenfalls nochmals den Dresdener Beschluß schriftlich mitgeteilt. Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft und anregend. Es wurde betont, daß sich die Casseler Tischlermeister durchaus nicht auf's hohe Pferd zu setzen brauchen, die Mehrzahl breche schon jetzt permanent den Vertrag, indem die Lohnzahlung nicht freitags, sondern im glücklichen Falle Sonnabends oder auch in mehreren Raten erfolge, also das Schreiben vom Schutzverband habe keinen Einfluß auf die Maifeier. Mit Rücksicht auf die jetzigen Ausperrungen jedoch und den offensichtlichsten Plan des Schutzverbandes, unsere Rassen zu sprengen, könnte man ja auch einmal auf die Maifeier zugunsten unserer ausgesperrten Kollegen verzichten und alle Mittel auf Berlin, Dresden, Leipzig und die anderen Städte konzentrieren. Die Abstimmung ergab, daß mit knapper Majorität gemäß dem Verbandstagsbeschluß beschlossen wurde: in Berlin, wo die Gewerkschaft einer Ausperrung infolge des Feierns am 1. Mai bevorsteht, zu arbeiten. Mit allen gegen drei Stimmen wurde beschlossen, den ausgesperrten Kollegen die Hälfte des Arbeitsverdienstes vom 1. Mai zu opfern.

Göppingen. Unsere Zahlstelle zählt gegenwärtig einige 30 Mitglieder, eine Zahl, mit welcher wir bei weitem nicht zufrieden sind. Es gibt hier noch eine ganze Reihe Kollegen, die trotz aller bisher unternommenen Versuche nicht

für die Organisation zu gewinnen waren. Die Verwaltung gibt sich redliche Mühe, und steht zu hoffen, daß die rege Bautätigkeit am Orte auch für unsere Organisation nützliche Folgen zeitigen wird. — Die zureisenden Kollegen bitten wir, in der Wirtschaft zur Volkssache zu verkehren, wo sie die notwendige Aufklärung über die hiesigen Verhältnisse erhalten.

Fürth. Eine am 27. April stattgefundene Drechslerversammlung sprach ihre Genugtuung aus, daß der Vorstand nun endlich dem Drängen der Drechsler nachgegeben und eine Branchenkonzferenz in Aussicht gestellt hat. Die Versammlung sieht zwar in dieser Konferenz kein Allheilmittel, ist aber der Überzeugung, daß sie manche neue Anregung bringen wird, daß die Kollegen etwas aufgerüttelt werden und die Agitation unter den Drechslern eine intensivere werden wird. Als Tagungsort schlägt die Versammlung in Anbetracht dessen, daß der Nürnberger Gau nicht allein eine sehr große Zahl von Drechslern aufweist, sondern auch sämtlich Sparten dort vertreten sind, Nürnberg vor. Die Tagesordnung wünscht die Versammlung wie folgt festzusetzen: 1. Die allgemeine Lage der Drechsler; 2. Berichte der Delegierten; 3. Organisation und Agitation; 4. Lehrlingsfrage; 5. Heimarbeit; 6. Verschiedenes. Die Versammlung hält es für notwendig, Material nicht allein in Fürth, sondern besonders auch in den umliegenden Orten, von denen hauptsächlich die Schmuckkonkurrenz getrieben wird, zu sammeln. Hierzu wird eine Kommission eingesetzt. Der noch zu wählende Delegierte soll beauftragt werden, dahin zu wirken, daß die Konferenz eine Kommission einsetzt, welche die Agitation einzuleiten hat. Die Sektionen an den verschiedenen Orten sollen aber verpflichtet werden, die Kommission über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem laufenden zu erhalten.

Hamburg (Bautischler). In der am 22. April tagenden Versammlung sprach der Sektionsführer über den jetzigen Kampf in der Holzindustrie. Um der Kampf siegreich durchzuführen, seien große finanzielle Opfer erforderlich. Zahlen wir auch jetzt schon einen Beitrag von insgesamt 1,20 Mk., so müßten wir doch zeigen, daß wir auch bereit seien, noch größere Opfer zu bringen, um so dem Unternehmertum zu zeigen, daß wir uns nicht „niederreißen“ lassen. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, einen Beitrag von insgesamt 1,70 Mk. pro Woche bis auf weiteres zu bezahlen.

Hohenjalka. Unsere Mitgliederversammlung am 29. April nahm Stellung zu einer außerordentlichen Besteuerung zur Verbandskasse anlässlich der gegenwärtig schwebenden Kämpfe. Nach einem Hinweis des Vorsitzenden auf den Ernst der gegenwärtigen Situation wurde beschlossen, daß jeder Kollege seinen Arbeitsverdienst vom 1. Mai dem Verbands zur Verfügung zu stellen hat. An die Kollegen sei noch die Bitte gerichtet, sich stets vollzählig zu den Versammlungen einzufinden.

Leipzig (Partettleger). Wir machen die Kollegen allerorts darauf aufmerksam, daß Arbeitsvermittlungen für hiesigen Platz nur durch den Arbeitsnachweis des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Leipzig, im Volkshaus erledigt werden. Es haben in letzter Zeit verschiedentlich auswärtige Kollegen behufs Einstellung mit hiesigen Unternehmern direkt zu verhandeln versucht. Wir sind gezwungen, mit Rücksicht auf die zurzeit herrschende Arbeitslosigkeit (ein Drittel bis die Hälfte der hiesigen Kollegen sind beschäftigungslos) bekannt zu geben, daß solche Anerbietungen ungebührig und zwecklos sind; bei Neueinstellungen haben die hiesigen befähigten Kollegen ein Wort mitzureden, und wird gegen diejenigen, welche den Nachweis zu umgehen versuchen, entschiedene Stellung genommen. Befangen werden, wenn die hiesigen Kollegen untergebracht sind, dem Zentralarbeitsnachweis in München gemeldet, und haben sich nach hier Respektierende dahin zu wenden. Die Sektionsleitung.

Regnitz (Drechsler). Nachdem nunmehr der Hauptvorstand die Genehmigung zu einer Drechslerkonferenz erteilt, befaßte sich die Versammlung vom 29. April mit derselben und schlug als Ort der Zusammenkunft Leipzig vor. Zur vorläufigen Tagesordnung schlagen wir vor: 1. Die Lage unseres Berufs, einschließlich Bericht der Delegierten. 2. Agitation. 3. Abschaffung der Akkordarbeit. 4. Die Delegierten mögen Zeichnungen und Muster der Konferenz vorlegen, um zu ersehen, wie sich die Preise in den verschiedenen Städten stellen, um eine einheitliche Lohnstatistik über ganz Deutschland aufstellen zu können. — Eine ziemlich lange Debatte entspann sich über die Lage unserer Kollegen am hiesigen Orte. Abhne von 12 bis 15 Mk. sind nichts Seltenes. Das liegt aber an den Kollegen viel mit selbst, denn die Mitgliederversammlungen sind ihnen Nebensache. Also, Kollegen, so kann es nicht mehr weiter gehen; agitiere ein jeder mit, damit wir auch den letzten Mann in die Organisation bekommen.

Rudwigsburg. Am 20. April fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, die aber besser besucht hätte sein können, als es tatsächlich der Fall war. Kollege Weinhardt referierte in ausführlicher und sachlicher Weise über die schweren Kämpfe, welche der Holzarbeiterverband zurzeit zu führen gezwungen ist. Am Schluß seiner Ausführungen ermahnte er die Kollegen zum festen Zusammenschluß, damit die Angriffe der Unternehmer an der Entschlossenheit der deutschen Holzarbeiter wirkungslos abprallen. — Den reisenden Kollege diene zur Kenntnis, daß die Reiseunterstützung im Verkehrstokal zum Englischen Garten, Aspergerstraße, ausgezahlt wird.

Friebus. Der 1. Mai wurde hier wiederum durch vollständige Arbeitsruhe gefeiert. Vier Betriebe mit 106 Arbeitern hatten geschlossen. Die Vormittagsversammlung war überfüllt. Wir haben dadurch keinen Schaden gelitten.

Bad Wildungen. Die hiesigen Kollegen, die bisher der Zahlstelle Cassel als Mitglieder angehört, haben sich nunmehr zu einer eigenen Zahlstelle emporgeschungen. In der Versammlung am 27. April wurde die Lokalverwaltung gewählt, und zwar als Bevollmächtigter Kollege Hermann Schröder, Lindenstr. 91, als Kassierer Erich Wöhrling, Dürrenhagen. Das Verkehrslokal befindet sich bei Herrn Chr. Gebert, „Casseler Hof“. Wir bitten alle zugereisten Kollegen, dies zu beachten. Den Kollegen von Wildungen aber rufen wir zu: Seid etnig! Sorgt dafür, daß die wenigen Kollegen, die uns noch fernstehen, bald organisiert werden. Tue ein jeder Kollege seine Pflicht, so wird uns unsere neue Zahlstelle zum Segen gereichen. Hoch der Verband!

Zeit. In einer gut besuchten Versammlung am 26. April nahmen die Kollegen nach einem Referat des Kollegen Gerhardt eine Resolution an, aus tatsächlichen Gründen für dieses Jahr auf eine geschlossene Arbeitsruhe am 1. Mai zu verzichten, dagegen den Tagesverdienst der Verbandskasse zuzuführen. Jedoch verpflichteten sich die Kollegen, da die Unternehmer durch die Drohung mit längerer Aussperrung die Möglichkeit der kürzeren Arbeitszeit dokumentieren, von jetzt ab jede Überstunde strikte zu verweigern. Kollege Gerhardt ermahnte sodann noch die Kollegen und Kolleginnen, alles daranzusetzen, um auch den letzten Holzarbeiter und die letzte Arbeiterin in die Organisation zu bekommen, damit wir jederzeit gewappnet seien, gegebenenfalls mit den Unternehmern einen Tanz zu wagen.

Brüssel. Die Verhältnisse der hiesigen Stockmacher haben sich im Laufe der letzten Zeit mehr verschlechtert als verbessert. Einerseits trägt es viel dazu bei, daß viele hiesige Arbeiter angelernt worden sind, und diese sind fast gar nicht in die Organisation zu bekommen, mit denen kann der Fabrikant machen, was er will. Während früher im Durchschnitt pro Woche 40 Fr. (92 Mk.) verdient wurden, so sind die Löhne in einzelnen Buden um die Hälfte gesunken. So zum Beispiel sind bei den Firmen Leopold Bienenita und Ferdinand Kummer, beide Rue Seyvaert, meistens Jünglings beschäftigt; wenn bei diesen Firmen Feierabend ist, so glaubt man, daß eine Schule ausgeht und nicht eine Fabrik. Ist viel Arbeit, so geht es Tag und Nacht, sind die Bestellungen fertig, so können die Leute spazieren gehen. Bei der Firma Meuter sind immer noch Abzüge an der Tagesordnung. Der Werkführer Sparer, welcher sich bei dieser Firma schon fünfmal angebetelt hat, in Verbindung mit seinem Freunde Sitar, sind die Hauptschuldigen bei diesen Abzügen. Auf den letztgenannten Emil Sitar, welcher vor drei Jahren von Gbln nach hier gekommen ist, stützt sich hauptsächlich die Firma Meuter; als seinerzeit bei der genannten Firma der Streik ausgebrochen war, da war es dieser Bursche, welcher in der Versammlung sein feierliches Versprechen gab mitzumachen und nach drei Tagen wieder hinkam auf seinen alten Platz und so seinen Kollegen in den Rücken fiel. Als vor drei Wochen wieder Differenzen entstanden waren, da war es dieser „saubere Kollege“ schon wieder, welcher nicht mitmachte; er erklärte, daß ihn die Sache nichts angehe, er wäre im Wochenlohn, ihm würde nichts abgezogen und um die anderen kümmere er sich nicht. Die Firma Meuter annonciert öfters in der „Leipziger Drechsler-Zeitung“, und wir bitten die Kollegen, diese Annoncen nicht zu berücksichtigen. Ehe die Kollegen in Arbeitsvermittlungen mit hiesigen Fabrikanten eintreten, bitten wir die Kollegen, sich zuerst bei uns zu erkundigen. Unsere Adresse: Syndicat des Tournours en Bois (Gewerkschaft der Stockmacher), Brüssel, Maison du Peuple, Chaussée de Mons 487.

Sterbetafel.

- August Reiser, Tischler, geb. 15. Januar 1888 zu Deutmannsdorf, gest. 27. März 1907 zu Schweidnitz.
- Andreas Kühne, Tischler, geb. 14. Dezember 1878 zu Sulz, gest. 8. April 1907 zu Stuttgart.
- Karl Benesch, Tischler, geb. 19. Januar 1867 zu Mühlhausen in Böhmen, gest. 16. April 1907 zu Effen.
- Hermann Labitzke, geb. 18. Juni 1886 zu Rathshammer, gest. 24. Februar 1907 zu Jena.
- Johann Hartmannsberger, Schreiner, geb. 25. Mai 1857 zu München, gest. 15. April 1907 ebenda.
- Gustav Moser, Tischler, geb. 8. Juni 1877 zu Deutmannsdorf, gest. 16. März 1907 zu Radeberg.
- Paul Reichert, Stellmacher, geb. 30. April 1879 zu Klauswalde, gest. 4. April 1907 ebenda.
- Johannes Bögener, Tischler, geb. 28. April 1879 zu Dresden, gest. 18. April 1907 zu Cunnersdorf.
- Max Liebig, Maschinenarb., geb. 18. Dezember 1877 zu Göggersdorf, gest. 13. April 1907 zu Geringswald e.
- Richard Walffert, geb. 27. Oktober 1863, gest. 14. April 1907 zu Zeitz.
- Karl Hanning, Korbschneider, geb. 1. August 1830 zu Frankfurt a. M., gest. 9. April 1907 ebenda.
- Friedrich Bierregge, Tischler, geb. 18. Oktober 1860 zu Neumünster, gest. 28. März 1907 ebenda.
- August Jakob, Tischler, geb. 12. November 1853 zu Altenlohn, gest. 5. April 1907 zu Cunnersdorf.
- Albert Kuhles, geb. 13. August 1858, gest. 25. Februar 1907 zu Schleich.
- Heinrich Prinz, Schreiner, geb. 16. Juli 1877 zu Frankfurt a. M., gest. 14. April 1907 ebenda.
- Reinhold Schulz, Tischler, geb. 29. November 1878 in Stainze, gest. 28. April 1907 zu Weimar.
- Georg Richter, Maschinenarb., geb. 28. Oktober 1867 zu Hüttenbach, gest. 29. April 1907 zu Fürth.
- Wilhelm Münch, Schreiner, geb. 23. Juni 1869 zu Erlangen, gest. 27. April 1907 zu Fürth.
- Hans Sandner, Polierer, geb. 28. März 1876 zu Hüttenbach, gest. 26. April 1907 zu Fürth.
- Alexander Kocher, geb. 30. März 1885 zu Erben, gest. 21. April 1907 zu Feuerbach.
- Bruno Fröhlich, Drechsler, geb. 31. Juli 1859, gest. 17. April 1907 zu Blegnis.
- Josef Grohmann, Tischler, geb. 17. August 1887 zu Schönfeld, gest. 18. April 1907 zu Georgswalde i. B.
- Herm. Bockelbrink, Maschinenarb., geb. 25. September 1872 zu Schwarzenmoor, gest. 20. April 1907 zu Herford.
- Albert Meyer, Tischler, geb. 22. April 1880 zu Obernkirchen, gest. 29. April 1907 zu Herford.
- Julius Klaffe, geb. 20. Juni 1853 zu Königsberg, gest. 19. April 1907 zu Rostock.

Chre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zugug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zugug ist fernzuhalten von:
- Sämtlichen Holzarbeitern nach Barmen-Eberfeld,** Berlin, Burg bei Magdeburg, Dresden, Görlitz, Guben, Halle a. S., Kiel, Leipzig, Oldenburg;
 - Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bromberg, Greifswald, Guben, Landsberg a. Lech, Liegnitz (Geritz), Meß (Lothringer Baugesellschaft), Muskau (Roch), Neustadt a. Der., Deynhausen (Schmidt), Rostock, Tepitz (Böhmen), Anna (Steinmann), Wernigerode (Nieshoff);**
 - Tischlern, Drechslern, Polierern, Maschinen- und Hilfsarbeitern, Parkettbodenlegern nach Krumbach (Schwaben), Lübeck;**
 - Tischlern und Stellmachern nach Wismar (Waggonfabrik);**
 - Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bernau-Urach (M. Kuhn);**
 - Drechslern und Sägemännern nach Langenschwalbach (Sägewerk von Gebr. Böller);**
 - Drechslern und Knosfmachern nach Breslau;**
 - Vergolbtern nach Bäteberg (Schweden), Zürich (Firma Thomas & Krannig und M. Herzog);**
 - Stellmachern nach Rln a. Rh. (Wagenfabrik Scheele);**
 - Kammachern nach Darmstadt (Schlager & Bestl);**
 - Korbmachern nach Reichensbach i. Vogtl. (Böcher).**

Zur Aussperrung.

Die in Berlin stattfindenden Einigungsverhandlungen haben auch am Schlusse der zweiten Woche noch zu keinem Abschluß geführt. Über den Gang der Verhandlungen können wir heute das Folgende berichten. Nachdem sowohl die Arbeitgeber in Berlin als auch unsere dortigen Kollegen aufs neue das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts angerufen hatten, trat dieses am 24. April zusammen und verhandelte an diesem sowie am nächsten Tage mit den Parteien über die Frage der Arbeitszeitverkürzung für Berlin. Die Verhandlungen fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, jedoch waren aus den übrigen Aussperrungsorten Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter geladen, welche den Sitzungen als Zuhörer beizwohnten. Die Vertreter der Berliner Arbeitgeber lehnten auch jetzt wieder jede Verkürzung der Arbeitszeit strikte ab, so daß eine Einigung ausgeschlossen war. So mußte das Einigungsamt sich entschließen, einen Schiedspruch zu fällen, dessen Verkündung jedoch vorläufig hinausgeschoben wurde. Da die Arbeitgeber bei Aufnahme der Verhandlungen zur Bedingung gemacht hatten, daß der Friedensschluß für alle in Frage kommenden Städte gleichzeitig erfolgen müsse, so richtete das Einigungsamt am Abend des 25. April an die beiderseitigen Zentralvorstände die Aufforderung, ihrerseits in einer gemeinsamen Sitzung zunächst zu den vorliegenden Streitfragen Stellung zu nehmen und sich über die Verhandlungen über die anderen Städte außer Berlin zu besprechen. Diesem Vorschlag stimmten beide Vorstände zu.

Am Vormittag des 26. April fand darauf die erste gemeinschaftliche Vorstandssitzung statt. Vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes nahmen die Herren Rahardt, Wittsch, Plathen und Stöckel an dieser Sitzung teil, während der Vorstand des Holzarbeiterverbandes durch die Kollegen Kloss, Leipart, Schwegel und Meier vertreten war. Den Vorsitz führte die beiden Vertrauensmänner des Einigungsamtes, die Herren Siebel-Bühnelhof (Arbeitgeber) und Köpfen-Berlin (Arbeitnehmer). Nach einer allgemeinen Aussprache über die gegenseitige Stellung zueinander einigten die Vorstände sich dahin, nach Abschluß der jetzigen Verhandlungen öftere gemeinsame Sitzungen abzuhalten, um zu allgemeinen Streitfragen Stellung zu nehmen. Die erste dieser Sitzungen nach Beilegung der jetzigen Differenzen wurde bereits für den Monat Juni festgesetzt, und zwar soll sie in Eisenach stattfinden. Voraussetzlich wird in derselben hauptsächlich über die Frage des Arbeitsnachweises verhandelt werden, um wenn möglich ein einheitliches Regulativ auszuarbeiten. Aber auch über die Lohnfrage und namentlich über die Arbeitszeit glaubt man auf dem Wege einer Klasseneinteilung aller deutschen Städte in absehbarer Zeit an die Festsetzung gewisser einheitlicher Normen herantreten zu können. Im übrigen wurde in der Sitzung völlige Übereinstimmung beider Parteien darüber erzielt, daß Streitigkeiten in Zukunft möglichst dadurch verhütet werden sollen, daß vor Ausbruch eines Streiks oder einer Aussperrung die beiden Zentralvorstände gewissermaßen als zentrales Einigungsamt zur Vermittlung angerufen werden müssen.

Über die Beilegung der gegenwärtigen Aussperrungen und Streiks beschloß die Sitzung, aus jeder in Frage kommenden Stadt der Reihe nach drei respektive vier Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach Berlin zu berufen. Vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes wurde das Ersuchen gestellt, auch den seit 15 Monaten andauernden Streik in Lübeck in die Verhandlungen einzubeziehen, da die Arbeitgeber in Lübeck dem Schutzverband inzwischen beigetreten seien. Dieser Vorschlag wurde von der Gegenseite angenommen. Alsdann wurde die folgende Reihenfolge der Städte beschlossen: 27. April Leipzig und Dresden, 29. April Görlitz und Halle, 30. April Barmen und Oldenburg, 2. Mai Lübeck, Kiel und Spandau, 3. Mai Guben, Burg und Bernau. In dieser Reihenfolge haben alsdann auch die Verhandlungen im Sitzungsjaal des Gewerbegerichts stattgefunden. Über jede Stadt wurde zunächst in einer Plenarsitzung unter

Leitung der beiden Vertrauensmänner Siebel und Köpfen und unter Mitwirkung der genannten vier Vorstandsvorretreter von beiden Organisationen über die Friedensbedingungen für den betreffenden Ort verhandelt. Nach Erschöpfung der Generaldebatte zogen sich dann die beiderseitigen Städtevertreter allein zurück, um unter sich zu einer Einigung zu gelangen. Diese Spezialverhandlungen in den Nebenräumen des Gewerbegerichts waren ohne Ausnahme äußerst schwierige, und in mehreren Fällen kam es wiederholt zu einem völligen Bruche, da die Nachgiebigkeit der Arbeitgebervertreter gleich Null war. Den Parteien war jedoch die Verpflichtung auferlegt, vor dem Abbruch der Verhandlungen in die Plenarsitzung zurückzukehren und die streitigen Punkte vorzutragen, worauf alsdann die Spezialverhandlung unter Assistenz je eines Vorstandsvorretreter von beiden Seiten wieder aufgenommen respektive fortgesetzt wurde. Diejenigen Punkte, über welche auch dann noch keine Einigung zu erzielen war, wurden nochmals in der Plenarsitzung behandelt und am letzten Ende dem offiziellen Einigungsamt zur Entscheidung durch einen Schiedspruch überwiesen. Manche Städte haben auf diese Weise drei oder vier Tage verhandelt, ohne zu einer völligen Einigung zu kommen, und die Zahl der Schiedsprüche, welche das Einigungsamt zu fällen hat, ist eine ziemlich große.

Auch die Vertreter der Parteien von Berlin haben nebenher an vielen Tagen in Spezialverhandlungen ihre Forderungen in teilweise äußerst hitzigen Wortgefechten vertreten, ohne eine Einigung zu erzielen. Für Berlin allein muß der Schiedspruch des Einigungsamtes über eine ganze Reihe von Punkten die Entscheidung herbeiführen. Zur Vorbereitung seiner Beschlüsse ist das Einigungsamt am Mittag des 4. Mai zu einer Sitzung zusammengetreten, welche am Montag den 6. Mai fortgesetzt wird. Ob die endgültige Erledigung schon am 6. Mai herbeigeführt werden kann, ist um so fraglicher, als mehrere Städte mit ihren Spezialverhandlungen noch immer nicht zu Ende gekommen sind, trotzdem dieselben täglich bis spät am Abend geführt wurden.

Resultate der Verhandlungen können bis heute noch nicht mitgeteilt werden, da sie erst nach der Spruchfällung des Einigungsamtes insgesamt veröffentlicht werden.

Durch die am 2. Mai und folgende Tage einlaufenden Meldungen von Matiaussperrungen in einer Reihe von Städten wurde den Arbeitgebervertretern offensichtlich erheblich der Rücken gestärkt, und sie zeigten sich seitdem noch viel hartnäckiger in der Ablehnung jeder Verbesserung für die Arbeiter, als sie es vorher schon gewesen waren. Der Vorstand des Schutzverbandes beharrte auf seinem Verlangen, die Verträge in diesen neuen Orten durch die Arbeitsruhe am 1. Mai als gelöst anzuerkennen und diese Städte auch noch mit in die jetzigen Verhandlungen einzubeziehen, welchem Verlangen die Vorstandsvorretreter unseres Verbandes ebenso entschieden widersprachen. Die ohnedies vorhandenen großen Schwierigkeiten für einen baldigen Abschluß sind durch die Matiaussperrungen noch erheblich vergrößert, und der Ausgang der ganzen Verhandlungen ist aus diesem Grunde noch recht fraglich. Hoffentlich können wir in der nächsten Nummer ein günstiges Resultat verkünden.

Über die Einigungsverhandlungen wird uns von unserem Gr.-Mitarbeiter noch geschrieben: In Berlin tobt der Kampf nun bereits 16 Wochen, der Streik in Lübeck hat die Dauer von 15 Monaten überschritten. Monatlang sind die Kollegen in Burg und Kiel ausgesperrt. Als es durch diese Kämpfe nicht gelang, den Holzarbeiterverband „schachtmatt“ zu setzen, erfolgte die Aussperrung in Dresden, Leipzig, Guben, Görlitz, Halle, Oldenburg, Barmen, Bernau und Spandau. Sehnsüchtig erwartete man nun seitens des Schutzverbandes den Bankrott des Holzarbeiterverbandes. Wieder verging Woche um Woche, doch das lange erwartete Ereignis trat nicht ein. Durch Mittelspersonen wurden dann vor einigen Wochen erneute Verhandlungen zwischen den beiden Organisationen in die Wege geleitet. Auf beiden Seiten war man bereit, Entgegenkommen zu zeigen, so daß nach einigen Pourparler die Verhandlungen aufgenommen werden konnten.

Da es sich um den Abschluß der Bewegung für 16 Städte handelte (inklusive Hildorf, Weiskensee und Charlottenburg), mußte zunächst festgelegt werden, in welcher Form die Verhandlungen geführt werden sollten. Zu diesem Zwecke fand eine gemeinsame Besprechung der beiden Zentralvorstände in Berlin statt. . . . Nach einigen weiteren Formalitäten wurden dann die Verhandlungen aufgenommen; dieselben dauerten über 14 Tage und waren vertraulich. Bekannt ist bereits, daß der Schutzverband sich auf den Standpunkt stellte, daß alle Verträge zu gleicher Zeit ablaufen müssen, und daß die Arbeit an allen Orten zu gleicher Zeit aufgenommen werden müsse. Bevor die Arbeit an irgend einem Orte aufgenommen werden könnte, müßten die Verträge für alle Orte fertiggestellt werden. Ein schweres Stück Arbeit, welches geleistet werden mußte. Manchmal schien es, als ob weitere Verhandlungen nutzlos wären. Recht oft scheiterten die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Ortsvertretern. Dann mußten Vertreter der beiderseitigen Vorstände eingreifen. Wenn auch diese in den Kommissionen die Parteien nicht näher bringen konnten, wurden diese vor das Forum des Einigungsamtes gebracht. Heute am 5. Mai dürfen wir nun sagen, daß die Verträge mit Ausnahme weniger Punkte, die durch Schiedspruch erledigt werden sollen, für Bernau, Guben, Leipzig, Dresden, Görlitz, Oldenburg, Halle, Spandau, Lübeck und Barmen fertiggestellt sind. Über die Orte Kiel, Burg, Weiskensee, Charlottenburg, Hildorf und Berlin wird weiter verhandelt. Der morgige Tag wird die Entscheidung bringen. Wird auch morgen der Vorstand des Schutzverbandes von dem Streben, das

Kollegen! Zahlt pünktlich eure Beiträge!
Pünktliche Beitragszahlung erleichtert die Mitgliedschaft im Deutschen Holzarbeiterverband.

er bei den Verhandlungen bisher zeigte, erfüllt sein, den Frieden herbeizuführen, so wird voraussichtlich in wenigen Tagen die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen. Über den materiellen Inhalt der Verträge können wir heute noch nichts sagen, doch können wir versichern, daß sich der Holzarbeiterverband dieser Verträge nicht zu schämen braucht. Wenn auch nicht alle Erwartungen der Kollegen erfüllt werden, der moralische Erfolg des Gesamtverbandes ist ein gewaltiger. Man wollte uns niederreiten, wollte die Verträge diffizieren. Der Schutzverband hat eingesehen, daß er unsere Kräfte gewaltig unterschätzt hat. Es war uns nur dadurch möglich, den Kampf durchzuführen, weil unsere Mitglieder wie ein Mann zusammenstanden. Möge es immer so bleiben, dann wird unser Verband auch ferner den Niederreitern ein Paroli bieten. Noch ist der Friede nicht geschlossen, noch heißt es das Pulver trocken, den Hahnen gespannt, was auch kommen möge, wir werden auch weiter zu kämpfen wissen.

Aus Berlin wird uns von unserem r. L.-Mitarbeiter noch geschrieben: In der letzten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ teilten wir mit, daß das Einigungsamt am 29. April einen Schiedsspruch fällen werde. Die Verhandlungen waren aber bis zu diesem Tage noch nicht so weit vorgeschritten und die noch offenen Differenzen noch nicht derartig geklärt, daß ein Schiedsspruch möglich war.

Die Leitung des Arbeiterschutzes will durch-aus auch noch die Maiaussperrungen einer ganzen Anzahl anderer Orte mit der bisherigen Aussperrung in Verbindung bringen. Sie ist der Meinung, daß durch die von ihnen verbundene Arbeitsruhe am 1. Mai die bestehenden Verträge gebrochen sind. Diese Verträge sollen nun für beendet erklärt und neue abgeschlossen werden, natürlich alle mit dem gleichen Ablaufstermin. Ferner soll die Arbeit auch in diesen Orten nicht eher aufgenommen werden, bis eine Einigung erfolgt und der Schiedsspruch von allen Orten anerkannt ist. Wie groß dann die Zahl der Ausgesperrten sein würde, läßt sich zurzeit noch gar nicht berechnen, weil noch nicht aus allen Orten Berichte über die Maiaussperrung vorliegen. In Berlin sind 863 Kollegen wegen der Maifeier ausgesperrt worden, von denen aber die meisten am 6. Mai wieder in Arbeit traten. Nur die Stockfabrikanten wollen dem Beschluß des Arbeiterschutzes nachkommen und die Arbeit erst nach dem Friedensschluß aufnehmen lassen. Durch diese Stellungnahme hat sich die Situation wieder verschärft. Jedoch haben die Unternehmer mit ihren Absichten nicht durchbringen können. Den Luckenwalder Unternehmern, die am 4. Mai am Einigungsamt erschienen, ist bedeutet worden, daß ihr Vertrag durch die Maifeier nicht aufgehoben ist, sondern bis zu seinem Ablauf in Gültigkeit bleibt und am 6. Mai die Aufnahme der Arbeit zu erfolgen hat. Das gleiche geschah auch mit Klostorf, ohne daß in beiden Fällen ein Schiedsspruch des Einigungsamtes nötig war.

In den meisten Aussperrungsorten hatten die Kollegen weder den Vertrag gekündigt, noch Forderungen gestellt. Die Unternehmer hatten aus reiner Sympathie mit ihren Berliner Kollegen die Verträge gekündigt und ihre Gesellen ausgesperrt. Diese Meister sehen ein, daß sie, um zum Frieden zu kommen, Zugeständnisse machen müssen. Anders verhalten sich die Berliner Unternehmer. Sie erklären öffentlich, daß sie zu jedem Entgegenkommen bereit sind und weit über ihre Kräfte Lohnaufbesserungen gewähren wollen. Auch in den bürgerlichen Blättern liest man solche Ausführungen. Da wird von Bewilligungen, Einigung und Frieden geschrieben. In der Praxis wird den Kollegen so gut wie nichts geboten. Einigen wollen sich die Meister schon und auch Frieden schließen, aber sie wollen nichts freiwillig gewähren. Über fast alle Streitfragen der Berliner, ja sogar über Spezialdifferenzen für die einzelnen Branchen wird das Einigungsamt zu entscheiden haben. Wenn keine neuen Differenzen auftauchen, dürfte der Schiedsspruch am 7. oder 8. Mai zu erwarten sein.

Kein Friede! Wie uns am 6. Mai spät nachts mitgeteilt wird, ist Aussicht auf Frieden nahezu ausgeschlossen. Das Einigungsamt hat am 6. Mai sieben Stunden getagt, ohne daß ein Ergebnis erzielt wurde. Der Friede ist sehr gefährdet. Es empfiehlt sich deshalb, aufs neue Kampfvorbereitungen zu treffen.

In Breslau stellten 30 Kollegen der Knopfabrik bei der Firma Loewensohn, da ihr Tarif abgelaufen war, minimale Forderungen auf Erhöhung einzelner Positionen. Da Herr Loewensohn jedes Zugeständnis rundweg ablehnte, sahen sich die Kollegen genötigt, in den Streit zu treten. Einstimmig verließen sie am 23. April den Betrieb. Trotzdem nun Loewensohn sich äußerte, er würde eventuell seinen Betriebs stilllegen, gibt er sich jetzt Mühe, durch Zeitungsannoncen Arbeiter heranzuziehen, und scheut sich nicht, einige unserer streikenden Kollegen zum Streikbruch aufzufordern. Kollegen, unterstützt uns, indem ihr Arbeit wie Zugung von hier fern haltet.

In Greifswald haben die im Holzarbeiterverband und im Gewerksverein organisierten Kollegen ihren Arbeitgebern folgende Forderungen unterbreitet: 59stündige Arbeitszeit, 10 Prozent Aufschlag auf die bisher bestehenden Löhne und 80 Pf. Minimallohn pro Stunde. Als Antwort erhielten wir ein Schreiben des Obermeisters, in welchem derselbe mitteilt, daß er die Forderungen der Innung unterbreitet habe, letztere sich aber noch nicht entscheiden konnte, dazu Stellung zu nehmen. Daraufhin haben unsere Kollegen in einer gut besuchten Versammlung beschlossen, am Sonnabend den 27. April die Kündigung einzureichen. Vielleicht werden sich die Herren Arbeitgeber noch besinnen und wenigstens in der Kündigungsfrist mit uns verhandeln; wir bitten daher, jeden Zugung nach hier fernzuhalten.

In Guben ist nun ebenfalls die Aussperrung vollzogen worden. Bis jetzt sind 40 Kollegen von ihr betroffen. Zugung ist streng fernzuhalten.

In Stehob gelang es den Kollegen, einen schönen Erfolg ohne Kampf zu erzielen. Zwischen der Freien Tischlerinnung und unseren Kollegen kam eine Einigung zustande, nach welcher der alte Tarif bestehen bleibt. Für dieses Jahr

tritt eine Lohnerhöhung von 8 Pf., nächstes Jahr eine solche von 2 Pf. pro Stunde ein. — Die Mitgliederversammlung beschloß einstimmig, 150 Mk. aus der Lokalkasse an den Hauptvorstand zu senden für die ausgesperrten Kollegen. Diejenigen Kollegen, welche am 1. Mai arbeiten, werden den vollen Lohn, 4 Mk., an den Kassierer zahlen für die ausgesperrten Kollegen.

In Lage sind in dem Betrieb von Rietehoff Differenzen ausgebrochen. Zugung fernhalten.

In Obereschleben führen die Arbeitgeber, soweit dieselben im Arbeiterschutzesverband organisiert sind, getreulich die Beschlüsse desselben aus. Vor zwei Jahren wurde hier ein für die Städte Rattowitz, Königshütte und Beuthen gültiger einheitlicher Tarif abgeschlossen. Kündigung desselben mußte am 1. Mai erfolgen, was auch prompt von den Arbeitgebern ausgeführt wurde. Unsere Kollegen wollten mit Rücksicht auf die großen Anforderungen, die an den Verband in diesem Jahre gestellt werden, und weiter, um es den Kollegen in Orten, wo die Verhältnisse noch schlechter liegen als hier, möglich zu machen, ihre Lage zu verbessern, von einer Kündigung absehen. Der Tarif sollte ein Jahr weiterlaufen. Doch die Herren vom Arbeiterschutzesverband dachten und taten anders. Gestützt auf konfuse Berichte aus der bürgerlichen Presse über die gegenwärtigen Aussperrungen und Streiks dachten sie, jetzt ist der richtige Zeitpunkt, jetzt ist es uns möglich, den machtlosen Verbändlern einen Tarif aufzuhalsen, den wir uns gemacht haben. Nun haben wir es mit den Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Vertrags durchaus nicht eilig, wir haben bis zum 1. August Zeit, können also warten, bis die Konjunktur besser geworden ist. — Nun ein Wort an die Kollegen. Mit Bedauern muß konstatiert werden, daß ein großer Teil der Kollegen gleichgültig, tatenlos dem Vorwärtstreben der Organisation gegenübersteht. Kollegen, seht ihr denn wirklich nicht, wie die Arbeitgeber sich Tag für Tag immer besser organisieren, immer fester zusammenschließen, um euch jede Verbesserung eurer Lebenslage unmöglich zu machen und euch ganz wieder in das alte Sklavensoch zu bekommen, in welchem sie euch früher hatten und zum Teil noch haben. Kollegen, wacht auf, erkennt bald einmal, was um euch herum vorgeht, schließt euch zusammen zu einer festen Organisation, übt euch im gemeinsamen Willen. Nur durch gemeinsames Streben, durch die Organisation könnt ihr der brutalen Kampfweise der Unternehmer Aug in Aug gegenüberreten. Die Verhältnisse sind doch wirklich nicht danach, daß ihr zu Frieden sein könnt. Wie schwer es dem einzelnen wird, unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich und seine Familie durchzuschlagen, das wißt ihr sehr wohl, ihr klagt und schimpft das ganze Jahr, daß es euch schlecht geht, ihr seid unzufrieden mit eurer ganzen Lebenshaltung und sucht, wenns gar nicht mehr gehen will, euren Schmerz im gesundheitzerstörenden Alkoholismus zu vergessen; aber hernach ist wieder dasselbe Bild, dasselbe Sinerlet, grau in grau. Niemals habt ihr frohe Tage, stets führt euch die Sorge um den kommenden Tag zur Arbeit, stets ist euer Sinn vom Gespenst der Not verdüstert. Das alles seht, das erlebt ihr alle Tage, und ihr steht gleichgültig, tatenlos dabei. Kollegen, durch die Organisation, durch gemeinsames Arbeiten kann viel Glend von euch genommen werden, kommt her, vereinigt euch, besucht fleißig Versammlungen, werdet gute tätige Mitglieder, ihr tut nicht nur an euch selbst und eurer Familie notwendiges nützliches Wert, sondern an euren gesamten Arbeitsgenossen. Der einzelne ist nichts, er verschwendet seine Kraft zwecklos und kann gegen die festen Organisationen der Arbeitgeber nicht das geringste ausrichten.

In Oldenburg ist der Stand der Aussperrung noch unverändert. Im Laufe der Woche sind einige weitere Betriebe hinzugekommen, so daß sich die Zahl erhöht hat auf 36 Betriebe mit 100 Kollegen. Da sich die Prophezeiung des Obermeisters Freese, die Aussperrung würde nur 8 Tage dauern, nicht erfüllt hat, so erwägen schon mehrere Arbeitgeber, ob es nicht besser sei, aus dem Arbeiterschutzesverband auszutreten und ihre langjährigen Gesellen wieder einzustellen. Ob sich die Herren herein finden werden, wieder bei ihren früheren Arbeitgebern anzufangen, ist sehr zweifelhaft. Die Erbitterung gegen dieselben ist gerade bei den älteren Kollegen eine große. Am Schlusse der Woche waren 37 Kollegen abgereist und anderweitig untergebracht, so daß die Zahl der Ausgesperrten noch 63 betrug.

In Reichsbach i. Vogtl. In der Korbfabrik von Albin Böcher legten am 27. April 4 Kollegen die Arbeit nieder. Grund dazu waren die fortwährenden Streitereien um den Lohn. Die Roharbeit wird im Akkord gemacht, und wußte vorher niemand, was er für die Arbeit bekam. Bei angestrengter Tätigkeit kann es ein tüchtiger Arbeiter bei Spezialarbeit bis zu 25 Mk. Lohn bringen, dagegen verdienen schwächere Arbeiter oft nur bis zu 10 und 12 Mk. bei eifriger Arbeit. Daß unter den heutigen Verhältnissen mit diesem Lohn kein Mensch auskommen kann, versteht sich von selbst. Die Kollegen werden erlucht, diesen Betrieb einstweilen zu meiden, bis Herr Böcher geordnete Zustände in seiner Werkstatt schafft.

In Rostock sind infolge der Maifeier die Kollegen ausgesperrt worden. Zugung ist fernzuhalten.

Ausland.

Aus Dänemark. Der Arbeitgeberverband von der Bärkenindustrie hat am 30. März seine Arbeiter ausgesperrt. Es wird gebeten, Zugung nach Dänemark fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Gründung einer gelben Gewerkschaft in der Berliner Holzindustrie.

Schon längst hatten sich die Scharfmacher der Berliner Holzindustrie für ihren Beruf eine Organisation der nicht-organisierten Arbeiter gewünscht. Mit scheelen Augen verfolgte man bisher die Erfolge der Metallindustriellen auf diesem Gebiete. Kein Berliner Holzarbeiter wollte sich aber finden, der die traurige Rolle des Organisations einer Leibgarde des Unternehmerschutzverbandes übernahm. Endlich aber haben sich zur Freude des Unternehmertums zwei Apostel unter ihnen „arbeitswilligen“ Schülern gefunden, die unter Führung des „berühmten“ Sekretärs des Innungsnachweises in der Alexanderstraße 31, Herrn Meinicke, eine Arbeitswilligenorganisation ins Leben rufen wollten. In einer geheimen Versammlung aller vom „schändlichen Terrorismus“ des Holzarbeiterverbandes befreit sein wollenden Elemente sollte am 2. Mai nunmehr die neue Organisation aus der Taufe gehoben werden. Zu diesem Zwecke wurde an eine größere Zahl Meister ein vertraulicher Aufruf folgenden Inhalts versandt:

Aufruf zum Handwerker-Schutzverband.

Der furchtbare Terrorismus, der sich in der Arbeitnehmerorganisation eingewurzelt hat und in erbarmungsloser Weise gegen Unorganisierte in Anwendung gebracht wird, veranlaßt auch die bisher Nichtorganisierten sich zusammenzuschließen, um sich gegen diesen schändlichen Terrorismus zu wehren. Wir haben deshalb beschlossen, einen Verein zu gründen, dessen Tendenz absolut nichts weiter als dem Schutze der Nichtorganisierten gewidmet ist.

Die Mitgliederzahl des zurzeit bestehenden Vereins ist allerdings noch gering, so daß wir eine Gewähr für sicheren Schutz unserer Mitglieder noch nicht übernehmen können, wir bitten daher auch die Herren Meister, uns bei unserer Agitation behilflich zu sein, indem sie alle bei ihnen beschäftigten Nichtorganisierten (Tischler, Bildhauer, Polierer, Maschinenarbeiter usw.) zu uns schicken, damit auch sie sich unserer guten Sache anschließen können und nicht bei etwaigem Arbeitswechsel durch andere Verbände von einem Betrieb zum anderen getrieben werden und hilflos auf der Straße liegen, denn je größer unser Verein wird, desto sicherer sind die Nichtorganisierten gegen das brutale Vorgehen der Verbände geschützt und desto kräftiger können wir unsere Herren Meister bei zwecklosen Streiks unterstützen.

Zu diesem Zwecke haben wir am Donnerstag den 2. Mai abends 8 Uhr im Deutschen Hof, Luckauerstr. 15

eine Versammlung

einberufen und bitten wir um recht zahlreiches Erscheinen. Gleichgestimmte Kollegen heißen wir willkommen.

Die Einberufer:

H. Meinicke, Paul Oberländer, Adolf Kleinfieber.

In dieser Versammlung hatten sich außer den 3 Einberufern und 3 Abgesandten der Meister die „zufälligerweise“ hergekommen waren, ganze 38 Mann eingefunden.

Herr Meinicke setzte den Erschienenen zunächst sein Votum aus. Er wollte gemeinsam mit seinen beiden Freunden einen Verein gründen, in welchem alle die eine sichere Stätte finden sollten, die sich vom Terrorismus des Holzarbeiterverbandes zu befreien suchen und das Bestreben hätten, in friedlicher Weise mit den Meistern auszukommen. Der Verein würde 30 Pf. Beitrag pro Woche erheben, wofür bei Krankheit eine wöchentliche Unterstützung von 6 Mk. geleistet würde. Außerdem wird eine Schlichtungskommission gebildet, die alle Lohnstreitigkeiten unterzeuge; gestreikt wird nicht. Nach kurzer Debatte wurde auch demgemäß beschlossen und außerdem das Eintrittsgeld auf 25 Pf. festgesetzt.

Darauf nahm der in Berlin allzu bekannte Meister Jarozki das Wort. Er begrüßte die Erschienenen im Namen der anwesenden Meister. Er sei gerne der an ihn ergangenen Einladung gefolgt, um an der Gründung einer Organisation zur Bekämpfung des Holzarbeiterverbandes, der mit seinem unsagbaren Terrorismus beide Teile, Meister und Arbeitswillige, schwer drücke, mitzuwirken. Es gäbe zahlreiche Arbeiter, die sich gerne dem Zwange der Organisation entziehen möchten. Wenn alle diese für den neugegründeten Verein gewonnen würden, wäre es in kürzester Zeit möglich, den Holzarbeiterverband zu vernichten. Die Arbeitgeber ständen dem Streben der Herren Einberufer sehr sympathisch gegenüber und würden den Verein nach besten Kräften unterstützen. Ja sie seien bereit, für den Anfang größere finanzielle Opfer zu bringen. Man möge das nicht als ein Geschenk ansehen, sondern als einen pflichtschuldigen Beitrag für eine gute Sache, die stets zum Wohle der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer wirken möge.

Die Versammlung ehrte diese Worte auf Geheiß des Herrn Meinicke durch Erheben von den Sitzen. Es wurden nunmehr eine Reihe Fragen erledigt. Da aus der Mitte der Versammlung wenig Anregungen erfolgten, hatte der Einberufer fast immer das Wort. Als aber ein Teilnehmer schüchtern meinte, was der Verein eigentlich bezwecke, erklärte Oberländer voll Emphase: Vor allem solle jeder Holzarbeiter vor dem Terrorismus geschützt werden. Wer sich vom „roten“ Verband belästigt fühle, solle es dem Vorstand melden, der würde stets für neue Arbeit Sorge tragen. Wenn die Organisation erst stark genug sei, würde jeder einzelne Betrieb, in dem terrorisierende Verbändler hausten, durch Verständigung mit dem Arbeitgeber mit den Mitgliedern des Arbeitswilligenvereins besetzt. Als Meinicke sich bereit erklärte, die Beschwerden der Drangsalierteren auf dem Innungsnachweis entgegenzunehmen, erhob die Mehrzahl der Anwesenden sofort Protest, da dieser Arbeitsnachweis leider allzu verrufen sei.

Mit jedem Tage

kann der Bezug des Fachblatt für Holzarbeiter begonnen werden. Preis bei allen Postämtern und Verwaltungsstellen des Holzarbeiterverbandes für die Monate April, Mai und Juni 1 Mark.

Über die Frage, welche Aufgabe der Verein zunächst zu erledigen gedenke, sprach der Bautischler Oberländer-Nixdorf, Weichselstraße. Es gälte vor allem, die Sympathie eines jeden Meisters zu gewinnen, da mehrere noch nicht genügend Verständnis für die neue Bestrebung zeigten. Vorläufig möge man es vermeiden, an die Öffentlichkeit zu gehen, da die ganze Sache gleich wieder im „Vorwärts“ und in der „Holzarbeiter-Zeitung“ ausgeschlachtet werde. Zur nächsten Sitzung, die Ohmstraße 8 stattfinden, werde jedes Mitglied schriftlich eingeladen werden, damit um Himmels willen keine Unberufenen Zutritt erlangen, die eventuell die Versammlung sprengen würden. Man möge also ruhig die Hilfe der Meister annehmen und gemeinsam weiterwirken.

Nachdem wurde eine Schlichtungskommission gewählt, bestehend aus den Arbeitswilligen Ballig, Schreinerstr. 28, Schirits, Schlesienerstr. 21, und Wirts. Zum provisorischen Vorstand wurde außer den drei Einberufern noch Schirits bestimmt.

Diese beiden Körperschaften erhielten auch den Auftrag, zur nächsten Sitzung ein Statut auszuarbeiten. Zum Schluß nahm noch Meister Hoop das Wort. Auch er freute sich, an der heutigen Sitzung teilnehmen zu dürfen. Er kenne infolge seiner vielen Reisen das Arbeiterleben ganz genau und wisse, wo jeder der Schuh drückt. Er hoffe, daß nunmehr eine geeignete Basis zur Herbeiführung einer Einigkeit zwischen Meister und Geselle, wie es früher bestand, wieder geschaffen werde. Gewiß habe der Arbeiter auch seine besonderen Wünsche, und würden auch in Zukunft häufig Differenzen in Lohnverhältnissen entstehen, denn in Geldangelegenheiten höre die Gemütslichkeit auf, aber es brauche doch nicht immer gleich gestreift zu werden. Dabei vergaß es der Herr aber wohlweislich anzuführen, daß im gegenwärtigen Moment die Herren Meister es selbst sind, die durch die Aussperrung die Produktion unterbunden und die Betriebe geleert haben. Herr Hoop lobte den Gelbesmut der erschienenen ehrlich denkenden Arbeiter und führte ihnen den abscheulichen Terrorismus der organisierten Gesellen in düstersten Farben vor Augen. Ein Maschinenarbeiter habe neun Jahre treu beim Militär gedient und sei als Unteroffizier abgegangen. Da er sich aber stets die Königstreue bewahrt und auch noch Liebe zum Vaterland hegte, hätte er den Haß der bösen Verbändler auf sich geladen und sei von Betrieb zu Betrieb gehest worden. Auch hier vergaß der Redner anzuführen, daß dieser Märtyrer (Wolff Menzel mit Namen) durch sein wenig einwandfreies Verhalten, indem er sogar seine eigenen Verbandskollegen wegen Majestätsbeleidigung denunzierte, wenn auch ohne Erfolg, selbst jede Achtung bei der Mehrzahl der Arbeitgeber verlor. Als dann der Meister Hoop mit frommem Augenaufschlag all die Ausbeutung der roten Brüder gegenüber den Barbieren, Budikern und Arbeitsgesellen schilderte und darlegte, wie jeder, der nicht an seinem Geburtstag das gebührende Quantum „edles Maß“ spendete, malträtirt werde, mag wohl jedem anwesenden Anhänger der gelben Garde stark das Herz geklopft haben. Denn gerade sie sind es, die immer auf diesem Gebiet mit einem rücksichtslosen Zwange vorgehen; sie, die für Alkohol zehnmal so viel übrig haben, als für die Verbandsbeiträge. Hoffentlich, meinte der Redner weiter, werde sich die neue Organisation, die eigentlich schon vor acht Wochen ins Leben gerufen sein müßte, der ihr gestellten Aufgabe gewachsen sein, aber sie könnten auf jeden Fall auf die Hilfe der Meister rechnen. Nachdem auch diesem Redner die Versammlung durch Erheben von den Sitzen freudig bewegt dankte und mit dem gleichen servilen Benehmen die gewaltige Summe der von den Meistern bereits gespendeten Unterstützung von 15 Mark gehört wurde, hatte die ganze Farce ihr Ende erreicht.

Es ist wohl kaum daran zu denken, daß die gelbe Garde in Berlin überhaupt an Boden gewinnt, dafür bürgen schon zur Genüge die Personen, die sich selbst an die Spitze der mit dem Gelbe der Meister arbeitenden Arbeitswilligenorganisation gestellt haben. Auf jeden Fall ist aber zu hoffen, daß unsere Berliner Kollegen, die nun doch einmal die große geschichtliche Mission unserer Organisation erkannt haben, nicht nur in Zukunft als ehrliche Leute weiterkämpfen, sondern mit noch größerem Eifer all den uns noch fernstehenden Kollegen über den erhabenen Zweck der modernen Arbeiterbewegung Aufklärung bringen werden. Dann mag das Bäckerbrot, das es fertig bringt, in so leichtfertiger Weise ihre Arbeiterehre für wenige Silberlinge zu verkaufen, mit ihrem Vereinen sang- und klanglos unter dem Hohn- und Gelächter eines jeden gesitteten Menschen dahinvegetieren; auf sie wird auch demaleinst von ihren eigenen Gönnern das Wort Napoleons angebracht werden: „Ich liebe den Verrat, doch hasse ich den Verräter.“

Ein englisches Urteil über die Löhne und Arbeitszeiten der deutschen Holzarbeiter. Das Ausland blickt mit Neid auf die glänzende Lage der deutschen Arbeiterschaft, so verkünden die Lohnschreiber des Unternehmertums und der Regierung. Ein solcher ausländischer Neidling unterzieht nun die Lage der deutschen Holzarbeiter im „Daily Chronicle“, einem englischen radikal liberalen Blatt, einer Untersuchung und kommt dabei zu folgendem Schluß: „Eine der verbreitetsten Industrien Deutschlands ist die Holzindustrie. Sie umfaßt so verschiedene Zweige wie Tischler, Stellmacher, Korbmacher, Drechler, Bürstenbinder usw. Das sind lauter gelehrte Arbeiter. Und was verdienen sie? Die Bürstenmacher bekommen im Durchschnitt einen Wochenlohn von 18 Mk. und arbeiten dafür 63 Stunden, die Drechler arbeiten 62 Stunden in der Woche für 19,25 Mk., die Korbmacher 72 Stunden für 18 Mk., die Stellmacher 61 Stunden für 21 Mk. und die Tischler 70 Stunden für 22 Mk. Das ist der Durchschnitt des Lohnes und der Arbeitszeit für ganz Deutschland. Ich

glaube, ich übertreibe nicht, wenn ich behaupte, daß in jedem dieser Industriezweige der Durchschnittslohn des englischen Arbeiters doppelt so hoch ist als der des deutschen und seine Arbeitswoche mindestens um 10 Stunden kürzer.“

Tut nichts, sagen die wahrhaft deutschen Leute, Deutschland marschiert doch an der Spitze der Sozialreform.

Berliner Arbeitswillige im Sarge. Ein seltsames Beförderungsmittel für die während der Aussperrung arbeitenden Gesellen hat ein Tischlermeister an der Chorinerstraße in Berlin gewählt. Sein Betrieb war von Streikposten dicht umlagert, trotzdem wurde in seiner Werkstatt gearbeitet, ohne daß es den Streikposten jemals gelang, die Arbeitswilligen abzufassen. Auffallend war es aber seit einigen Tagen, daß morgens ein Wagen mit sechs Särgen beladen regelmäßig auf den Hof des Tischlermeisters fuhr und abends mit der gleichen Ladung das Grundstück verließ. Am Mittwoch wurde das Rätsel gelöst. Ein Streikposten, der den Sargwagen verfolgt hatte, entdeckte plötzlich, daß vor der Werkstatt die Särge geöffnet wurden und diesen sechs arbeitswilligen Tischler entließen, die auf diesem ungewöhnlichen Wege ihre Arbeitsstätten aufgesucht hatten. Daß die Arbeitswilligen sich diese Art von Beförderung gefallen ließen oder sie gar wünschten, beweist, daß sie das Schmutzige ihrer Handlungsweise wohl empfanden.

Zur Aussperrung der Berliner Holzarbeiter. Der Bericht der Berliner Handelskammer, der nach Kündigung des Tarifvertrags, aber vor der erfolgten Aussperrung redaktionell abgeschlossen wurde, nimmt zu diesem Vorgang in folgenden Ausführungen Stellung:

„Der mit dem 14. Januar 1907 ablaufende Arbeitsvertrag ist seitens des Deutschen Holzarbeiterverbandes, der Arbeitnehmerorganisation, welche vornehmlich in Betracht kommt, rechtzeitig gekündigt worden. Nur unter wesentlicher Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere unter Herabsetzung der Arbeitszeit von 62 auf 50 Stunden, ist diese Organisation zum Abschluß eines neuen Vertrags bereit. Gerade in diesem Punkte ist aber die Arbeitgeberchaft zu Konzessionen nicht erbötig. Die seit Monaten geführten Verhandlungen haben zu einer Verständigung nicht geführt, und es droht eine allgemeine Aussperrung der Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, da die Arbeitgeber auf Abschluß eines Vertrags bestehen und, falls dies nicht gelingt, zur Schließung ihrer Betriebe entschlossen sind. Bei der großen Zahl der auf beiden Seiten Beteiligten droht diese Bewegung einen bisher nicht gekannten Umfang anzunehmen und die schwersten Opfer zu erfordern. Da es sich vornehmlich um die Arbeitszeit, weniger um den Lohn, also mehr um eine Nachfrage handelt, bei welcher die stärkere Organisation die Oberhand behalten wird, ist auch eine längere Dauer des Kampfes unausbleiblich. Die Folgen werden für das Jahr 1907 sicherlich verhängnisvoll sein, lassen sich aber in ihrem vollen Umfang nicht vorher bestimmen.“

Der Wert des abgelaufenen Berliner Tarifvertrags im Urteil des Unternehmertums. Über die Lage der Berliner Holzindustriellen schreibt der Handelskammerbericht: „Das abgelaufene Geschäftsjahr bedeutet für die gesamte Berliner Holzindustrie einen rüstigen Fortschritt auf dem Wege gesunder Entwicklung. Die Arbeitsverhältnisse, die von ausschlaggebender Bedeutung für das Gewinnergebnis sind, waren befriedigend. Der am 14. Januar 1906 auf zwei Jahre abgeschlossene Arbeitsvertrag hat sich bei redlichem Streben beider Parteien, keine Verletzung desselben zuzulassen, gut bewährt und den prinzipiellen Widerstand auf Seiten mancher Arbeitgeber gegen eine solche Grundlage des Arbeitsverhältnisses beseitigt. So unterscheidet sich das Berichtsjahr vorteilhaft von allen früheren, da die ungelöste, infolge der günstigen Geschäftslage emsige Tätigkeit weder durch Arbeitseinstellungen noch durch Aussperrungen unterbrochen wurde.“

Kurzfristige Korkeinfabrikanten nennt die „Korkeinfabrikanten-Zeitung“ diejenigen Unternehmer, welche ihren Bedarf an geeigneten Arbeitskräften durch Annoncen in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu decken suchen. Das interessante Organ rüffelt die in Betracht kommenden Fabrikanten gehörig ab und sucht sie kräftig zu machen durch die Veröffentlichung folgender Weisheit: „Es ist uns bekannt, daß das Ziel dieses Verbandes (des Holzarbeiterverbandes) nicht nur die Organisation der Korkeinfabrikanten ist, sondern die Proklamierung und Durchführung des „Generalkriegs“ nach Erreichung des erstgesteckten Zieles.“ Welcher Quelle die „Korkeinfabrikanten-Zeitung“ diese Weisheit verdankt, wissen wir nicht; vermutlich hat irgend ein Spatzvogel, der die geistigen Fähigkeiten des offiziellen Organs des Verbandes der deutschen Korkeinfabrikanten kennt, ihm einen Wären aufgebunden. Und die brave „Korkeinfabrikanten-Zeitung“ fällt natürlich in ihrer kindlichen Unschuld darauf herein. Die Korkeinfabrikanten, die trotz des Wehgeschreis der „Korkeinfabrikanten-Zeitung“ ihren Arbeiterbedarf durch Inserate in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu decken suchen, tun das sicherlich meist nicht aus Sympathie für den Holzarbeiterverband. Sie wollen lediglich tüchtige Arbeiter, und sie müssen trotz ihres Hasses gegen den Holzarbeiterverband zugestehen, daß die organisierten Arbeiter die besten sind.

In ihrer neuesten Nummer quittiert die „Korkeinfabrikanten-Zeitung“ dankend über die Prügel, die wir ihr kürzlich verabfolgt haben. Wir nehmen hiervon gebührend Notiz. — Im Anschluß an diese Quittung druckt sie wieder eine kurze Korrespondenz ab, die sie aus der „Holzarbeiter-Zeitung“ herausgeschickt hat. Der Redaktion der „Korkeinfabrikanten-Zeitung“ bedeutet jede Zeile, die sie aus unserem Blatte abdruckt, einen Gewinn, denn sie wird dadurch der schweren Mühe überhoben, das ihr zur Verfügung gestellte Papier mit Produkten des eigenen Geistes zu füllen. Wir sind ihr darob nicht böse, im Gegenteil, es erfüllt uns mit Genugtuung, daß unser Blatt so aufmerksam gelesen wird. Wir empfehlen der „Korkeinfabrikanten-Zeitung“, diese nützliche Tätigkeit fleißig fortzusetzen. Durch tüchtiges, unverdrossenes Studium ist schon mancher Schwachbegabte gefördert worden, und wir sind nicht so hochhaft zu glauben, daß die „Korkeinfabrikanten-Zeitung“ ganz unbeelehrbar ist.

Die „Eiche“, Organ des Hirsch-Dunderbergs Gewerkschafts der Tischler, hat sich zur Begründung ihrer Schauerromane gegen uns Breslau als Beweisobjekt erboten. So wird in Nr. 16 im Leitartikel zum Beweis dafür, in welche Bedrängnis die Provinzkollegen durch Abreise ausgeperrter Kollegen in Berlin gebracht werden, behauptet, daß sich in

Breslau Verbandskollegen für 12 Mk. die Woche den Arbeitgebern zur Arbeit angeboten hätten. Trotz eifrigen Forschens unfererseits, in welchem Betrieb dies geschehen sein könnte, konnten wir doch keinen einzigen solcher Fälle ausfindig machen. Weiter wird in Nr. 17 der „Eiche“ unter „überstreikbrechende Holzarbeiterverbändler“ gesagt, daß „zu 81“ in unserem Verband organisierte Stellmacher auf Waggonbau nach Gotha als Streikbrecher gereift seien. Demgegenüber sei zunächst festgestellt, daß von unseren Mitgliedern nur zwei Stellmacher nach Gotha gereift sind. Ferner aber ist weder uns, noch den Kollegen in Gotha von einem Streik oder sonstigen Bohndifferenzen der Holzarbeiter in der dortigen Waggonfabrik etwas bekannt. Also war es mit der wunderbar schönen Kombination der verehrlichen „Eiche“, den Holzarbeiterverband an diesen „erdichteten“ Vorkommen als Bohndrücker und Streikbrecher zu charakterisieren, nichts, und muß es der Gewerkschaft sich schon gefallen lassen, neben den gelben Gewerkschaften dieses Privilegium allein zu besitzen.

Bürstenfabrik Bensberger & Co., Akt.-Ges., München. Der Bruttogewinn in 1906 erhöhte sich von 450565 Mark auf 495688 Mk.; nach 12549 (im Vorjahr 12281) Mk. Abschreibungen verbleiben 254115 (231792) Mk. Reingewinn, aus dem auf das Aktienkapital von 1,20 Mill. Mk. 11 Prozent (10) Dividende verteilt werden bei 14503 (24513) Mk. Vortrag. Die Reserven weisen 320000 Mk. auf, neben 26463 Mk. Vorkrederefonds. Im neuen Jahr sei das Unternehmen gut beschäftigt, so daß ein befriedigendes Ergebnis erhofft werde.

Der Ungarische Holzarbeiterverband hat im Jahre 1906 einen weiteren Fortschritt zu verzeichnen. In diesem Jahre wurden 34 neue Ortsgruppen gegründet mit 3915 Mitgliedern. Mit diesem Zuwachs zählt der Verband nun 132 Ortsgruppen mit zusammen 13916 Mitgliedern. In der Zentralkasse des Verbandes befinden sich zurzeit 43000 Kronen. Für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung wurden 62000, für die Bibliothek usw. 80342 Kronen ausgegeben. Streikunterstützung darf nach der ungarischen Polizeipraxis aus der Verbandskasse nicht gewährt werden. Trotzdem hatte aber die Lohnbewegung einen bedeutenden Umfang. Die Tischler in Budapest haben ohne jeden weiteren Kampf jenen Kollektivvertrag erneuert, den sie im Jahre 1905 durch einen das ganze Jahr andauernden Kampf errungen haben. Im gegenwärtigen Kontrakt ist auch die Stückarbeit geregelt und der Minimallohn auf 42 Heller pro Stunde festgesetzt worden. Auch für die in den Provinzstädten arbeitenden Tischler ist es gelungen, die Lage um ein gutes Stück zu verbessern. In 28 Städten wurden mit den Arbeitgebern Verträge geschlossen. Die 10 und 11 stündige Arbeitszeit ist auf 9 und 9 1/2 Stunden verkürzt, die Löhne um 15 Prozent aufgebessert worden. Unter den 28 Städten waren nur 9 solche, in denen zum Streik geschritten werden mußte, in den übrigen 19 Städten kam der Vertrag in friedlicher Unterhandlung zustande. Die Budapester Bürstenbinder streikten 17 Wochen um die 10 stündige Arbeitszeit und 15 Prozent Lohn-erhöhung.

Gewerkschaftliches.

Die Bauhilfsarbeiter hielten ihren Verbandstag vom 7. bis 12. April in Hamburg. In der Diskussion des Vorstandsberichtes nahm die Frage der Kündigung des Kartellvertrags mit den Maurern und die Verschmelzung mit dem Maurerverband einen erheblichen Raum ein. Zu dieser Frage nahm auch der anwesende Vorsitzende des Maurerverbandes, Bömelburg, das Wort. Ein Antrag auf Kündigung des Kartellvertrags wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt, dagegen wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Verschmelzung mit dem Maurerverband als wünschenswert bezeichnet und die ablehnende Haltung dieser Organisation bedauert wird. Beschlossen wurde die Einführung der Krankenunterstützung. Ein Antrag, der die Einführung der Arbeitslosenunterstützung bezweckte, wurde zurückgewiesen. Die Löhne, welche bisher in acht Lohnklassen 50 bis 60 Pf. betragen, werden durchweg um 10 Pf. erhöht. Die Streikunterstützung wird ebenfalls um 1 Mk. wöchentlich erhöht.

Die Hotelbedienten tagten in der Osterwoche in Leipzig. Der Verband zählt 3109 Mitglieder, das Vermögen 23964 Mk. Das größte Interesse konzentrierte sich auf die Frage der Verschmelzung mit dem Verband der Gastwirtschaftsgehilfen. Man stimmte ihr im Prinzip zu, doch soll die endgültige Entscheidung erst auf dem nächsten Verbandstag getroffen werden. Der Einfluß des Verbandes auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen ist noch sehr klein.

Der Senefelderbund (Verband der Lithographen, Stein-drucker und verwandter Berufe) hielt seine Generalversammlung in den ersten Tagen des April in Hannover ab. Diese Organisation ist bekanntlich hervorgegangen aus einer Verschmelzung des ausschließlich Unterstützungszwecken dienenden Senefelderbundes mit der Gewerkschaftsorganisation, dem Lithographenverband. Die Verschmelzung ist von einigen Mitgliedern des alten Senefelderbundes, die sich als Rechtsschutzverein zusammengetan haben, gerichtlich angefochten worden, und die Protestler, die sich dagegen wehrten, einer Gewerkschaft angehören zu sollen, erzielten in allen Instanzen, zuletzt auch vor dem Reichsgericht, ein obsiegendes Erkenntnis. Durch die Urteile der Gerichte war deshalb die Organisation gezwungen, eine durchgreifende Statutenrevision vorzunehmen, und diese Frage war es, welche die Generalversammlung vornehmlich beschäftigte. Es lagen zwei vollständige Entwürfe vor, der eine war vom Hauptvorstand und der Kontrollkommission, der andere von den Berliner Filialen eingebracht. Der erstgenannte Entwurf wollte den jetzigen Zustand aufrecht erhalten und das Statut nur der durch die Gerichtsurteile geschaffenen Lage anpassen, während die Vorlage der Berliner Filialen eine strenge Trennung der Unterstützungskassen von der Gewerkschaftsfrage herbeiführen und für die Mitglieder der Gewerkschaft durch Gegenseitigkeitsvertrag die Unterstützungsberechtigung bei den Kassen des Senefelderbundes erwerben will. Sollte der Rechtsschutzverein erneute Schwierigkeiten machen, so ist die Liquidation der Unterstützungskassen in Aussicht genommen; für diesen Fall wäre ein Statut vorzubereiten, welches an Stelle der Bestimmungen des jetzigen Statuts zu treten hätte.

Nach langen, zum Teil recht erregten Debatten wurden die Berliner Vorschläge einstimmig angenommen. Die Delegierten, welche anfangs gegen diese Vorschläge waren, wurden schließlich ungestimmt durch Zuschriften des Rechtsschutzvereins und dessen juristischen Berater, welche der Generalversammlung ganz unannehmbare Statutenänderungen zumuteten. Die Trennung tritt nun in der Weise ein, daß eine neue Gewerkschaft gegründet wird, welche die Funktion hat, als Kampforganisation zu dienen. Der Senefelderbund übernimmt sämtliche Unterstützungsarbeiten, die ihm durch Gerichtsurteil belassen wurden. Der Verband dagegen führt alle Unterstützungen ein, die der heutige Bund hat und erhebt dafür einen Beitrag von 1,20 Mk. pro Woche. Durch den abzuschließenden Gegenseitigkeitsvertrag überträgt jedoch der Verband die Auszahlung der Unterstützung dem Senefelderbund, dafür zahlt er 90 Pf. pro Mitglied an die Bundeskasse. Die Verbandsmitglieder werden dadurch vollberechtigte Mitglieder des Bundes. Der Ausschluss aus dem Verbande bedingt auch den Verlust der Mitgliedschaft beim Bunde. Zum ehrenamtlichen Vorsitzenden des Senefelderbundes wurde an Stelle von Sillier, der den Vorsitz in der Gewerkschaft übernehmen soll, Müller-Berlin gewählt, welcher die schließlich angenommenen Vorschläge der Berliner Filialen begründet hatte.

Im Anschluß an die Generalversammlung des Senefelderbundes fand ein Kongreß der Lithographen, Steinbrucker und verwandter Berufe statt, auf welchem die Gründung der neuen Gewerkschaft beschlossen wurde. Der Titel dieses Verbandes lautet: „Verband der Lithographen, Steinbrucker und verwandter Berufe (Deutscher Senefelderbund)“. In den Vorstand wurden gewählt: Sillier als Vorsitzender, Brall als Kassier und Obier, der seitiger Redakteur der „Graphischen Presse“, als Sekretär. Die freigewordene Stelle des Redakteurs soll ausgeschrieben werden.

In Köln haben die Gewerkschaften ausweislich des soeben erschienenen Berichtes des Gewerkschaftsstatistik im letzten Jahre ihre Mitgliederzahl gesteigert von 16 095 (davon 333 weibliche Mitglieder) auf 19 246 (680), also um 3151.

In Nürnberg stieg die Mitgliederzahl der Gewerkschaften im letzten Jahre ausweislich des soeben erschienenen Arbeitersekretariatsberichtes von 27 183 auf 32 429, was einer Zunahme um 5246 entspricht. Bemerkenswert ist die Zunahme an weiblichen Mitgliedern, deren es Anfang 1906 2663, Ende 1906 4776 gab, was im Jahre 1906 eine Zunahme um 2113 bedeutet.

Die schwedischen Gewerkschaftsorganisationen haben im verfloßenen Jahre einen prächtigen Fortschritt zu verzeichnen. Nach einer Statistik der Landesorganisation zählen die ihr angeschlossenen Gewerkschaften jetzt circa 145 000 Mitglieder, der Zuwachs der Mitgliederzahl im verfloßenen Jahre beträgt 57 400. Die Zahl der der Landesorganisation angeschlossenen Gewerkschaften beträgt 82, diese zählen 1750 örtliche Abteilungen. Die Ortsabteilungen haben sich gegen das Jahr 1905 um 430 vermehrt. Der stärkste Verband ist der der Arbeitsleute und Fabrikarbeiter. Er hat in 166 Abteilungen circa 35 000 Mitglieder, die Mitgliederzahl ist über 100 Prozent im Laufe des Jahres angewachsen. Außerhalb der Landesorganisation stehen nur noch der Typographenverband und der Eisenbahnerverband. Der letztere zählt circa 25 000 Mitglieder. Alles in allem sind in Schweden annähernd 200 000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert.

Soziale Rechtspflege.

Angebot der Krankenhausbehandlung einem Minderjährigen gegenüber.

Wie in der „Holzarbeiter-Zeitung“ schon öfters besprochen, ist die Unfallversicherungsgesellschaft gesetzlich verpflichtet, den Eltern oder dem Vormund minderjähriger Unfallverletzter die Rentenbescheide zuzustellen. Der Minderjährige ist also nicht rechtsfähig, kann weder die Rente selbst abheben, noch Vererbung ergründen, wenn ihm die gebotene Rente zu niedrig erscheint. Er ist auf die Hilfe seiner gesetzlichen Vertreter stets angewiesen und darf man auch die Schattenseiten dieser Bestimmungen nicht vergessen.

Anders war es bis jetzt in der Praxis der Krankenversicherung. Der minderjährige Arbeiter sucht sich Arbeit, wird zur Krankenkasse gemeldet, sucht im Krankheitsfall den Arzt auf, hebt das Krankengeld selbst von der Kasse ab. Die Krankenkassen haben also auf die Mithilfe des gesetzlichen Vertreters des Minderjährigen verzichtet. Eine Entscheidung des braunschweigischen Verwaltungsgerichtes bricht aber jetzt anscheinend mit dieser Praxis. Bekanntlich steht den Krankenkassen gemäß § 7 des Krankenversicherungsgesetzes das Recht zu, ledige Rassenmitglieder in ein Krankenhaus einzuweisen und die Krankenunterstützung im Falle der Weigerung zu entziehen. Der Vater eines minderjährigen Arbeiters kam jedoch auf den Einfall, daß die Kasse ihn als gesetzlichen Vertreter seines Sohnes diesen Auftrag geben mußte. Da aber die Kasse nur seinem minderjährigen Sohne die Aufforderung, in ein Krankenhaus zu gehen, zugehen ließ, sei dies unwirksam. Das Verwaltungsgericht Braunschweig stellte sich auf den Standpunkt des schlauen Vaters und erklärte: „Die Kasse handelt nicht gesetzlich, wenn sie lediglich dem Minderjährigen ihren Willen kundgibt, ihn in einem Krankenhaus verpflegen zu wollen; denn zu einer wirksamen Willenserklärung im Sinne des § 263 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gehört, daß sie ihm ordnungsgemäß zugeht. Das ist aber nicht der Fall, wenn die Erklärung des Rassenvorstandes lediglich an den Minderjährigen erfolgt, vielmehr muß sie dem gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen gegenüber abgegeben werden. In vorliegendem Falle war dies nicht geschehen, und demgemäß hatte die Kasse auch nicht das Recht, die Bezahlung der Unterstützung an den Kranken zu verweigern.“

Diese Entscheidung stimmt wohl nach dem Buchstaben des Gesetzes, erschwert aber die Praxis ungemein. Wohnt der Vater oder Vormund eines minderjährigen Mitglieds

der Leipziger Ortskrankenkasse zum Beispiel in Stuttgart, so muß nach dieser Entscheidung die Ortskrankenkasse den Einweisungsschein erst dem gesetzlichen Vertreter ihres Rassenmitglieds nach Stuttgart schicken! Die Antwort dieses Vertreters muß also abgewartet werden, wird noch verzögert, wenn derselbe nicht ermittelt werden kann, sich gar auf „Reisen“ befindet. Wie oft kommt es vor, daß Minderjährige die gegenwärtige Adresse ihres Vaters nicht angeben können, die Hilfe der Gerichte ja nur bei einer Vormundschaft in Anspruch genommen werden kann. Der minderjährige Kranke oder besser gesagt Simulant, der sich nun weigert, in das Krankenhaus zu gehen, laßt wochenlang die Kasse aus, weil diese ja auf die Entscheidung seines gesetzlichen Vertreters warten muß. Wenn aber nun die Krankenkasse den Spieß umdrehen würde und auch nur an die gesetzlichen Vertreter ihrer minderjährigen Mitglieder das Krankengeld auszahlt? Die Folgen wären gar nicht abzusehen! Deshalb bedeutet die Braunschweiger Entscheidung keinen Fortschritt im Versicherungswesen!

Jahresbericht des Zentral-Arbeitersekretariats. In Nummer 15 des „Korrespondenzblattes der Generalkommission“ gibt das Zentral-Arbeitersekretariat seinen Bericht über das abgelaufene Jahr. Wir entnehmen ihm folgende Daten: Im Jahre 1906 wurden 1197 Streitfälle anhängig gemacht, gegen 1098 im Jahre 1905 und 968 im Jahre 1904. Mit den aus den Vorjahren auf das Berichtsjahr übergegangenen Streitfällen waren im Jahre 1906 insgesamt 1505 Fälle zu bearbeiten. Am Schluffe des Jahres waren davon durch Urteil entschieden 1237, unerledigt blieben 4 Streitfälle aus dem Jahre 1905 und 264 aus dem Jahre 1906. Von den erledigten Streitfällen treffen 1197 auf Unfälle, wovon 484 zugunsten und 436 zugunsten der Verletzten entschieden wurden; in 233 Fällen wurde die Vertretung abgelehnt. Von den zur Erledigung gekommenen 86 Ansprüchen auf Invalidenrente mußten 10 wegen vollständiger Arbeitslosigkeit zurückgewiesen werden, 4 wurden zurückgenommen. Von den 71 zur Verhandlung gekommenen und vom Sekretariat vertretenen Fällen wurden 35 Revisionen der Versicherung und 3 Revisionen der Landesversicherungsanstalt zurückgewiesen. Stattgegeben wurde der Revision in 27 Fällen der Verletzten und in 6 Fällen der Landesversicherungsanstalten.

Polizeiliches und Gerichtliches.

„Schämst du dich nicht?“ Für diese vier Worte eine Woche Gefängnis! Wie ist das möglich, fragt der Unbefangene. Antwort: Es war ein streikender Arbeiter, und der, dem er es sagte, ein Arbeitswilliger. — Ach so, dann allerdings...

Die Schmiede und Schlosser der Wagenfabrik von Leuschner in Berlin hatten im Frühjahr vorigen Jahres die Arbeit niedergelegt, nachdem ihr Verlangen, einige entlassene (gemaspregelte) ältere Kollegen wieder einzustellen, von Herrn Leuschner abgelehnt worden war. Forderungen wurden von ihnen nicht aufgestellt. Außer einem Hinweis auf die Entlassungen enthielt jedoch ein Anschreiben des Verbandsvertreters die Bemerkung, daß man glaube, die gute Sache der schon einige Wochen vorher (wegen Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen) in den Streit getretenen Stellmacher, Sattler und Lackierer der Firma könnte gefährdet werden, wenn man weiter arbeite. — Als der Arbeitswillige Schmied Martin eines Tags die Fabrik verließ, trat ihm der Schmied Zilian entgegen und sagte: „Hier wird gestreikt“. Martin ging weiter und erklärte schroff: „Streik doch zu!“ Zilian, der zehn Jahre mit ihm zusammen gearbeitet hatte, äußerte nun unmutig: „Schämst du dich nicht?“ Diese vier Worte soll er beim nochmal wiederholen haben. Das Ding rief I vorwies ihn deshalb auf Grund des § 126 der Gewerbeordnung zu einer Woche Gefängnis, weil er versucht habe, Martin durch Ehrverletzung zu bestimmen, an einer Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. — Das Landgericht folgerte so: Die Schmiede und Schlosser hätten einen Einfluß auf die WiederEinstellung Entlassener durch ihre Arbeitsniederlegung gewinnen wollen. Das wäre eine Arbeitsbedingung, die ihnen bisher nicht zugestanden war, also hätten sie für sich eine günstigere Arbeitsbedingung erzielen wollen. Ihr Verhalten habe aber auch zur Stärkung der Bewegung der Stellmacher, Sattler und Lackierer dienen sollen. Die aber erstrebten günstige Lohnbedingungen. Also handle es sich auch bei ihnen um eine Verabredung zur Erlangung günstigerer Lohnbedingungen, obwohl sie solche — nicht forderten. — Dieses Urteil, das an juristischer Kunst nichts zu wünschen übrig läßt, ist jetzt vom Kammergericht als Revisionsinstanz gebilligt worden. Eine kleine Einschränkung machte es in der Begründung nur soweit, als es erklärte, es könne dahingestellt bleiben, ob es sich bei der Arbeitsniederlegung der Schmiede und Schlosser um die Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen handelte. Auf jeden Fall seien günstigere Lohnbedingungen erstrebt worden. Damit hat also das Kammergericht die Debatte des Landgerichts gutgeheißen: Das Verhalten der Schmiede und Schlosser habe auch zur Stärkung der Bewegung der Stellmacher, Sattler und Lackierer dienen sollen; da diese aber günstigere Lohnbedingungen erstrebten, so handle es sich auch bei den Schmieden und Schlossern um eine Verabredung zur Erlangung günstigerer Lohnbedingungen, wenngleich sie — keine forderten! Von Rechts wegen!

Kollegen! Agitiert immer und überall für den Verband!

Wir dürfen nicht rasten und ruhen, bis daß alle Holzarbeiter dem Deutschen Holzarbeiterverbande angeschlossen sind.

Technisches.

Das Drechslergewerbe und der neue Stil. Unter der neuen Stilrichtung haben bekanntlich die Drechsler, Bildhauer, Tapezierer, Stukkateure und andere Kunstgewerbe sehr zu leiden gehabt, woraus sich auch die teilweise Gegnerschaft jener Gewerbe gegen den neuen Stil erklärt. Daß diese Schädigung weniger auf den neuen Stil, als auf das geringe Verständnis jener Gewerbe den auf das Einfache gerichteten Anforderungen der modernen Bewegung gegenüber zurückzuführen ist, haben tonangebende Kunstgewerbetler wiederholt nachgewiesen. Von keinem ist das aber so schlüssig nachgewiesen worden als von Jos. Aug. Luz. Es dürfte unsere Drechslerkollegen interessieren, zu erfahren, daß das „Fachblatt für Holzarbeiter“, beginnend im Juniheft, einen Beitrag von Jos. Aug. Luz veröffentlichen wird, in dem unter Anführung eines reichhaltigen Bildermaterials nachgewiesen wird, daß auch für den Drechsler und Bildhauer die Möglichkeit gegeben ist, den modernen Stil ihrem Gewerbe mehr als bisher dienstbar zu machen. Die Drechsler werden in ihrem eigenen Interesse gut tun, diesem Artikel und damit dem „Fachblatt für Holzarbeiter“ in ihren Verwerkreisen weiteste Verbreitung zu verschaffen.

Vom letzten Quartal des Vorjahres und dem ersten Quartal 1907 können noch mehrere Exemplare zum Preise von 1 Mk. gegen Voreinsendung des Betrags bezogen werden.

Literarisches.

Bei der Redaktion sind folgende Bücher und Schriften eingegangen:

Blut und Eisen, Krieg und Kriegerum in alter und neuer Zeit. Von Hugo Schulz. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Der erste Band schließt mit dem 25. Heft; er kann auch gebunden bezogen werden in geschmackvollem Leinenband für 7 Mk., in dauerhaftem Halbfranzband für 8 Mk. Namentlich die Bibliotheken sollten das Buch anschaffen. Der zweite Band behandelt zunächst „Die Zeit der Landstürche“, dann folgt „Der Dreißigjährige Krieg“ usw. Das ganze Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pf., die noch jetzt vom ersten Heft an durch jede Buchhandlung bezogen werden können.

Dr. Karl Liebknecht, Militarismus und Antimilitarismus. Unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung. 126 Seiten. Preis 1 Mk. Leipzig 1907. Verlag der Leipziger Buchdruckerei-Actiengesellschaft. Durch alle Parteibuchhandlungen und Kolportage zu beziehen.

Briefkasten.

Zur Beachtung! Diese Nummer mußte wegen ihres größeren Umfanges schon Montag den 6. Mai, nachmittags 5 Uhr, abgeschlossen werden.

Die Agitationsberichte von Müller-Samburg und Hildebrandt-Niedorf mußten bis zur Nr. 21 zurückgestellt werden.

* Ein Kollege möchte gern wissen, wie sich das Bandsägelstverfahren von John Henry in Berlin bewährt hat. Uns ist dieses Verfahren nicht bekannt; vielleicht kann ein Kollege Auskunft geben. Wir bitten darum.

Neustädte! A. Sch. Von zusammenhängenden Agitationsstouren werden nur von den Referenten verfaßte summarische Berichte veröffentlicht. Wir unterlassen deshalb die Veröffentlichung Gures Berichtes.

Offenbach. Fr. F. Gure Korrespondenz, die übrigens mit 20 Pf. Strafpporto belastet war, traf erst kurz vor Redaktionsschluss hier ein, so daß sie wegen ihres Umfanges erst in Nr. 20 erscheinen kann.

Olbernhau. G. S. Über diese Versammlung wird bereits in dem laufenden Agitationsbericht berichtet.

Weiskensee. P. W. Von der Verwaltung nicht abgestempelte Korrespondenzen dürfen wir nicht veröffentlichen.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(G. S. 8 in Hamburg).

Einnahme im April:

Gingefandte Überschüsse: Lindenau, Volkmarisdorf je 600
 Mart, Öbingen, Dresden-N., Freiburg i. B., Würzburg II je 400, Mochau, Meissen, Neuschönefeld, Bitterfeld je 300, Giebichenstein 250, Erlangen, Düsseldorf, Bonn, Zangenberg, Ballendar, Garburg, Rathenow, Plauen i. B., Gernmoor, Mühlheim a. d. R., Pötschappel, Hamburg IV, Hamburg V je 200, Schmölln 175, Stendal, Neumied, Wehringhausen, Spandau, Edenkoben, Siegburg, Schleuditz, Gernmüllheim, Weidewich, Potsdam, Weimar, Wilmersdorf, Gnanau, Budau, Adlershof, Neustadt a. S., Wiesbaden, M.-Gladbach, Boll, Freiberg i. S. je 150, Bidingen, Dettingen je 130, Schleutlingen, Ohrdruf je 120, Nassau, Trebbin, Pöthoe, Bergeborf, Kulmbach, Schweinau, Wiersen, Mariendorf, Böhndel, Sindlingen, Landau, Schw.-Hall, Camberg, Bruchsal, Kirchditmold, Alneburg, Cöthen, Ratingen, Herdecke, Gelsen, Trotha, Lössau, Berghofen, Miesky, Pletsch, Wrexenheim, Draß, Harleshausen, Wilsen je 100, Borz 96,58, Großenhain, Lemhern je 90, Duisburg, Passau, Plauen bei Dresden je 80, Cottbus, Tiegenhof, Nordhausen, Frankfurt a. Oder je 75, Strehlen 70, Oberkirch 60, Lindenthal, Stade, Burgstädt, Geisenheim, Birna, Bombach, Roda, Borsdorf, Wintersdorf, Heinrichsruh, Pasewalk je 50, Jadenburg 40, Gr.-Zimmern 1,80.

Summa der Überschüsse 15 119,88 Mk.
 Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern 4,30 „
 Beiträge 2 479,— „
 Sonstige Einnahmen 6 811,89 „

Gesamteinnahme 23 908,57 Mk.

Ausgabe im April:

Verfandte Überschüsse: Berlin G, München I je 800, Köln II, Mundenheim 500, Berlin E, Stuttgart, Frankfurt

